Die Arbeit

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde

1925 | HERAUSGEBER: THEODOR LEIPART, BERLIN
REDAKTEUR: LOTHAR ERDMANN, BERLIN | HEFT 10

DIE WELTWIRTSCHAFTLICHE KRISE

Von JUDITH GRÜNFELD

Der Anlauf, den die weltwirtschaftliche Konjunktur im Herbst vorigen Jahres nach dem Inkrafttreten des Dawesplanes genommen hat, hielt nur bis zum Januar dieses Jahres an. Nachdem die Reparationsfrage gelöst, die Stabilisierung und Befestigung, vor allem der deutschen, aber auch der meisten europäischen Valuten durchgeführt und der Schleier der Inflation gelüftet wurde, traten erst recht die tiefen Wunden, die der Krieg der europäischen Wirtschaft geschlagen hat, zum Vorschein. Kapitalnot und tief gesunkene Kaufkraft, Arbeitslosigkeit und technischer Rückstand, Kriegslasten und Steuerdruck, Teuerung und Absatzschwierigkeiten, dieser Buckel von Wirtschaftssorgen lastet in mehr oder minder starkem Masse auf jedem europäischen Lande, das am Kriege beteiligt war. Die gegenwärtige Stellung Europas in der Weltwirtschaft wird aber nicht allein durch dessen *Niedergang,* sondern auch durch den *Aufschwung* der Überseeländer bestimmt. Das rasende Industrialisierungstempo der letzteren einerseits und die Degradierung Europas als Warenverbraucher anderseits, haben innerhalb der Weltwirtschaft ein tiefes Missverhältnis zwischen industrieller Produktionskapazität und der Aufnahmefähigkeit der Märkte geschaffen, das gegenwärtig die chronische Ursache der Wirtschaftskrisen bildet. Die *Produktionskapazität* der Weltwirtschaft ist gegenwärtig fast durchweg höher als vor dem Kriege. Die europäischen Völker, namentlich in Ost- und Südeuropa, sind aber infolge der Verarmung fast zur asiatischen Bedürfnislosigkeit verurteilt. Der Krieg hat die Konsumtionskraft der europäischen Volksmassen untergraben, die Produktionskraft der Weltwirtschaft aber durch die Umschichtung des Reichtums zwischen der alten und neuen Welt und die Einkommensumschichtung innerhalb Europas selbst gefördert. In dieser Richtung wirkte auch der Fortschritt der Technik, die durch den Krieg ausserordentlich angespornt wurde.

Die gesteigerte Produktionskapazität kann aber nicht voll ausgenutzt werden, und die Produktion muss infolge Absatzmangels künstlich eingeschränkt und hinter dem Vorkriegsniveau zurückgehalten werden. Am deutlichsten treten diese Erscheinungen in der Kohlen- und Eisenindustrie zutage, die bekanntlich in ganz besonderem Masse vom allgemeinen Stande der Weltkonjunktur ab-

hängen. Die Steinkohlenförderung lag in sämtlichen Ländern im Januar dieses Jahres über dem Monatsdurchschnitt von 1924, in den Vereinigten Staaten, in Deutschland und Frankreich überstieg die Januarproduktion die Friedensproduktion, und in England war sie nahe der letzteren. Aber schon im Februar des laufenden Jahres musste die Kohlenförderung eingeschränkt werden, und die Produktionszahlen weisen überall von Monat zu Monat einen Rückgang auf; im Monat Juni bleibt die Kohlenförderung gegenüber dem Höchststand von Januar in sämtlichen Ländern mit Ausnahme von Frankreich stark zurück. Aber trotz der stark eingeschränkten Produktion finden die Kohlenmengen keinen Absatz, und die Vorräte häufen sich immer mehr auf den Halden. Die Abnahme der industriellen Aktivität, die schon in den ersten Monaten dieses Jahres in Erscheinung tritt, verringert eben immer mehr die Nachfrage nach der Kohle. Im Juni 1925 erreichten die Lagerbestände in England 80 Millionen Tonnen (das ist eine viermonatliche Produktion), im Ruhrrevier 10 Millionen Tonnen, in Belgien 1,6, in Polen 1,5 und der Tschechoslowakei etwa 1,5 Millionen Tonnen. Solche Lagerbestände waren seit Menschengedenken nicht auf den Halden. Im ersten Vierteljahr 1925 feierten in England bereits 250 Zechen, und die Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern betrug 15 Prozent des Gesamtbestandes. Im Juli und August sind diese Zahlen noch mehr angewachsen. Nach ungefähren Schätzungen beträgt gegenwärtig das Plus von Kohlenförderung gegenüber dem Kohlenverbrauch in der ganzen Welt jährlich etwa 250 Millionen Tonnen, was soviel wie 20 Prozent der Weltkohlenproduktion im Jahre 1913 und 22 Prozent der Produktion im Jahre 1924 ausmacht. Nicht weniger also als ein Fünftel der Weltkohlenproduktion findet keinen Absatz auf den Weltmärkten. Die Kohlennot, die in den Kriegsjahren stark empfunden wurde, hat bekanntlich den Anstoss zu technischen Neuerungen gegeben, die entweder auf Kohlenersparnis oder die Ersetzung der Kohle durch Öl, Braunkohle und „weisse Kohle" hinausliefen. Diese Umwandlungsprozesse in der Wärmewirtschaft neben der allgemeinen Abnahme der industriellen Aktivität in Europa haben die englische Kohlenindustrie, der England seinerzeit seine industrielle Blüte und Vormachtstellung zu verdanken hatte, in die denkbar schwierigste Lage versetzt. Die Verdrängung der Kohle durch das Öl in der Schiffahrt hat gerade die wichtigsten Kohlensorten Englands am stärksten getroffen. Wie stark die Ölfeuerung in der Welthandelsflotte vorgedrungen ist, kann man aus folgenden Angaben ersehen:

In Prozenten der Welthandelsflotte[1])

	1914	1924	Mitte 1925
Ölfeuerung	2,6	26,7	27,5
Kohlenfeuerung	88,8	66,2	64,7

Während die Kohlenfeuerung beständig abnimmt, hat die Ölfeuerung eine grosse und beständig zunehmende Bedeutung erlangt, und die Erdölgewinnung hat infolgedessen im letzten Jahrzehnt einen grossen Aufschwung genommen. Die gesamte Erdölgewinnung der Welt betrug im Jahre 1913 52,8 Millionen Tonnen

[1]) Vergl. Wirtschaft und Statistik. August 1925. Nr. 15, S. 504.

und stieg im Jahre 1924 auf 140,8 Millionen Tonnen, was beinahe einer *Verdreifachung* gleichkommt. Der Anteil Europas an der Welterdölgewinnung ist von 21,6 Prozent im Jahre 1913 auf 6,3 Prozent im Jahre 1924 zurückgegangen, während umgekehrt der Anteil Amerikas von 72,4 Prozent im Jahre 1913 auf 87 Prozent im Jahre 1924 gestiegen ist. Die Vereinigten Staaten allein lieferten im Jahre 1924 fast 90 Prozent der Welterdölerzeugung. Unter den zahlreichen statistischen Angaben, mit denen man die gegenwärtige industrielle Vormachtstellung der Vereinigten Staaten belegen könnte, kommt den eben angeführten Zahlen nicht die letzte Bedeutung zu. Das Vordringen des Öls auf Kosten der Kohle sichert den Vereinigten Staaten, die über gewaltige Erdölschätze verfügen, einen grossen Vorsprung vor Europa, das nur einen spärlichen Besitz an Ölgruben aufweist. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Kohlenkrise, die in England bereits das gesamte wirtschaftliche Leben überschattet, in ganz Europa chronischen Charakter annehmen. Die Kohlenpreise wiesen im ersten Halbjahr eine ausgesprochen sinkende Tendenz auf. Neben dem englischen und deutschen gestaltete sich auch die Lage des belgischen Kohlenmarktes besonders ungünstig. Auch in Frankreich, das noch als einziges Land seine Förderung leicht unterbringen konnte, machte sich seit April ein Absatzmangel bemerkbar. Das Verbot der Einfuhr der deutschen Kohle nach Frankreich vom Juli 1925 ist bezeichnend für die Panik, die auf den Kohlenmärkten herrschte.

Der krisenhafte Zustand der Weltwirtschaft tritt auch in der Eisen- und Stahlerzeugung und in der Gestaltung der internationalen Eisenmärkte in Erscheinung. Sowohl in Grossbritannien als in den Vereinigten Staaten hat die Zahl der funktionierenden Hochöfen im ersten Halbjahr dieses Jahres von Monat zu Monat abgenommen, in Frankreich dagegen war eine geringe Zunahme zu verzeichnen, wie aus folgenden Angaben zu ersehen ist:

Zahl der Hochöfen.

	England	Frankreich	Belgien	Schweden	Ver. Staaten
Vorhanden zu Beginn 1925 . . .	482	220	56	132	403
Im Feuer am Monatsende:					
Januar 1925	172	133	50	42	251
Februar „	165	135	52	46	254
März „	169	136	52	49	245
April „	158	139	52	59	220
Mai „	157	141	53	—	196
Juni „	148	141	32	—	189[2])

Weniger als die Hälfte, und zwar nur 44 Prozent der Hochöfen, die in den genannten wichtigsten Produktionsländern vorhanden sind, standen im Juni laufenden Jahres im Feuer, über die Hälfte derselben musste infolge Absatzmangels ausgeblasen werden. Diese Zahlen spiegeln deutlich den Ernst der weltwirtschaftlichen Krise wider. Die Roheisenerzeugung wies im zweiten Viertel 1925 in England und den Vereinigten Staaten einen starken Rückgang auf, in Frankreich

[2]) Vergl. Wirtschaft und Statistik. August 1925. Nr. 15, S. 495.

und Belgien hingegen, die infolge der starken Valutaentwertung viel billiger absetzen können, wies die Produktion eine Zunahme auf. Hatte schon im Jahre 1924 die Roheisenproduktion Frankreichs zum ersten Male diejenige Englands übertroffen, so hat sich mit jedem Monat des laufenden Jahres dieses Verhältnis immer deutlicher zuungunsten Englands verschoben. Im Juni übertraf die französische Roheisenproduktion diejenige Englands um 184 000 Tonnen oder um zirka 35 Prozent der englischen Produktion. Im Monat Juni blieb auch die englische Stahlproduktion zum ersten Male, wenn auch unerheblich, hinter derjenigen Frankreichs zurück.

Die Stahlproduktion betrug in 1000 Tonnen:

	England	Frankreich	Belgien	Ver. Staaten
Erstes Viertel 1925	1974	1784	755	12 349
Zweites Viertel 1925	1864	1783	701	10 418

Wie man daraus ersehen kann, weist die Stahlproduktion in dem zweiten Viertel des laufenden Jahres einen Rückgang auf. In England bleibt die durchschnittliche Monatsproduktion im ersten Halbjahr 1925 hinter dem Monatsdurchschnitt von 1924 zurück, in den Vereinigten Staaten ist es nicht der Fall, aber es ist bezeichnend für die absteigende Konjunktur auch in den Vereinigten Staaten, dass einer Stahlproduktion von 4 266 000 Tonnen im Januar des laufenden Jahres nur 3 259 000 Tonnen im Juni gegenüberstanden. Immerhin lag sowohl die Roheisen- wie die Rohstahlproduktion der Vereinigten Staaten im Monat Juni erheblich höher über dem Tiefstand im gleichen Monat des Vorjahres. Ebenso war auch der Beschäftigungsgrad der Walzwerke in den Vereinigten Staaten höher als in den Krisenmonaten des Sommers 1924, denn dieser ist zwar von 95 Prozent der Kapazität Anfang März 1925 auf 70 Prozent Ende Juni zurückgegangen, er betrug aber im Juni 1924 nur 40 Prozent der Kapazität. Die Auftragsbestände des amerikanischen Stahltrustes, die als Barometer der Konjunktur gelten, sind aber im laufenden Jahre kontinuierlich zurückgegangen, und zwar von 5 285 000 Tonnen Ende Februar auf 3 513 000 Tonnen Ende August. Trotz der Produktionseinschränkung ist die Welteisenerzeugung noch immer grösser als die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Die Eisenpreise weisen daher im ersten Halbjahr des laufenden Jahres eine ausgesprochen sinkende Tendenz auf. Auffallend ist der starke Rückgang der amerikanischen Preise von 103,3 Reichsmark pro Tonne Giessereiroheisen III im Februar 1925 auf 87,8 Mk. im Juli. Zur gleichen Zeit ist der belgische Preis um 11,1 Mk., der englische und französische um je 6 Mk. pro Tonne zurückgegangen. Die deutschen Eisenpreise machten die rückläufige Bewegung am Weltmarkt nicht mit, denn die Rohstahlgesellschaft kontingentiert die Produktion und setzt die Preise auf ein im Vergleich zu den Weltpreisen recht hohes Niveau fest.

Die Preise für Giessereiroheisen III betrugen[3]):

	Deutschland	England	Frankreich	Belgien	Ver. Staaten
		Reichsmark je Tonne:			
Anfang Juli 1925	91	71,8	67,9	63,2	87,8

[3]) Vergl. Wirtschaft und Statistik. 1925. Nr. 14, S. 476.

Die deutschen Eisenpreise sind, wie man hieraus ersehen kann, die höchsten auf dem Weltmarkt und übersteigen um 26 Prozent die englischen, um 34 Prozent die französischen, um 44 Prozent die belgischen und um 3,6 Prozent die amerikanischen Roheisenpreise. Die Monopolstellung, die die deutsche Schwerindustrie dank den Eisenzöllen geniesst, gibt ihr die Möglichkeit, dem deutschen Verbraucher beliebig hohe Preise aufzuerlegen, und die dadurch erzielten Gewinne werden teilweise zu Exportvergütungen an die eisenverarbeitende Industrie verwandt. Auf Kosten des deutschen Verbrauchers soll die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Eisenwaren auf dem Weltmarkt erzielt werden. Im Durchschnitt waren im August laufenden Jahres die Inlandpreise für das deutsche Eisen um 12 Prozent und im September um 19 Prozent höher als die Auslandpreise, d. h. die Preise, zu denen dieselben deutschen Eisenerzeugnisse ins Ausland verkauft wurden[4]).

Die deutsche Eisenwarenausfuhr hat im laufenden Jahre zugenommen und betrug im Monatsdurchschnitt (Januar—Juli 1925) 292 000 Tonnen gegenüber 162 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1924. Die Eisen- und Stahlwarenausfuhr Englands blieb in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres hinter dem Monatsdurchschnitt von 1924 zurück. Dagegen ist die Eisenwarenausfuhr in Frankreich im Steigen begriffen, und im ersten Viertel des laufenden Jahres war sie bereits viermal so hoch wie im Vierteljahresdurchschnitt von 1913. In England dagegen betrug die Eisenwarenausfuhr zur gleichen Zeit nur zirka drei Viertel des Vorkriegsdurchschnittes. Die französischen Eisen- und Stahlwaren verdrängen nicht nur die englischen auf den auswärtigen Märkten, sondern konkurrieren in England selbst erfolgreich mit den englischen Erzeugnissen. Für die kritische Lage sowohl der englischen Kohlen- wie der Eisenindustrie ist es bezeichnend, dass, während England immer mehr französisches Eisen aufnimmt, Frankreich umgekehrt immer weniger englische Kohle einführt. Die Kohleneinfuhr nach Frankreich war im ersten Halbjahr 1925 um 1,5 Millionen Tonnen geringer als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Diese Mindereinfuhr ging fast ausschliesslich zu Lasten Englands, da die Kohleneinfuhr aus Deutschland zur gleichen Zeit eine Zunahme aufwies[5]). Mit der Konkurrenzfähigkeit der englischen Kohle, die es mit sich bringt, dass zahlreiche englische Gruben mit Verlust arbeiten, befasste sich Ende Juli 1925, anlässlich des grossen Lohnkonfliktes im englischen Bergbau und der Streikgefahr, ein besonderer von der Regierung eingesetzter Untersuchungsausschuss. Dieser Ausschuss hat in seinem Bericht vom *29. Juli* eine Lohnkürzung der Bergarbeiter für unzulässig erklärt und auf die *Reorganisation* des Bergbaus als die einzige Lösung hingewiesen. Gestützt auf diesen Bericht hat die englische Regierung, um dem Bergarbeiterstreik vorzubeugen, dem englischen Bergbau bis zum 1. Mai 1926 Staatszuschüsse gewährt. Im August ist in England eine neue Kohlenkommission mit umfassenden Kompetenzen, nach der Art der berühmten Sankey-Kommission im Jahre 1919, die sich damals für die Nationalisierung der Kohlengruben ausgesprochen hat, er-

[4]) Vergl. Berliner Tageblatt Nr. 403 vom 26. August 1925, „Zur Politik der Eisensyndikate".

[5]) Manchester Guardian Commercial vom 13. August 1925.

nannt worden. Diese Kommission soll bis zum 1. Mai 1926, der Geltungsdauer der Staatszuschüsse, ihre „Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Kohlenindustrie“ erstatten. Aber nicht nur die englische Kohlenindustrie ist zum ständigen Objekt von Untersuchungskommissionen geworden. Auch zur Untersuchung der schwierigen Lage der Baumwollindustrie ist in England vor kurzem ein Komitee eingesetzt worden, in welchem sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vertreten sind.

Die Verschiebungen, die im letzten Jahrzehnt in der Weltwirtschaft stattgefunden haben, treten in der Textilindustrie besonders in Erscheinung. In den Kriegsjahren, als die europäischen Völker mit dem gegenseitigen Morden beschäftigt waren, hatte in China, Japan und Indien, die vor dem Kriege die Hauptabnehmer der blühenden englischen Textilindustrie waren, die Textilproduktion sich stark entwickelt. Infolgedessen haben diese Länder sich allmählich von der Einfuhr europäischer, insbesondere englischer Textilwaren emanzipiert. So hat Indien z. B. in seinen Textilfabriken statt 1164 Millionen Yards Baumwoll-Stückwaren im Jahre 1913/14 nicht weniger als 1700 Millionen Yards im Jahre 1923/24 hergestellt. Im Jahre 1913/14 war Japan mit nur 3 Prozent des Einfuhrwertes an Garnen nach Indien beteiligt, im Jahre 1923/24 dagegen mit nicht weniger als 36 Prozent. Zur gleichen Zeit ist der britische Anteil an den nach Indien eingeführten Garnen von 86 Prozent auf 58 Prozent zurückgegangen.

Neben den anderen wichtigen Industriezweigen hat auch die Textilindustrie in den Vereinigten Staaten im letzten Jahrzehnt einen starken Aufschwung genommen. Die Textileinfuhr aus den europäischen Ländern nach den Vereinigten Staaten ist daher, und auch infolge der amerikanischen Schutzzölle, stark zurückgegangen. Die Vereinigten Staaten treten auch mit ihren Textilfabrikaten auf den überseeischen Märkten auf, die früher fast ausschliesslich von den europäischen Ländern beliefert wurden.

Ein anschauliches Bild von den Verschiebungen innerhalb der Welttextilindustrie bieten die unlängst veröffentlichten Zahlen der International Federation of Master Cotton Spinners and Manufacturers Associations über die Grösse der Baumwollindustrie in den verschiedenen Ländern. Danach betrug die Spindelzahl in Millionen[6]):

Länder	1. März 1914	31. Januar 1925	Länder	1. März 1914	31. Januar 1925
Grossbritannien	55,97	56,71	Tschechoslow.	?	3,46
Ver. Staaten	31,32	37,88	Kanada	0,86	1,15
Deutschland	11,40	9,50	Mexiko und Brasilien	0,53	2,52
Frankreich	7,40	9,50	Japan	2,41	5,11
Russland	9,11	7,24	China	?	3,55
Polen	—	1,14	Indien	6,39	8,31
Italien	4,60	4,63			
Österreich	4,99	1,05			

Besonders bemerkenswert ist das Anwachsen der Spindelzahl in den Vereinigten Staaten um etwa 20 Prozent, in Indien um 30 Prozent und in Japan um 115 Pro-

[6]) Frankfurter Zeitung vom 6. August 1925.

zent. Aber auch in Kanada, Mexiko und Brasilien und China weist die Spindelzahl gegenüber 1914 eine erhebliche Zunahme auf. Demgegenüber hat England seinen Bestand an Baumwollspindeln nur um knapp 1½ Prozent vergrössert. Deutschland und Frankreich haben unter Berücksichtigung der durch die Abtretung von Elsass-Lothringen erfolgten Verschiebung keine Steigerung der Spindelzahl aufzuweisen. Die Weltbaumwoll-Spindelzahl stellte sich nach derselben Quelle am 1. März 1924 auf 144,7 Millionen und war am 31. Januar 1925 auf 159,9 Millionen, d. h. um fast 11 Prozent gestiegen. Durch das Aufkommen der überseeischen Textilindustrie ist der Absatz der europäischen Textilfabrikate in Asien und Amerika äusserst erschwert worden. Infolgedessen macht die englische Textilindustrie eine schwere Krise durch, und auch in Deutschland leidet die Textilindustrie unter Absatzschwierigkeiten. Südamerika, wo vor dem Kriege grosse Mengen englischer und deutscher Textilfabrikate Absatz fanden, wird heute fast ausschliesslich von den Vereinigten Staaten mit Textilien versorgt.

Einen sehr interessanten Aufschluss über die Umschichtung, die auf den Weltmärkten infolge des Krieges stattgefunden hat, gewährt der erste, vor kurzem erschienene Bericht der Balfour-Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Wirtschaftsdepression in England. Nach den Angaben dieses Berichtes betrug die englische Ausfuhr (auf der Preisbasis von 1913) im Jahre 1923 nur 77 Prozent des Ausfuhrhandels von 1913; der Ausfuhrhandel der Vereinigten Staaten war dagegen um 19,4 Prozent höher als im Jahre 1913, das entsprechende Verhältnis (ebenfalls auf der Preisbasis von 1913) beträgt für Deutschland 52,9 Prozent, für Frankreich 106,1 und für Belgien 62,9 Prozent des Ausfuhrhandels im Jahre 1913. Bei der Steigerung der französischen Ausfuhr muss man den territorialen Zuwachs und bei der Abnahme der deutschen Ausfuhr den territorialen Verlust gegenüber 1913 in Betracht ziehen. Für die Zurückdrängung Europas von den Weltmärkten ist der Rückgang des britischen Exports höchst symptomatisch. Aus den Angaben des erwähnten Berichts geht hervor, dass die britische Einfuhrquote in Indien im Jahre 1923 nur 59 Prozent gegenüber 65,3 Prozent im Jahre 1913 ausmachte, und dieser Rückgang wurde durch die Konkurrenz Japans verursacht. Der Anteil Englands an der Einfuhr Argentiniens ist zur gleichen Zeit von 31 Prozent auf 23,8 Prozent zurückgegangen, während umgekehrt die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Argentinien im Steigen begriffen ist. Auch in Kanada weist die britische Einfuhrquote im Jahre 1923 gegenüber 1913 eine Abnahme auf, während die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Kanada zur gleichen Zeit gestiegen ist. Wie sehr die Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit gerade ihre Ausfuhr an Fertigwaren gesteigert haben, geht aus der Feststellung des englischen Berichtes hervor, dass die amerikanische Fabrikatausfuhr im Jahre 1923 (auf der Preisbasis von 1913) um 48 Prozent höher war als im Jahre 1913. Aus diesen Zahlen kann man ersehen, wie sehr die Vereinigten Staaten aus einem Rohstoff-Exportland der Vorkriegszeit sich nach dem Kriege auch in ein Fabrikat-Exportland grössten Stiles verwandelt haben. Die europäischen Exportindustrien stossen nun überall auf die Konkurrenz der Vereinigten Staaten, deren Industrie mit heimischen Rohstoffen in Hülle und Fülle versorgt,

mit heimischem Kapital europäischen Ursprungs voll gesättigt und technisch und organisatorisch der europäischen weit überlegen ist. Während Europa die amerikanische Baumwolle, das amerikanische Getreide und Kupfer und die sonstigen Rohstoffe durchaus nicht entbehren kann, ersetzen die Vereinigten Staaten immer mehr die europäische Einfuhr durch eigene Erzeugung und schützen die letztere durch hohe Zölle. Die Handelsbilanz zwischen den Vereinigten Staaten und Europa nimmt daher einen immer ungünstigeren Verlauf für das letztere. In den 12 Monaten von Juni 1924 bis Juni 1925 haben die Vereinigten Staaten aus Europa für 1170 Millionen Dollar Waren eingeführt und für 2660 Millionen Dollar nach Europa ausgeführt, d. h. die Handelsbilanz war mit 1490 Millionen, also mit fast 1½ Milliarden Dollar *passiv* für Europa[7]). Europa nahm von der amerikanischen Gesamtausfuhr etwa 55 Prozent auf, dagegen betrug der Anteil Europas an der amerikanischen Einfuhr nur 30,3 Prozent. Der grosse Einfuhrüberschuss Europas erklärt sich u. a. durch die gesteigerte Baumwolleinfuhr. Wie man aus den statistischen Angaben der Baumwollbörse in New-Orleans ersehen kann, hat Europa im Baumwolljahr 1924/25, das am 31. Juli ablief, 7 Millionen Ballen amerikanischer Baumwolle verbraucht gegenüber nur 5 Millionen Ballen im Vorjahr. Von den 4,7 Millionen Ballen, die der europäische Kontinent aufnahm, entfielen auf Deutschland 1,7 Millionen, d. h. 37 Prozent. Im Vorjahre hat Deutschland nur 1,2 Millionen Ballen Baumwolle aus Amerika eingeführt. Aus folgender Zusammenstellung kann man ersehen, wie die gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den wichtigsten europäischen Ländern von Juni 1924 bis Juni 1925 sich entwickelt haben:

In Millionen Dollar:

Einfuhr:		Ausfuhr:	
Aus Grossbritannien	319,0	Nach Grossbritannien	1064,9
„ Deutschland	144,7	„ Deutschland	464,0
„ Frankreich	151,8	„ Frankreich	288,8
„ Italien	94,9	„ Italien	219,6

Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse für Grossbritannien, das mehr als das Dreifache aus den Vereinigten Staaten einführt, als es dorthin ausführt. So nahm England in den genannten zwölf Monaten fast 22 Prozent der Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten auf, während der englische Anteil an der amerikanischen Gesamteinfuhr zur gleichen Zeit nur 8,4 Prozent ausmachte. Im Jahre 1913 aber betrug der britische Anteil an der Einfuhr der Vereinigten Staaten 16,30 Prozent, im Jahre 1923 noch 10,66 und im Jahre 1924/25 nur 8,4 Prozent. Dieser Rückgang ist u. a. auf die Konkurrenz Japans zurückzuführen, dessen Einfuhr nach den Vereinigten Staaten in Zunahme begriffen ist, so dass die Handelsbilanz zwischen diesen beiden Ländern für die Vereinigten Staaten passiv ist. Dass die Einfuhrquote Englands in der Gesamteinfuhr der Vereinigten Staaten gegenüber der Vorkriegszeit zur Hälfte gesunken ist, dass in Indien, Kanada, in Südamerika die englischen Waren, aber auch die deutschen von den japanischen

7) Vergl. Federal Reserve Bulletin. Washington, August 1925, S. 578.

und amerikanischen verdrängt werden, beweist zur Genüge, wie ernst es um den europäischen Aussenhandel bestellt ist.

Die periodischen Krisenerscheinungen in den Vereinigten Staaten sind die Folgeerscheinung der Überexpansion einer mit Güter- und Goldreichtum vollgepropften Wirtschaft, die immer mehr über den Rahmen des eigenen weiten und kaufkräftigen Inlandmarktes hinausstrebt. Die Krisenerscheinungen in den europäischen Ländern sind umgekehrt die Folgen der Verarmung und der Zurückdrängung Europas vom Weltverkehr. In England, das vor kurzem noch das führende Industrieland der Welt war, nimmt die Absatzkrise immer schärferen Charakter an, die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr zu, und am 31. August zählte man bereits 1 354 100 Arbeitslose. In Deutschland greift die wirtschaftliche Krise immer stärker um sich. Die Passivität der Handelsbilanz erreichte in Deutschland im ersten Halbjahr 1925 im reinen Warenverkehr 2,3 Milliarden Reichsmark, sie war also bei weitem grösser als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Frankreich und Italien leben noch im Rausche der Inflationskonjunkturen, die Krise wird auch dort nicht ausbleiben, sobald die Währungsstabilisierung stattfindet. In Österreich, in Polen, im Osten und Süden Europas liegen die Dinge recht trostlos.

Der Krisenzustand der Weltwirtschaft lastet schwer auf den Frachtenmärkten, da auch hier ein krasses Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage besteht. Mitte 1925 betrug die Tonnage der Welthandelsflotte 64,6 Millionen Bruttoregistertonnen gegenüber nur 49 Millionen Bruttoregistertonnen Mitte 1914, die Welttonnage weist somit einen starken Zuwachs auf. Nach den Feststellungen des amerikanischen Handelsamtes ist die aufgelegte Welttonnage im ersten Halbjahr 1925 von 5,7 auf 6,7 Millionen Bruttoregistertonnen, also um 1 Million gewachsen. Über 10 Prozent der Welthandelsflotte sind demnach gegenwärtig aus dem Verkehr herausgezogen. Das Kapital, das in diesen Handelsschiffen investiert wurde, liegt brach, während in anderen europäischen Wirtschaftszweigen der Kapitalmangel stark empfunden wird. Welterzeugung, Weltverkehr und Weltverbrauch stehen in keinem richtigen Verhältnis zueinander. Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft ist durch den Krieg äusserst gesteigert worden.

Es ist sehr bezeichnend, dass der französische Minister Loucheur in Genf eine Aufsehen erregende Resolution einbrachte über die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz unter der Führung des Völkerbundes, die der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas die Wege ebnen soll. Es solle vor allem das Missverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch beseitigt werden. Ob man diesem Problem auf dem üblichen Konferenzwege des Völkerbundes beikommen kann, ist man wohl berechtigt zu bezweifeln. Die ganze Wirtschaftspolitik, vor allem die Handels- und die Arbeitspolitik müssen von Grund auf umgestaltet werden. Das balkanisierte Europa kann sich nicht länger den wahnsinnigen Luxus der unzähligen Zollgrenzen gestatten und braucht eine sehr qualifizierte, gut bezahlte Arbeiterschaft, denn nur mit hochqualifizierten Waren kann die europäische Ausfuhr, angesichts der neugeschaffenen Situation, auf den Weltmärkten sich durchsetzen.

ZUR FORDERUNG EINER PRODUKTIONSSTATISTIK

Von HANS ARONS

Der zwölfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Breslau hat die „Einführung einer regelmässig durchzuführenden Produktionsstatistik" gefordert. Er hat damit dankenswerterweise auf eine empfindliche Lücke in unserem wirtschaftspolitischen Rüstzeug hingewiesen, die um so unbegreiflicher ist, als gerade Deutschland durch die Abtrennung wichtiger und bedeutender Wirtschaftsgebiete seine Produktionsgrundlage völlig verändert sieht. Es wäre daher eine ganz selbstverständliche und dringliche Pflicht der Regierung und des Statistischen Reichsamts gewesen, die wirtschaftliche Umstellung, die sich aus diesen Veränderungen ergeben musste, zahlenmässig festzustellen und in ihrer Weiterentwicklung zu verfolgen. Wir hätten dadurch sicherlich manchen wertvollen Fingerzeig für das Absterben mancher Industrien und die Umstellung, vielleicht auch das Aufblühen anderer erhalten. Wenn das Statistische Reichsamt jetzt mit finanzieller Unterstützung der wirtschaftlichen Spitzenorganisationen (auch der ADGB. hat sich mit einer namhaften Summe beteiligt) sich ein Institut für Konjunkturforschung angliedert, so musste es eigentlich als selbstverständliche Voraussetzung erscheinen, dass man diesem neuen Institut, das die *zukünftigen* Wirtschaftsveränderungen vorhersagen soll, erst einmal genügende Unterlagen für den *bisherigen* Ablauf der Wirtschaft zur Verfügung stellte. Diese bitter notwendige Voraussetzung eines gedeihlichen Arbeitens hat man leider noch nicht berücksichtigt.

Zwar besitzt Deutschland eine laufende Produktionsstatistik; sie ist jedoch so herzlich unbedeutend, dass sie in keiner Weise den Vergleich mit den entsprechenden Erhebungen der anderen Industriestaaten aushalten kann. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die Absicht der deutschen Produktionsstatistiken von vornherein niemals auf ein ebenso umfassendes Ziel eingestellt war, wie es die sogenannte amerikanische Methode anstrebt.

Die deutsche Produktionsstatistik bezweckt lediglich, Material über *einzelne* und *besonders wichtige* Industriezweige zu gewinnen. Sie wurde — abgesehen von der Montanstatistik — nur *unregelmässig* durchgeführt und galt nur ganz bestimmten Zwecken, insbesondere der Vorbereitung des Zolltarifs von 1902 (auch in diesem Punkte zeigt sich, wie unendlich sorglos der jetzige Zolltarif vorbereitet worden ist!). Die ersten umfangreichen Produktionserhebungen wurden 1898 und in den folgenden Jahren vorgenommen. Als Erhebungsjahr galt im allgemeinen das Jahr 1897. Die Statistik betraf die Textil-, Montan- und Eisen-, Kautschuk-, Guttapercha- und Zelluloid-, Steinbruch- und Zement-, Glas-, Papier- und Papierverarbeitungs-, Leder-, Tabak-, Stärkeindustrie (mit Ausnahme der Reisstärkefabrikation), die chemische und keramische Industrie, die Damen- und Kindermäntelfabrikation. Die Erhebungen in der Stärkeindustrie wurden für die Jahre 1901 bis 1903 wiederholt. Ferner fanden Erhebungen in der Margarineindustrie für das Jahr 1899 und in der Automobilindustrie 1901, 1903 und 1906 statt. Zwischen 1907 und 1913 wurden gelegentliche Erhebungen durchgeführt über 23 Produktionszweige der Textilindustrie, 5 Produktionszweige der chemischen Industrie, 4 Betriebszweige der Stärkeindustrie, die Kartoffeltrock-

nungsindustrie, die Kraftfahrzeugindustrie, die Bereifungs-, Ballonstoff- und Flugzeugstoffindustrie, die Zementindustrie und die Lederindustrie. Es wurden Menge und Wert der betreffenden Produkte, ferner die Menge und häufig auch der Wert der bei der Produktion verbrauchten Rohstoffe und Halbfabrikate aufgenommen.

Eine besondere Stellung nimmt die Montanstatistik ein, da sie *regelmässig* erschien. Hier sind zu unterscheiden die Produktionsstatistik der bergbaulichen Betriebe und die Produktionsstatistik der Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie.

Die Statistik der *bergbaulichen Betriebe* erschien in ihrer jetzigen Form erstmalig für das Jahr 1912. Die grundlegenden Bestimmungen und Fragebogen mit Erläuterungen wurden durch Bundesratsbeschluss vom 21. Dezember 1912 festgelegt. Sie wurden später nur unwesentlich geändert. Nach diesen Bestimmungen haben die Landesregierungen jährlich Erhebungen vorzunehmen über die Produktion des Steinkohlen-, Braunkohlen-, Erzbergbaus, der Erdölbetriebe, Graphitgruben, Asphaltsteinbrüche, Salinen des Bergbaus. Die Landesregierungen bestimmen nur die zur Erhebung der Statistik ausersehenen Behörden, mit denen dann das Statistische Reichsamt in unmittelbaren Verkehr tritt. Als Unterlagen für die Erfassung der Betriebe dienen — nach Mitteilung des Reichsamts — die Verzeichnisse der Bergbehörden und die Betriebsverzeichnisse der Berufsgenossenschaften. Aus diesem Material sucht das Amt möglichst vollständig alle Betriebe der zu befragenden Gewerbearten zusammenzustellen. Auf Grund derart angelegter Listen werden dann den Betrieben die Fragebogen zugestellt. Ein *Beantwortungszwang* könnte *nur* auf die Betriebe ausgeübt werden, die der Bergbehörde unterstehen, in Preussen z. B. auf Grund des § 79 des Berggesetzes. (§ 721 der Reichsversicherungsordnung gibt nur der Genossenschaft gegenüber eine Handhabe, nicht gegenüber den einzelnen Betrieben.)

Die Produktionsstatistik der *Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie* schliesst sich vielfach an die eben erwähnte an. Auch sie beruht auf einer Bundesratsverordnung (Ende 1913). Sie umfasst 14 Fragebogen: Kokereien, Steinpresskohlen- (Brikett-) Fabriken, Braunkohlen-, Schiefer- und Torfschwefeleien, Braunpresskohlen- (Brikett-) und Nasspresssteinfabriken, Hochofenbetriebe, Giessereien (Eisen- und Stahlgiessereien), Schweisseisenherstellung, Flussstahlherstellung, Walzwerke, Kupferhütten, Zinkhütten, Blei- und Silberhütten, Gold- und Silberscheideanstalten, Betriebe zur Herstellung von Schwefelsäure und verflüssigter schwefliger Säure. Die Behörden, die die Statistik durchzuführen haben, können hier nicht nur von den Landesbehörden, sondern auch vom Statistischen Reichsamt selbst bestimmt werden. Der Verkehr zwischen der Durchführungsbehörde und dem Amt ist wieder ein unmittelbarer. Bei dieser Statistik sind die Betriebsverzeichnisse der Berufsgenossenschaften als Erhebungsgrundlage ausdrücklich vorgeschrieben. Auch hier findet *kein Beantwortungszwang* statt, doch machen erfreulicherweise nur die wenigsten Unternehmer von dieser Freiheit Gebrauch. Die Behörden haben dem Statistischen Reichsamt ein Verzeichnis derjenigen Betriebe einzusenden, die nicht geantwortet haben. Das Amt setzt dann je nach den Umständen und unter besonderem Hinweis in der Statistik die Zahlen des Vorjahres ein, lässt die Betriebe durch Sachverständige abschätzen oder gibt nur an, wieviel

Betriebe nicht geantwortet haben, wenn angängig, mit Anhaltspunkten über ihre Wichtigkeit.

Durch die Ruhrbesetzung hat diese Statistik eine Unterbrechung erfahren; ihre Ergebnisse liegen nur bis zum Jahre 1922 vor. Das Statistische Reichsamt hofft indes (wie schon in Heft 9, Seite 590 dieser Zeitschrift erwähnt), bis zum Jahresende das Versäumnis nachgeholt zu haben.

Nicht zu den eigentlichen Produktionsstatistiken dürfte eine Reihe anderer Erhebungen zu rechnen sein, da sie ihre Entstehung und Durchführung nicht volkswirtschaftlichen Gründen verdanken. Vielmehr waren es hier rein finanzielle, steuerpolitische Erwägungen, die zu einer laufenden Kontrolle derjenigen Industrieprodukte führten, die mit Abgaben belastet sind und deshalb für die Steuerbehörden ein besonderes Interesse bieten. Es sind daher eine ganze Reihe Industriezweige erfasst, die im Rahmen der Gesamtwirtschaft bedeutungslos sind, immerhin aber innerhalb ihres engen Gebietes tatsächlich die Entwicklung zahlenmässig erfassen. Es sind dies eine Reihe von Genussmitteln (Bier, Tabak, Zucker, Branntwein, Essigsäure) und einzelne andere Industrieprodukte (Leuchtmittel, Zündwaren, Spielkarten).

Damit ist die Liste der Produktionsstatistiken bereits erschöpft. Es besteht jedoch die Möglichkeit, aus dem Abfallmaterial anderer Statistiken eine wenn auch sehr bescheidene Produktionsstatistik aufzubauen, die einen Teilabschnitt aus dem wichtigen Gebiet des Maschinenbaues bilden kann. Dieses Abfallmaterial stammt aus dem Gebiet der Verbrauchssteuern und war ebenfalls von vornherein nicht als Erweiterung der Produktionsstatistik, sondern wiederum als Kontrollmittel für die Steuererhebung gedacht. Die Novelle (1922) zum Tabaksteuergesetz vom Jahre 1919 fügt nämlich in den § 29 einen Absatz hinein: „Zur Anmeldung *verpflichtet* ist auch, wer Maschinen zur Herstellung von Tabakerzeugnissen *anfertigt, erwirbt* oder besitzt." Im § 47a der Abänderungen zu den Ausführungsbestimmungen werden als solche Maschinen aufgezählt: Zigarettenmaschinen, Zigarettenhülsenmaschinen und Zigarettenhülsenkopfmaschinen. Auch die Herstellung von Brenngerät ist durch § 45 des Branntweinmonopolgesetzes (1922) meldepflichtig geworden. Hier ist also ein Weg gewiesen, der, zielbewusst ausgebaut, ohne jede Schwierigkeit weitere Gebiete der Maschinenproduktion zu erfassen vermag. Leider hat das Statistische Reichsamt bisher die ihm gebotene Möglichkeit nicht ausgebeutet: das Zahlenmaterial ruht noch unbearbeitet bei den Zollämtern. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, es zur Veröffentlichung anzuregen.

Während nach der deutschen Methode nur einzelne Industriezweige herausgegriffen werden, deren Entwicklung von besonderem Interesse ist, versucht die amerikanische Methode, wie bereits eingangs angedeutet, die *gesamte* Wirtschaft zu umfassen. Ihr Hauptzweck ist auch nicht darauf gerichtet, das Auf und Ab der produzierten Waren*mengen* festzustellen, sondern den *Wert,* den die verschiedenen Industrien den von ihnen bearbeiteten Stoffen hinzufügen. Zu diesem Zweck wird der Wert der Fertigfabrikate eines Gewerbes ermittelt und von ihm der Wert der zu ihrer Herstellung verwendeten Rohstoffe und Halbfabrikate ab-

gezogen. Damit ist im Prinzip die Wertmehrung (oder der Mehrwert, wie man sich missverständlich auszudrücken pflegt, value added by manufacture) erfasst, die das betreffende Gewerbe seinen Produkten hinzufügt. Die Summe aller Wertvermehrungen ergibt schliesslich den Wert der gesamten nationalen Arbeit. So einfach diese Art der Erhebung sich im Prinzip ausnimmt, so schwierig ist es, alle die Korrekturen anzubringen, die ein einwandfreies Resultat gewährleisten[1]). So ist es oft nicht möglich, Doppelzählungen zu vermeiden oder die Abnutzung der Maschinen genügend zu berücksichtigen. Derartige Statistiken finden in den Vereinigten Staaten alle zwei Jahre statt, davon zehnjährig im Rahmen des grossen allgemeinen „Census". Die meisten und wichtigsten Fragen der Erhebung stehen unter Beantwortungs*zwang*, nur einige Sonderfragen für einzelne Industrien sind der freiwilligen Beantwortung anheimgegeben.

Ähnliche Erhebungen veranstalten, ebenfalls mit Auskunfts*pflicht*, England (alle fünf Jahre) und die grossen englischen Dominions. Mit mehr oder weniger Abänderungen haben sie auch europäische Länder übernommen, oft mit freiwilligen Zusatzfragen, mit Fragen über das Herkunftsland der Rohprodukte, das Absatzland, Kohle- und Ölverbrauch, Menge und Wert der benötigten Roh- und Hilfsstoffe, Vorräte an Material und fertigen Waren usw. Eine besonders sorgfältige Erhebung war in Holland vorbereitet worden, die jährlich ein Fünftel der Industrien erfasst, mithin im Verlaufe von jeweils fünf Jahren ein Gesamtbild über Hollands gewerbliches Leben geben sollte. Die Erhebung wurde jedoch nach zwei Jahren eingestellt, da von industrieller Seite aus Einspruch gegen die sehr ausführliche Fragestellung erhoben worden war. Dafür wurde beschlossen, künftighin nur 23 der wichtigsten Industriezweige zu erfassen, für diese aber die Angaben *jährlich* zu verlangen und die Fragebogen zu vereinfachen[2]). Mit dieser Regelung ist Holland zur deutschen Methode übergegangen.

Auch die Vereinigten Staaten von Amerika bedienen sich übrigens in weitem Umfange der deutschen Methode. Ausserhalb der grossen Produktionsstatistiken nämlich, die alle zwei Jahre erfolgen, deren Ergebnisse bei dem Umfang der Erhebung also für eine rasche Berichterstattung zu spät erfolgen, veranstalten die amtlichen Stellen *monatliche* Erhebungen über einige der *wichtigsten* Gewerbe. Es sind dies (nach einer Zusammenstellung von Dr. G. Colm, s. S. 606) die folgenden:

Die hier an vorletzter Stelle genannte Erhebung war ursprünglich eine private Statistik, die von amtlicher Seite fortgeführt wurde, nachdem der betreffende Verband nach den Antitrustgesetzen aufgelöst worden war. Der Antitrustgesetzgebung verdankt überhaupt eine Reihe weiterer Produktionsstastiken ihre Entstehung, da die überwachende Federal Trade Commission das Recht hat, von den Verbänden weitgehende statistische Unterlagen zu fordern und zu veröffentlichen. Falsche Angaben oder Antwortverweigerung wird mit hohen Strafen belegt. Auch auf diesem Wege ist eine ganze Reihe von Produktionsstatistiken zustande gekommen.

[1]) Gerhard Colm: Das „Mehrwert"-Verfahren in der Produktionsstatistik. Weltwirtschaftliches Archiv 1924, S. 204.
[2]) Rudolf Meerwarth: Nationalökonomie und Statistik, Berlin 1925, S. 225.

Produkt	Amtliche Stelle	Produkt	Amtliche Stelle
Kohle	Geological Survey	Tätigkeit der Textilmaschinen	Bureau of the Census
Koks	Geological Survey	Baumwollöl	Bureau of the Census
Portland-Zement	Geological Survey	Verbrauch von Oel	Bureau of the Census
Rohr-Petroleum	Geological Survey	Vorräte an Oel	Bureau of the Census
Elektrische Kraft	Geological Survey	Leder und Häute	Bureau of the Census
Vereinigtes Petroleum	Bureau of Mines	Schuhbekleidung	Bureau of the Census
Wollverbrauch	Department of Agriculture	Tabakwaren	Bureau of International Revenue
Kondensierte Milch	Department of Agriculture	Papier und Papierstoff	Federal Trade Commission
Baumwollverbrauch	Bureau of the Census	Bautätigkeit	Federal Reserve Board
Baumwollvorrat	Bureau of the Census		

Im vorstehenden handelte es sich ausschliesslich um Erhebungen, die von Staats wegen durchgeführt werden. Selbstverständlich versuchen auch industrielle Verbände und andere private Organisationen Statistiken durchzuführen, soweit sie in ihrem Interesse liegen. Diese privaten Veranstaltungen gelangen meistens nicht an die Öffentlichkeit und gehen daher der volkswirtschaftlichen Erkenntnis verloren. Eine Ausnahme machen jedoch fast durchweg diejenigen nichtstaatlichen Erhebungen, die die Förderung von Mineralien, auch wohl die Eisen- und Stahlproduktion erfassen. Das mag einmal daran liegen, dass die einfacheren, „vertretbaren" Produkte auch einfacher aufgenommen werden können, zum anderen sicherlich daran, dass die Schwerindustrie in allen Ländern in mächtigen Kartellen, Trusten oder Syndikaten zusammengefasst ist. Es entfällt daher bei den Einzelmitgliedern die Angst vor der Konkurrenz, und das Syndikat vermag einen entsprechenden Druck auf säumige Mitglieder auszuüben. Auch ist nicht zu vergessen, dass die Bergwerke allgemein staatlicher Aufsicht unterstehen.

In England und besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht nicht die allgemeine Scheu vor der Veröffentlichung von Zahlenmaterial, die auch in Deutschland leider sehr ausgeprägt ist. Das mag daher rühren, dass der Amerikaner in wirtschaftlichen Dingen grosszügiger und draufgängerischer ist und für Geheimniskrämerei kein Verständnis besitzt. Ferner stehen die Mittel- und Kleinbetriebe an Bedeutung weit hinter den Grossbetrieben zurück, die zudem in festgefügten Trusten zusammengeschlossen sind. Eine weitere Erklärung liefert vielleicht die Tatsache, dass die vereinsstaatliche Industrie vor dem Kriege ständig an Kapitalnot litt und auf fremde Gelder in hohem Masse angewiesen war. Sie war daher gezwungen, den Geldgebern Einblick in ihre Geschäftsbücher zu gewähren und Unterlagen über ihre Produktionsfähigkeit und ihre Absatzmöglichkeiten zu geben. (In ähnlicher Weise haben ja auch jüngst deutsche Industrieunternehmungen, die in Amerika um Anleihen warben, die nach dort gesandten Prospekte weit ausführlicher halten müssen als die gleichzeitig bei uns veröffentlichten Geschäftsberichte.) Das alles mag dazu beigetragen haben, einer Veröffentlichung

Statistiken privater Verbände über Produktion, Absatz und Vorräte in den Vereinigten Staaten von Amerika)*

Ware	Art der Statistik	Art der Veröffentlichung	Verband
Anthracit	Verlad., Vorräte	monatlich	Anthracite Bureau of Information
Eisen und Stahl	Produktion	„	Iron and Steel Institute
Stahl	Auftragsbestand	„	United States Steel Corporation
Stahl	Verschiffung	nicht veröffentl.	Steel Barrel Manufact. Association
Metall (Kupfer, Blei)	Produktion	„	American Bureau of Metal Statistics
Zink	„	jährlich	Harry R. Merton and Co.
Zink	„	monatlich	Zink Institute
Zinn	Absatz	„	New York Metal Exchange
Eisen	?	?	Iron Merchants Assoc., Philadelphia
Bauholz	Produktion	nicht veröffentl.	Michigan Hardwood Manufacturers Association
Bauholz	„	„	Western Pine Manuf. Association
Bauholz	„	„	Southern Pine Association
Bauholz	„	„	North Carolina Pine Association
Bauholz	„	„	Oak Flooring Manuf. Association
Bauholz	„	„	West Coast Cumbermen's Association
Ziegelsteine	„	monatlich	Refractoriers Manuf. Association
Ziegelsteine	Prod. u. Vorräte	nicht veröffentl.	American Face Brick Association
Leder	Produktion	„	Tanner's Council
Metallplatten	Prod. u. Vorräte	„	National Association of Steel and Tin Plate Manufacturers
Eisengiessereien i. Ohio	Produktion	„	Ohio foundrymen's Association
Stahlkonstruktionen	Absatz	monatlich	Bridge Builders and Structoral Society
Werkzeugmaschinen (Bohr- u. Fräsmasch.)	Produktion	?	Verband der amerikan. Werkzeugmaschinenfabrikant., Cincinnati
Lokomotiven, Fracht- und Personenwagen	„	monatlich	American Railway Association (Car service division Railway Age)
Personen- u. Lastautos, Automobilzubehör	Produktion und Absatz	„ (nicht regelmäss.)	National Automobile Chamber of Commerce
Autoreifen u. -decken	Produktion	monatlich	The Rubbers Associat. of America
Lederriemen	„	nicht veröffentl.	Leather Belting Exchange
Glasflaschen	„	„	National Bottle Man Association
Bunte Glaswaren	Aufträge	„	Illuminating Glassware Guild
Wollindustrie	Rohstoffverbr.	neue Zahl. nicht veröff.	National Association of Wool Man
Seidenindustrie	„	nicht veröffentl.	Silk Association of America
Baumwollindustrie	Produktion	monatlich	New Orleans Cotton Exchange
Gestrickt. Unterwäsche	„	„	Knit Goods Manufactur. of America
Elastische Gewebe	Absatz	nicht veröffentl.	Webbing Manufacturers Exchange
Schmirgel-Leinen u. Papier	„	„	Abrasive Paper and Cloth Manufacturers Exchange
Papier und Papierzeug	?	?	American Paper and Pulp Associat.
Emaill. Sanitätswaren	Produktion	nicht veröffentl.	Enameled Sanitary Manuf. Associat.
Schwefels. Ammoniak	„	monatlich	Barret Comp. of New York
Druckereitätigkeit	„	„	United Typothetae of America
Bautätigkeit	Wert d. Bauverträge	—	F. W. Dodge Co.

*) Die in der Tabelle mit „nicht veröffentlicht" bezeichneten Statistiken werden den amtlichen Stellen zur Verfügung gestellt und in ihren Veröffentlichungen verwertet.

des Zahlenmaterials nicht zu widerstreben. Hinzu kommt, dass der Beantwortungszwang für die amtlichen Produktionsstatistiken eine gewisse Gewöhnung gebracht hat. Die (von Dr. G. Colm zusammengestellte) Tabelle auf Seite 607 gibt eine überraschende Vielfältigkeit derartiger Erhebungen.

Aus der zweiten Spalte der Tabelle ist ersichtlich, dass nicht alle diese Statistiken reine Produktionsstatistiken sind; aber sie lassen durchweg zum mindesten Rückschlüsse auf die industrielle Produktionstätigkeit zu. Viele Gesellschaften und Verbände stellen die Zahlen nur für ihren eigenen Gebrauch zusammen, geben sie aber auf Verlangen freiwillig an die amtlichen Stellen zur Verarbeitung weiter. Das gesamte Material an Produktionsstatistiken (das durch eine grosse Reihe weiterer Erhebungen noch weit umfangreicher ist, als hier aufgezählt) wird vornehmlich von drei Stellen gesammelt:

1. An der Harvard-Universität, die jährliche, monatliche und wöchentliche Produktionsindizes herausbringt.
2. In der amtlichen Monatsschrift „Federal Reserve Bulletin".
3. In den Monatsberichten des U. St. Department of Commerce: Survey of Current Business.

Eine derart umfassende Produktionsstatistik, die sich zudem noch durch ein vorbildliches Handinhandarbeiten von staatlicher und privater Erhebung auszeichnet, ist in keinem anderen Lande der Welt zu verzeichnen. Für Deutschland zum mindesten wird man, nach der ganzen Einstellung unserer Unternehmerschaft, auf eine derartige *freiwillige* Mitarbeit keine Hoffnungen hegen dürfen. Es wird daher die *Aufgabe der staatlichen Organe* sein, eine ausgedehnte Produktionsstatistik aufzubauen. Auf die amerikanische Methode wird man vorerst verzichten dürfen, da sie sehr umfangreich und sehr mühselig ist und nicht alle Fehlerquellen ausgemerzt werden können. Zudem können die Ergebnisse erst reichlich spät veröffentlicht werden. Die deutsche Methode, nach der nur die wichtigsten Industrien einbezogen werden, genügt, wenn man die Anzahl der Gewerbezweige hinreichend gross wählt. Was dringend nottut, ist, dass das Werk unverzüglich in Angriff genommen wird.

PROBLEME DES AGRARKREDITS

Von KURT BLOCH

Die Amerika-Anleihe der Rentenbankkreditanstalt hat von neuem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Fragen des landwirtschaftlichen Kredits gelenkt, um so mehr, als sie begleitet wurde von neuen Kreditforderungen der Landwirtschaft durch den Reichslandbund, durch einzelne Landwirtschaftskammern und neuerdings auch durch eine Interpellation der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag, betreffend weitere Kreditprolongationen durch die Reichsbank. All dies zusammengenommen drängt die Frage auf, wohin eigentlich die recht beträchtlichen Kredite geflossen sind, die der Landwirtschaft seit Beginn der Stabilisierung zugeführt worden sind, wohin die nicht zu unter-

schätzenden Beträge gehen, die z. B. insbesondere die Landschaften laufend der Landwirtschaft zur Verfügung stellen.

Hier hat man nun geglaubt, beobachten zu können, dass es in der Regel nicht die besten Landwirte sind, die die höchsten Schulden haben; ja es erscheint überaus zweifelhaft, ob die Musterbetriebe überhaupt erheblichen Kredit in Anspruch zu nehmen gezwungen waren. Das führt von selbst zu der Frage, ob in der Kreditverteilung denn alles gestimmt hat.

Gerade die Rentenbankanleihe hat gezeigt, dass ernsthaft von irgendeiner Fürsorge in der Richtung, dass landwirtschaftlicher Kredit in erster Linie für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion verwendet werde, keine Rede sein kann; vielmehr wurde sie allgemein als ein Mittel zur Fundierung schwebender Schulden betrachtet. Wie hierbei eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sich ergeben soll, auf die übrigens angeblich die amerikanischen Kreditgeber den grössten Wert gelegt haben sollen, ist unerfindlich.

Vielmehr scheinen gerade die Anregungen von landwirtschaftlicher Seite, die Kreditgebarung mehr auf die Erfordernisse landwirtschaftlicher Intensivierung einzustellen, bisher bei den Interessenvertretungen der Landwirtschaft nur taube Ohren gefunden zu haben. Das gilt sowohl für die Vorschläge von Dr. Sagawe — nach dem Vorgange Aereboes bereits im Jahre 1919 —, das landwirtschaftliche Kreditwesen mehr als bisher mit der landwirtschaftlichen Betriebsberatung und dem landwirtschaftlichen Unterrichtswesen zu verbinden, wie für den von Herrn Dr. Seelmann-Eggebert, dem eifrigen Pressevertreter der Rentenbank, gemachten Vorschlag, Rentenbankkredite nur an solche Banken, die eine wirksame Verwendung der Kredite im Dienste der landwirtschaftlichen Produktion gewährleisteten, weiterzuleiten.

Dennoch ist es wichtig, sich darüber klar zu sein, dass vielleicht der grösste Teil des landwirtschaftlichen Kreditbedarfs in dieser Hinsicht tatsächlich unbefriedigt bleibt, wie er schon vor dem Kriege unbefriedigt blieb. Schon damals nämlich erfolgte die starke Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe wesentlich durch die Kapitalbildung aus dem Betriebe heraus. Dies ist auch der Weg, den Prof. Beckmann-Bonn anlässlich der Agrarzolldiskussionen wiederholt empfahl.

Dies Verfahren hat das Bedenkliche an sich, dass eine solche Kapitalbildung nur auf Kosten des Konsumenten erfolgen kann, wie Beckmann auch offen zugibt. Demgegenüber gilt ganz mit Recht das Argument, das Prof. Bonn in seinem Gutachten zur Zollfrage betont hat, dass im heutigen Deutschland die Konsumentenschicht nicht mehr oder noch nicht da ist, die in der Lage wäre, aus ihrer Tasche heraus eine solche Kapitalbildung zu ermöglichen. Vielmehr tritt die Frage auf, ob nicht dieser Weg der Kapitalbildung im Grunde der aussichtsloseste ist, da früher oder später der Konsum einfach die um die notwendige Kapitalisierungsrate erhöhten Preise — die der Zollschutz einigermassen garantieren sollte — nicht mehr wird tragen können, so dass jenes Selbstkorrektiv überhöhter Preise eintritt, dass infolge des geringeren Absatzes der hohe Preis auch nicht einträglicher ist, als ein niedrigerer Preis bei grösserem Absatz wäre.

Gleichzeitig hat Beckmann jedoch das Verdienst, mit allem Nachdruck auf die immer wieder vergessene Tatsache hingewiesen zu haben, dass es in der Landwirtschaft nicht nur Getreide und Rindvieh gibt, dass vielmehr gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse eine sehr viel kürzere Umschlagszeit haben und darum eine raschere Neubildung von Kapital — auch, wie wir hinzufügen dürfen, bei gar nicht übermässigen Preisen — erlauben. Hierher ist zunächst die Schweinezucht zu rechnen. Vor dem Kriege ergaben sich bei sachgemässer Schweinezucht 10 bis 15 Prozent und selbst noch mehr Reingewinn. Der deutsche Schweinebestand ist noch immer weit hinter dem Friedensstande zurückgeblieben. Anderseits sind die Rentabilitätschancen der Schweinezucht eher verbessert als verschlechtert worden. Kartoffeln und Gerste haben normale, die ersteren sogar wirkliche Friedenspreise. Auch Kleie ist nicht mehr übermässig teuer. Sachgemässe Kreditpolitik hätte hier etwa in der folgenden Weise einzusetzen. Ein Betrag von x Millionen Mark würde in eine Schweinemastdarlehensgesellschaft eingebracht, die zu nicht zu hohem Zinssatz bei der Anschaffung von Mastferkeln einen Kredit bis zu einem sehr beträchtlichen Prozentsatz des Wertes der Tiere gäbe und die Wechsel des Futtermittelhandels diskontierte; die Laufzeit des Kredits wäre auf etwa 8 bis 9 Monate zu bemessen. Jeder Kreditnehmer wäre dann seinerseits verpflichtet, bei der Rückzahlung seines Kredits einen bestimmten Teil, sagen wir 5 Prozent, als Anteil an die Gesellschaft zu zahlen, die dafür ihrerseits einen entsprechenden Betrag an die kreditgebende Stelle — Reich, Staat, Rentenbank oder wer immer an öffentlichen Stellen diesen Kredit gegeben haben mag — abzuführen hätte, so dass das Kreditinstitut sich langsam in eine genossenschaftliche Bank verwandeln würde. Dieser Vorschlag ist nicht nur blasse Theorie oder eine ausgeklügelte Erfindung, sondern eine Anwendung sehr günstiger amerikanischer Erfahrungen aus den letzten Krisenjahren der amerikanischen Landwirtschaft auf die deutschen Verhältnisse. Aber der Fall der Schweine steht gar nicht vereinzelt da, sondern z. B. von der deutschen Eierproduktion gilt dasselbe; auch hier könnte durch Förderung der Zucht und durch die planmässige Entwickelung der Eierproduktion für den Markt auf dem Kreditwege sehr viel geschehen. Heute ist die Geflügel- wie übrigens zum Teil auch die Schweinezucht mehr für die Zwecke der Abfallverwertung da, als ein organischer Bestandteil des landwirtschaftlichen Betriebes. Besonders die letztere erscheint in den landwirtschaftlichen Zeitschriften in der Rubrik für die landwirtschaftliche Hausfrau, was — ohne der Hausfrau zu nahe treten zu wollen — zweifellos eine Zurücksetzung gegenüber Ackerbau und sonstiger Tierzucht bedeutet[1]).

Ganz Ähnliches gilt z. B. für die Milchproduktion. Hier wäre der Nachdruck im Augenblick vor allem auf sorgfältigste Zuchtwahl im bäuerlichen Betriebe zu legen. Es würde sich gewiss lohnen, für den kleinen und mittleren Bauern besondere Erleichterungen für den Bezug von milchergiebigen Kühen auf dem Kreditwege zu schaffen. Dies ist eine ganz konkrete Aufgabe, deren Notwendig-

[1]) Hierbei soll betont werden, dass eine Förderung der Schweinemast oder der Eierproduktion notwendig auf die Zucht zurückwirkt, da die Finanzierung der Abnehmer, der Käufer, stets zugleich eine Finanzierung der Verkäufer ist.

keit von niemand bestritten werden kann, und deren Erfüllung ausserordentlich viel für die fortschrittliche Entwicklung der bäuerlichen Betriebe bedeuten könnte, besonders wenn man hier die Kredite z. B. über die Milchkontrollvereine leitete oder diese zum mindesten in der Verteilung heranzöge. Die letzten Statistiken haben gezeigt, dass die Milchkontrollvereine sich in Deutschland in den Bezirken des Grossgrundbesitzes sehr viel besser entwickelt haben als in den bäuerlichen Bezirken, und z. B. in Schlesien betrachtet man stellenweise die Milchkontrolle als etwas für den Grossgrundbesitz Typisches. Hier läge eine Aufgabe, die die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften schon heute erfüllen könnten, wenn sie über hinreichende Einsicht und hinreichenden Willen dazu verfügten. Leider ist aber auch bei ihnen von der Notwendigkeit, die Kreditgewährung in erster Linie in den Dienst der landwirtschaftlichen Produktion zu stellen, zwar manchmal die Rede, aber selten die Praxis üblich geworden. Hier scheint der Bankfachmann über den Landwirt nur zu oft den Sieg davonzutragen. Der Zinsgewinn scheint oft als wichtiger betrachtet zu werden als die Forderung der landwirtschaftlichen Produktion.

Von der Milch geht der Weg recht zwanglos zur Frage des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es ist im letzten Sommer wiederholt vorgekommen, dass in grossen Städten die Milch, die die Landwirte angeliefert hatten, nicht verbraucht wurde, sondern weggegossen werden musste. Das ist nicht nur eine Schande, sondern ausserdem ein schlechtes Geschäft für den landwirtschaftlichen Betrieb. Die Ursache für eine solche Verschwendung lag in der mangelnden Ausrüstung der städtischen Molkereien, die nicht in der Lage waren, die überschüssige Milch zu verarbeiten. Während aber in den deutschen Grossstädten Milch weggegossen werden muss, haben wir einen Butter- und Käseimport, der im Jahre sich auf mehrere hundert Millionen beläuft. Hier liegt ein zweiter Ansatzpunkt für produktive Kreditpolitik, wenn man endlich Ernst mit ihr machen will. Und zwar handelt es sich dabei nicht nur um Milch. Vor allem die Frage der Kartoffelverwertung spielt in diesem Zusammenhang eine grosse Rolle. Ein sehr erheblicher Prozentsatz der Kartoffelernte geht alljährlich durch Verderb verloren infolge von unzureichenden Kartoffeltrocknungseinrichtungen. Während des Krieges wurde hier ein Anlauf zum Besseren gemacht. Seit dem Kriege aber hat sich die Lage in dieser Hinsicht stetig verschlechtert. Die Zahl der Kartoffeltrocknereien in Betrieb ist stetig zurückgegangen, und die Kartoffeltrocknungsgenossenschaften sind beinahe verschwunden. Das dürfte zu einem Teil seinen Grund darin haben, dass bekanntlich in der Zeit der Inflation 1. der menschliche Konsum an Kartoffeln auf einer ungewöhnlichen Höhe infolge der schlechten Lebenshaltung der Bevölkerung blieb, 2. die Preise der Betriebsstoffe, vor allem Kohle, unverhältnismässig hohe waren, nicht zuletzt infolge der Kohlensteuer. Das hat sich beides jetzt geändert. Um jedoch die Trocknerei wieder in Gang zu bringen, werden zweifellos beträchtliche Kreditaufwendungen nötig sein. Tatsächlich hat auch das Reichsernährungsministerium auf diesem Gebiete neulich offenbar einige Schritte getan, wenngleich die Pressenotizen, die darüber erschienen sind, überaus vorsichtig und unklar gehalten waren. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage

der Förderung der Verwendung von Monopolspiritus als Betriebsstoff. Wenn man dem Landwirt besondere Krediterleichterungen beim Bezuge von Monopolspiritus (Monopolin) gäbe, so würde man ihm damit einen Anreiz dazu geben, eine eigentlich selbstverständliche Pflicht zu erfüllen, nämlich seinerseits diese überaus bedeutsame Verwertung der Kartoffel zu fördern, wo irgend möglich. Dass man statt dessen die ungünstige Lage des Monopols jetzt durch Ermässigung der Preise für Trinkbranntwein zu verbessern versucht, ist weder erfreulich noch klug; denn schliesslich gibt es doch Grenzen für den Schnapsverbrauch, während der Bedarf nach billigen Betriebsstoffen geradezu unbegrenzt ist.

Fasst man das Gesagte zusammen, so ergibt sich, dass hier an praktischen Beispielen eine allgemeine Forderung illustriert wird, nämlich die, nicht Kredit zu geben, als ob Kredit an sich ein Gut sei, im Gegenteil, Kredit kann ebensosehr schaden wie nützen, sondern Kredit zu geben, wo man seiner Produktivität und zudem auch letzten Endes seiner Rentabilität sicher ist. — Zur Frage der Rentabilität sei nämlich hier gleich noch bemerkt, dass es mit der rechnerischen Rentabilität der Kartoffeltrocknung z. B. zweifelhaft aussieht. Aber nur solange, als man in die Rechnung nicht einsetzt, dass andernfalls ein beträchtlicher Teil der getrockneten Kartoffeln verdorben wäre. Hier liegt einer der Fälle vor, in denen die Bücher lügen können. — Kredit hat Sinn doch nur dann, wenn der Kreditnehmer von ihm irgendeinen Nutzen haben kann. Welches wird aber wirklich der Nutzen der Rentenbankanleihe für die Landwirtschaft sein? Die Landwirte werden eines Teils ihrer schwebenden Schulden ledig werden, aber von einer Produktionssteigerung kann kaum eine Rede sein. Was aber der Nutzen der Kredite des Jahres 1924? Man hat eine grosse Liquidation auf dem Lande verhindert, wie man sie in der Stadtwirtschaft verhinderte, bis die missglückte Frankenspekulation sie dort gebieterisch erzwang. Auf dem Lande ist sie auch heute noch nicht eingetreten. Sollte aber die Beobachtung richtig sein, dass es die schlechtesten Landwirte sind, die die grössten Kredite aufgenommen haben, so liegt es so, dass die Liquidation früher oder später wird kommen müssen. Sie heute hinauszuschieben, sie gar mit Hilfe ausländischen Kredits aufzuhalten, ist leichtsinnige Agrarpolitik, ist Verschwendung, die zudem mehr zu einem Hemmschuh als zu einer Förderung landwirtschaftlicher Produktion zu werden verspricht. Denn Schulden, insbesondere hypothekarisch eingetragene Schulden vererben sich von Besitzer zu Besitzer. Jeder Besitznachfolger wird die Schuldenlast zu tragen haben, die sein unfähiger Vorgänger aufgenommen hat. Denn noch liegen allgemein die Beleihungsgrenzen so weit unter dem Verkehrswert der Güter, dass ein Ausfall der Gläubiger selbst bei einer Zwangsversteigerung nur in Ausnahmefällen zu erwarten ist. Will man also der Landwirtschaft Produktivkredit zuführen, so gebe man ihr nicht Kredit schlechthin, sondern man schaffe die organisatorischen Sicherungen, die die produktive Verwendung der Kredite durch die tüchtigsten Landwirte zu sichern vermögen.

INDUSTRIEORGANISATORISCHE ZEITFRAGEN

Von R. v. UNGERN-STERNBERG

In der Nummer 9 der „Arbeit" macht Georg Berger sehr beachtenswerte Ausführungen aus „der Praxis der Gemeinwirtschaft in bergbaulichen Selbstverwaltungskörpern". Im zweiten Teil seines Aufsatzes beschäftigt er sich auch mit meinen wirtschaftsorganisatorischen Plänen. Zu der von Berger gebrachten Kritik möchte ich im Interesse der Sache mir eine kurze Erwiderung erlauben.

Es bedarf der Berichtigung, wenn Berger meint, „die unmittelbare Leitung der Industriegemeinschaften soll nach Ungern-Sternberg bei den beteiligten Unternehmern liegen." Das stimmt nicht, denn § 7 der von mir entworfenen Satzungen[1]) besagt, dass die Bestellung und Abberufung des Vorstandes, also der unmittelbaren Leitung, durch den Verwaltungs- bzw. Aufsichtsrat erfolgt. Der Aufsichtsrat des zentraldirigierten Industriezweiges, in dem neben den Unternehmern auch Arbeiter vertreten sind, ist aber in keiner Weise verpflichtet, Unternehmer in den Vorstand zu berufen. Ferner erscheint mir die Meinung Bergers, wonach „die Entwicklung, die U.-St. mit seinem Gesetzentwurf auslösen will, bereits im Gange" sei, unzutreffend. Gewiss zeigt der Kapitalismus Entwicklungstendenzen, an die ein gemeinwirtschaftlicher Aufbau anknüpfen muss. Aber diese Entwicklung wird doch von privatgeschäftlichen Motiven beherrscht. Dagegen — und das ist wohl das entscheidende — soll die Industriegemeinschaft der Wirtschaft einen öffentlich-rechtlichen Charakter verleihen, wozu nicht nur die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Leitung (im Aufsichtsrat) gehört, sondern die Gesamtheit der Befugnisse und Pflichten der Zentraldirektion der zentraldirigierten Firmen. Diese Dinge sehe ich noch nicht „im Gang". Im Gegenteil, da, wo An-Ansätze allenfalls vorhanden sind (Reichskohlen- und Kalirat), scheinen sie mir zu verkümmern.

Und nun zu dem Hauptdifferenzpunkt zwischen Berger und mir, der sich auf die Tätigkeit der Arbeitervertreter in den Gremien, in denen sie mit Unternehmern *ihrer* Branche zusammensitzen, bezieht. Ich habe behauptet, und bleibe bei meiner Meinung, dass in solchen Fällen die Gefahr einer Solidarisierung, eines einseitigen Branchenegoismus, gegeben ist. Dieser Branchenegoismus ist bei den Unternehmern etwas ganz Selbstverständliches, und die Arbeiter und Angestellten verfallen ihm leider ebenfalls, wie die Praxis hundertfach bestätigt. Wenn es sich z. B. darum handelt, in einem grossstädtischen Verkehrsunternehmen Lohnforderungen der Arbeiter durchzusetzen, so wird die Arbeiterschaft auf die Behauptung der Direktion, dass diese Forderungen eine Erhöhung der Tarife erfordern, *nicht* erwidern, dass diese Konsequenz im Interesse der breiten Massen unerwünscht sei und vermieden werden müsse und es auch andere Mittel gebe, die erforderlichen Summen aufzubringen, sondern aus Mangel an volks- und gemeinwirtschaftlicher Einsicht und auch aus der bedrängten Lage, in der sich die Belegschaft in wirtschaftlicher Beziehung befindet, ganz gleichgültig sein gegen die Fahrpreis-

[1]) Siehe S. 72, „Industriegemeinschaft".

erhöhung, die doch eine schwere Belastung gerade für die unbemittelte Bevölkerung darstellt. Dieser einseitige Produzentenstandpunkt kommt in mehr oder weniger starker Ausprägung überall zum Vorschein, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam die Preise der Erzeugnisse bestimmen. *Es mangelt hierfür nicht an literarischen Belegen*[2]). Und es ist ja menschlich verständlich, dass der einzelne Arbeitervertreter seine „Belange" energischer vertritt als die Interessen der Allgemeinheit, wenn die Arbeiterschaft in irgendeiner Weise unmittelbar am Zustandekommen einer Preiserhöhung interessiert wird. Gerade darum ist es unbedingt erforderlich, dass die Arbeitervertreter *nicht ausschliesslich* „aus dem Fach" entnommen werden, sondern aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen, die dem Fach objektiv gegenüberstehen[3]), damit im Interesse der Allgemeinheit ein Gegengewicht geschaffen werde gegen den Branchenegoismus der Unternehmer.

Was nun im einzelnen die Meinung Bergers anbelangt, die Arbeitervertreter im Reichskohlenrat hätten sich nicht durch etwaige Lohnversprechungen zu Preiserhöhungen verleiten lassen, so kann ich nicht finden, dass er irgendwelche Beweise oder „Belege" hierfür beibringt. Von mir verlangt er aber die Nennung von „Ross und Reiter"! Ja, wenn über gewisse Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern Protokoll geführt worden wäre, könnte ich vielleicht nachweisen, dass auch im Kohlenbergbau gemeinsame Sache gemacht worden ist. Solche Niederschriften existieren aber natürlich nicht. Ich verweise daher auf die Fussnote, die durch weitere literarische Belege unschwer zu ergänzen wäre.

Im übrigen lag mir gar nicht daran, nachzuweisen, dass gerade im Reichskohlenrat die bewussten Missstände in die Erscheinung getreten sind. Der diesbezügliche Satz auf Seite 65 der „Industriegemeinschaft" sollte nur zur Verdeutlichung dienen, was unter „paritätisch zusammengesetzten Gremien" zu verstehen ist (z. B. Reichskohlenverband). Ich gebe zu, dass durch die versehentliche Hinzufügung des „im" Reichskohlenverband ich das Missverständnis veranlasst habe. Das eingeräumt, muss ich dennoch betonen, dass mich Bergers Ausführungen in diesem Punkt absolut nicht überzeugen.

Was nun die bereits mehrfach bemängelte zahlenmässige Stärke der Arbeiter-

---

2) So lese man z. B. „Neue Grundlagen der Handelspolitik", herausgegeben von F. Eulenburg. 1925, S. 77-79. Dr. A. Müller schreibt u. a.: „Am 1. September 1922 hatte der Reichskohlenrat über eine neue Kohlenpreisfestsetzung und zugleich — der Bergarbeiterlöhne zu beschliessen. Die Reichsregierung hielt eine Kohlenpreiserhöhung für angebracht, die sich etwas unter 100% hielt; die Bergarbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 150 Papiermark pro Schicht gestellt. Kurz vor Eröffnung der Sitzung machten die rheinisch-westfälischen Kohlenindustriellen den Bergarbeitern den Vorschlag, den Lohn um 300 Mark pro Schicht zu erhöhen, wofür die Bergarbeiterführer sich in der Sitzung des Reichskohlenrats durch Zustimmung zu einer Kohlenpreiserhöhung um 160% erkenntlich zeigen sollten. Und so, wie es abgemacht war, geschah es auch. Eine Hand wusch die andere und nahm und gab zugleich: Die Bergarbeiter erhielten ihre 300 Mark Lohnerhöhung und die Bergwerkbesitzer ihre Preiserhöhung von 160%. Der anwesende Regierungsvertreter protestierte. — So trat die Abmachung in Kraft die *den Kohlenpreis über den Weltmarktpreis hinaustrieb.* An weiteren Belegen für das Überwiegen des Produzenteninteresses über das Konsumenteninteresse bei den gewerblichen Arbeitern fehlt es nicht. *Es scheint insbesondere durch das Zusammenwirken zwischen Unternehmern und Gewerkschaften in Arbeitsgemeinschaften, gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen und pseudogemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, wie Kali-, Eisen- und Kohlenrat, belebt worden zu sein."* Ein womöglich noch drastischeres Beispiel findet sich in derselben Abhandlung bezüglich des Kalirats. — Sind das nun wirklich alles „falsche, jedes Beweises ermangelnde Behauptungen"? Wird Berger vielleicht sagen, „die Inflation hemmte auch hier die Initiative und schuf Zwangsläufigkeiten?" — Wo beginnt dann die Willensfreiheit?

3) Siehe hierzu meine Ausführungen in der „Arbeit", S. 335.

vertreter im Aufsichtsrat der Industriegemeinschaft anbelangt, so scheint mir hier nicht mit genügender Aufmerksamkeit gelesen worden zu sein. Ein *Drittel* der zu Berufenden ist ja nur die gesetzliche *Mindestzahl* der Arbeitnehmervertreter (§ 11, Seite 70 der „Industriegemeinschaft"). Die berufende Instanz, der Reichswirtschaftsminister, ist aber berechtigt, *sämtliche* sogenannten Staatsvertreter aus der Arbeiterschaft zu entnehmen und so eine paritätische Besetzung des Aufsichtsrats herbeizuführen. Ob und wann das zweckmässig ist, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Jedenfalls sind dem Reichswirtschaftsminister hinsichtlich der Berufung von Arbeitervertretern keinerlei Beschränkungen auferlegt; er kann, wenn er es für richtig hält, auch *sämtliche* Staatsvertreter „aus dem Fach" wählen (siehe § 11 des Gesetzes, Seite 70). Im übrigen scheint mir die Frage, *wieviel* Arbeitervertreter im Aufsichtsrat sitzen, einstweilen von untergeordneter Bedeutung. Funktioniert erst mal die Industriegemeinschaft, so kann diese Frage immer noch nachträglich im Sinne einer Verstärkung der Zahl der Arbeitervertreter neu geregelt werden. Selbstverständlich habe ich den Wunsch, der Arbeiterschaft eine ausschlaggebende Stellung in den Industriegemeinschaften zu verschaffen — halte es aber für zweckmässig, *einstweilen* die Zahl der Unternehmer nicht zu gering zu bemessen, damit sie nicht von vornherein in eine Opposition gedrängt werden.

Das leitet uns über zur Frage, welche „Rolle den Arbeitervertretern im Aufsichtsrat zugedacht ist". Die Ausführungen Bergers scheinen mir in diesem Punkt nicht frei von Widersprüchen. Einerseits bemängelt er, dass ich die Zahl der Arbeitervertreter so gering bemesse, anderseits stimmt er denen zu, „die die Arbeiterschaft auf die grossen, noch zu bewältigenden Aufgaben der Erziehung, Bildung und Forschung verweisen". Gewiss ist der Umstand, dass die Arbeiterschaft zurzeit noch über wenige Vertreter und Vertrauenspersonen verfügt, die in der Lage sind mit Sachkunde und Energie an der Leitung einer Industriegemeinschaft teilzunehmen, auch für mich massgebend gewesen bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats, insbesondere hat mich das bestimmt, die Berufung von neutralen Personen als Staatsvertreter zu empfehlen. Ich bin von der Auffassung ausgegangen: lieber einstweilen weniger Arbeitervertreter, dafür aber solche, die nicht bloss „zugucken", sondern ihren Standpunkt und ihre Meinung wirksam vertreten können. Für die Besetzung eines Drittels (Minimum!) der Staatsvertreterposten würde die Arbeiterschaft aber auch heute schon genügend Leute ihres Vertrauens finden können.

Des weiteren macht mir Berger den Vorwurf, ich wüsste hinsichtlich der Kohlenwirtschaft nicht recht Bescheid und teile infolgedessen die „weitverbreitete, aber falsche Ansicht", dass der Preisstand der Kohle alle Preise massgebend beeinflusst. So ist es allerdings, der Kohlenpreis beeinflusst in Deutschland alle inländischen Preise, und die von Berger angeführte Statistik ist nicht geeignet, seine gegenteilige Behauptung zu begründen. Er verfährt mit den Prozentsätzen etwas „frei", ungeachtet der sehr beherzigenswerten Feststellungen, die er selbst auf S. 556 (unten) über Statistik macht. Es stimmt nämlich nicht, dass *die* Kohlenpreise nur 25 Prozent über dem Vorkriegspreis liegen. Nach einer durchaus zu-

verlässigen Statistik (Rohstoff-Preistafel der AEG.) lagen die Preise ab Grube am 21. September für Fettförderkohle 25 Prozent, für bestmelierte Kohle 35 Prozent, für Nusskohle I und II 49 Prozent und für Gasflammstückkohle 43 Prozent über dem Vorkriegspreis. Was die von Berger angeführte Grosshandelsziffer anbelangt, so vermisst man einen Hinweis, welche Indexziffer gemeint ist. Der Grosshandelsindex des Statistischen Reichsamts bewegt sich nicht zwischen 40 und 50 Prozent über Vorkriegsniveau, sondern nach „Wirtschaft und Statistik", Nummer 18, zwischen 30 und 35 Prozent, und der amtliche Grosshandelsindex vom 23. September zeigt sogar nur noch eine Erhöhung von 24,9 Prozent über Friedensstand, was sehr wohl für die Richtigkeit der Ansicht spricht, dass der Preisstand der Kohle alle Preise massgebend beeinflusst, ganz wie der Brotpreis die Höhe der Lebenshaltungskosten bedingt.

Schliesslich halte ich es für abwegig, wenn Berger davon spricht, dass den Arbeitern reale Funktionen in den *Konzern*leitungen eröffnet werden müssten. Die Konzerne als solche sind nicht geeignet für die Betätigung von Arbeitervertretern, und zwar schon aus dem Grunde, weil sie grösstenteils gar keine festgelegte verantwortliche Leitung besitzen, in die man Arbeitervertreter delegieren könnte. Der AEG.-Konzern hat z. B. nichts, was man als Konzernleitung ansprechen könnte. Andere Konzerne, wie z. B. der Anilin-Konzern, besitzen ein gemeinschaftliches Organ, das aber nur dann von Arbeiterdelegierten beschickt werden könnte, wenn es zuvor eine Umgestaltung erfahren hätte, die es zu einer Zentraldirektion der „Deutschen Chemischen Industrie G. m. b. H." macht. Im allgemeinen aber müssen die Gremien, die von den Arbeitervertretern beschickt werden sollen, erst geschaffen werden, und das sind die leitenden Stellen der Industriegenossenschaften.

*

Nichts scheint mir heute für die Arbeiterschaft von grösserer grundsätzlicher Bedeutung zu sein, als die Erkenntnis, dass sie *allein* auf dem Wege des Lohnkampfes und der Sozialpolitik *nicht* zu einer dauernden Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gelangen, sondern nur durch Umbildung der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung aus der materiellen Notlage befreit werden kann. Auch die Verwirklichung des Endzieles der Arbeiterbewegung, die Erringung des Sozialismus, ist nur möglich, wenn das Proletariat seine ganze Gedankenarbeit auf das wirtschaftsorganisatorische Problem konzentriert. An diese Feststellung müssen aber, um Missverständnisse zu vermeiden, einige weitere Bemerkungen geknüpft werden. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen; selbstverständlich kann der Arbeiterschaft *nicht* zugemutet werden, auf Lohnkämpfe zu verzichten. Die Arbeiterschaft muss sich nur darüber klar sein, dass im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft den Lohnaufbesserungen etwas Trügerisches anhaftet. Je allgemeiner die Lohnerhöhungen sind, je grössere Arbeiterschichten sie umfassen, um so weniger *real* sind sie, denn die kapitalistische Unternehmerschaft kalkuliert sämtliche Lohnaufbesserungen in die Preise der Erzeugnisse ein, und vermöge der Erzeuger- und Händlerverbände (Kartelle) ist sie in weitestem Ausmass imstande, die „Unkosten" der Lohnaufbesserung

auf die Verbraucherschaft, also in erster Linie auf die breiten Massen abzuwälzen. Wo so eine Abwälzung nicht mehr möglich ist, weil der Verbraucher anfängt zu streiken und die Lohnunkosten den Profit bedrohen, da lassen sich die Unternehmer auf Lohnerhöhungen nicht ein, verteidigen sich auf das hartnäckigste gegen irgendwelche Zugeständnisse. Dieses Verhalten der Unternehmer wird durch das Wesen des Kapitalismus, der nicht, um einen Bedarf zu befriedigen, sondern um ein Kapital gewinnbringend zu verwerten, produziert, bedingt. Nicht die *Produktivität* der industriellen Werke, sondern die *Rentabilität* des Kapitals wird von der Unternehmerschaft angestrebt. Solange die Möglichkeit besteht, auf den Verbrauch abzuwälzen, wird auch meistens nicht an eine Rationalisierung der Wirtschaft gedacht. Daher die technische und betriebswirtschaftliche Rückständigkeit vieler deutscher Betriebe und der gänzliche Mangel an wirtschaftsorganisatorischen Plänen, die nicht den Profit, sondern die Versorgung der Bevölkerung mit einem guten und wohlfeilen Erzeugnis bezwecken. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die deutschen sogenannten „Wirtschaftsführer" keinen Mann aufzuweisen haben, der an Henry Ford, was die Einstellung dem Konsumenten gegenüber anbetrifft, auch nur heranreichen könnte. Und doch sind meines Dafürhaltens gerade im gegenwärtigen Deutschland die Möglichkeiten für einen organisatorisch begabten Unternehmer, wenn er mit etwas Idealismus versehen ist, sehr gross!

Im folgenden will ich in kurzen Zügen ein Beispiel geben dafür, wie meines Erachtens durch die Herbeiführung eines organisatorischen Zusammenwirkens von Produzenten und Konsumenten ein für beide Teile erfreuliches Ergebnis erzielt werden kann.

Es handelt sich dabei keinesfalls um einen Plan, der eine grundsätzliche Änderung der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung zur Voraussetzung hat, sondern um Gedanken, die sofort verwirklicht werden können und zweifellos geeignet sind, eine wesentliche Preissenkung herbeizuführen — ein Zustand, der bekanntlich gerade heute so sehnsüchtig angestrebt wird, ohne dass man dem Ziel mit den Mitteln, die die Preistreibereiverordnung und das Kartellgesetz bieten, näherzukommen in der Lage ist.

Dass Schuhzeug heute für die breite Masse der Verbraucherschaft viel zu teuer ist, und dass diese Teuerung den Absatz verringert, darüber werden sowohl die Produzenten wie die Konsumenten im wesentlichen einer Meinung sein. Diejenigen Schuhfabrikanten ferner, die mit ihren Betrieben einigermassen technisch auf der Höhe sind, wissen, dass sie bedeutend billiger anbieten könnten, wenn sie die Leistungsfähigkeit ihrer Werke vollständig auszunutzen in der Lage wären und bei der Preisbemessung sich nicht nach den veralteten unrationellen Werken, mit denen sie in einem Verbande zusammensitzen, richten würden. Eine vernünftige Bewirtschaftung von Schuhzeug müsste folgenden Zustand anstreben: Eine grössere Anzahl von technisch gut ausgerüsteten Werken ist zu einer Gemeinschaft zu vereinigen mit dem Ziele einer radikalen Preissenkung, um auf diese Weise den latent vorhandenen unbefriedigten Bedarf an Schuhen zu decken und damit einen Massenabsatz zu gewährleisten. Dabei braucht der

Gesamtgewinn der einzelnen Werke gar nicht zurückzugehen, nur der Gewinn, der an jedem einzelnen Paar erzielt wird, müsste geringer sein, nach dem Grundsatz: Grosser Umsatz — kleiner Nutzen. Es liegt auf der Hand, dass der erwartete Erfolg eintreten muss. Um aber diesen Erfolg möglichst schnell zu erzielen und die ganze Sache für die Werke völlig risikolos zu gestalten, müssen die Gemeinschaftswerke in Verbindung gebracht werden mit *organisierten* Gruppen der Verbraucherschaft. Es wäre z. B. sehr wohl möglich, zwischen sämtlichen Gewerkschaften, die im ADGB. zusammengefasst sind, und den Gemeinschaftswerken der Schuhindustrie eine Vereinbarung zu treffen, derzufolge die Gewerkschaften die Verpflichtung übernehmen, ihren Mitgliedern dringend zu empfehlen, nur Schuhwerk zu kaufen in den Verkaufsstellen der Gemeinschaft. Die Befolgung dieser Empfehlung wird wohl nicht auf sich warten lassen, sofern die Ware tatsächlich erheblich billiger ist als die anderer Firmen bei gleicher Qualität. Dieser „gesicherte" Kundenkreis liesse sich auch noch weiter ausdehnen, indem z. B. diejenige politische Partei, die die grösste Masse der Schuhverbraucher umfasst, die SPD., ihren Mitgliedern, insbesondere den Konsumgenossenschaften, auf dem üblichen Wege der Propaganda nahelegt, bei den Gemeinschaftswerken zu kaufen. Auf diese Weise wäre, bezüglich eines so wichtigen Gegenstandes wie Schuhwerk, das verwirklicht, was Fritz Kummer im Heft 8, S. 465 über die Bedeutung des Konsums der Arbeiterschaft als Mittel zur Beeinflussung der Wirtschaftsverfassung ausgeführt hat.

Im übrigen möchte ich bemerken, dass mir die Ausführungen Kummers, soweit sie die Produktivgenossenschaften betreffen, viel zu optimistisch erscheinen. Wo soll z. B. die Arbeiterschaft das Kapital hernehmen, um die „neuzeitlichen Fabriken" zu gründen? Die Erfahrung lehrt, dass man mit Produktivgenossenschaften nicht vorsichtig genug sein kann, und jedenfalls ist meines Erachtens der Gedanke, der auch bei Kummer anzuklingen scheint, die Sozialisierung allein auf dem Wege der Produktivgenossenschaften durchzuführen, gänzlich abwegig. Den Produktivgenossenschaften kommt in dem ganzen Prozess der Sozialisierung nur eine sehr bescheidene Rolle zu.

Der Einfluss, den die Arbeiterschaft auf den Produktionsprozess und die betriebswirtschaftliche Seite der Erzeugung erlangen muss, um eine gesellschaftlich nützliche Ausgestaltung der Industrie herbeizuführen, kann nur auf dem Wege der Mitberatung und Mitentscheidung in den Körperschaften (Aufsichtsrat, Vorstand), die für Gang und Richtung der Produktion massgebend sind, wirksam werden. In der Gemeinschaft der Schuhfabriken, die ich eben skizziert habe, hätte die Arbeiter- und Angestelltenschaft sich gleichfalls den Einfluss zu sichern, den ich für alle grossindustriell entwickelten Gewerbezweige empfehle.

Es ist die höchste Zeit, dass sich das deutsche Proletariat endlich darüber klar wird, wie der „konstruktive Sozialismus" aussehen soll, den wir im Kampf gegen das kapitalistische System anzustreben haben.

DUNKMANNS GEMEINSCHAFTSIDEOLOGIE

Eine Untersuchung ihrer Beziehung zu Tönnies als Beitrag zur Kritik von Arbeitgeberideologien

Von *ANNEMARIE HERMBERG*

Professor Karl Dunkmann hat es sich in seinen zahlreichen Aufsätzen im „Arbeitgeber" und anderen Zeitschriften sowie in den für seine Lehre grundlegenden Büchern zur Aufgabe gemacht, die Tönniesschen Begriffe „Gemeinschaft" und „Gesellschaft" fortzubilden, um sie als Unterlagen für einen neuen deutschen Idealismus zu verwenden, einer Philosophie, die Anweisung dazu geben will, wie aus dem heutigen sozialen Zustand, dessen Mangelhaftigkeit von keiner Seite angezweifelt wird, ein harmonisches Zusammenleben aller werden kann. Dunkmann hält die Tönniessche *Begriffsbestimmung* für äusserst bedeutsam. Er betont nur seine Abweichung von den Tönniesschen *Anschauungen* hinsichtlich der Entwicklung des gesamten sozialen Lebens. Er teilt nicht den Pessimismus, den er in der Meinung von Tönnies, die Entwicklung des sozialen Lebens gehe von Gemeinschaft zu Gesellschaft, zu erkennen meint.

Es sollen nun hier die Beziehungen zwischen den Tönniesschen Begriffen und der Lehre Dunkmanns einer näheren Untersuchung unterzogen werden. Die Übernahme und restlose Anerkennung der Tönniesschen Begriffsbestimmung, die Dunkmann vornimmt, zwingt zu einer vergleichenden Betrachtung, gerade weil Dunkmann andere Folgerungen aus ihrer Anwendung zieht als Tönnies. Erst eine Untersuchung der soziologischen Fundierung bei Dunkmann ermöglicht ein Urteil darüber, inwieweit eine Beziehung zwischen seiner Lehre und den Tönniesschen Begriffen tatsächlich besteht. Theoretische Begründungen können zwar das Handeln der Menschen nicht generell bestimmen, ihm jedoch zu einer Zielklarheit und Bewusstheit verhelfen, die seine Intensität beträchtlich steigern. Angesichts der Tragweite des hier behandelten Problems erscheint daher eine Nachprüfung der Richtigkeit der von Dunkmann vorgenommenen theoretischen Fundierung seiner Folgerungen durchaus am Platze. Eine kurze, auf diese besondere Betrachtung beschränkte Einführung in die Tönniessche Begriffslehre diene als Grundlage.

Das soziale Zusammenleben der Menschen geht in bestimmten Formen vor sich. Ehe, Familie, Nachbarschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Aktiengesellschaft, Kartell, Fabrik und viele andere sind solche Formen des sozialen Verbundenseins der Menschen. Die Art des Zusammenlebens in diesen Formen ist jedoch ganz verschieden; die oben genannten Gebilde haben ganz verschiedene Struktur, die man generell in zwei Formen scheiden kann: Gemeinschaft und Gesellschaft[1]). In einer Gemeinschaft sind die Menschen wesenhaft verbunden;

---

[1]) Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft.* Grundbegriffe der reinen Soziologie, 4. und 5. Auflage, Curtius, Berlin. Zugleich sei hingewiesen auf seine zahlreichen Abhandlungen, in denen er sich mit speziellen Problemen der sozialen Ordnung beschäftigt. Sie sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil man in ihnen häufig die Anwendung seiner Begriffe auf das heutige soziale Leben findet.

ein einheitlicher Wille beherrscht sie alle. Dieser Gemeinschaftswille entspringt einem lebendigen Gefühl des Verbundenseins mit allen denen, die in derselben Gemeinschaft stehen. Man will die Gemeinschaft um ihrer selbst willen; sie verleiht dem Leben der in ihr stehenden Menschen seinen Wert. Prinzipiell verschieden davon sind die gesellschaftlichen Verbindungen. Hier treten die Menschen zusammen, weil sie irgendwelche bestimmten Zwecke verfolgen, die sie nur oder zum mindesten besser gemeinsam erreichen können. Ihr Zusammenschluss ist aber nur auf die Erfüllung dieser Zwecke gerichtet, also von begrenzter Dauer im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Verbindungen der Menschen, die nicht willkürlich gezeitigt werden. Ist im gemeinschaftlichen Zusammenleben der Menschen ihre Verbundenheit zugleich Ursache und Wesen der Gemeinschaft überhaupt, so ist die gesellschaftliche Verbindung nur Folge des gleichen Zweckes, den alle im Auge haben. Dort ein ursprünglich gleiches und einheitliches Wollen, hier will man nur das gleiche, gleichsam zufällig, weil man denselben Zweck verfolgt. In Gesellschaft sind die Menschen wesentlich voneinander geschieden, ihr Zusammenleben ist zwangsläufig bedingt, wächst aber nicht gleichsam aus dem eigentlichen Wesen der Menschen heraus. — Der Wille, von dem beide Formen getragen werden, ist also durchaus verschiedener Art. Tönnies bezeichnet den Willen der Menschen, die in einer Gemeinschaft stehen, als Wesenwille, den Willen derer, die eine gesellschaftliche Verbindung eingehen, als Kürwille.

Es ist vor allem die entwicklungsgeschichtliche Bedeutung, die Tönnies diesen beiden Begriffen zuschreibt, welche das Interesse aller erregt, die sich mit ihnen beschäftigen. Ihr Urheber weist nach, dass die Entwicklung des sozialen Zusammenlebens der Menschen sich, wie schon gesagt, von Gemeinschaft zu Gesellschaft vollzieht. Die durch blutsverwandtschaftliche Beziehungen entstandenen Formen, wie etwa der Klan, der Stamm, das Volk und vor allem die Familie, aber auch andere, wie etwa die mittelalterliche Stadt und die Genossenschaft, waren Formen der Gemeinschaft. Gesinnung, Sitte, Gewohnheitsrecht, Kunst und Religion sind Äusserungen ihrer Eigenart. Gesellschaftliche Struktur dagegen haben vor allem die Aktiengesellschaft als Typ des modernen Wirtschaftslebens und der Staat; Vertrag, Kauf und Tausch sind ihre wesentlichen Merkmale. Diese und andere gesellschaftliche Formen beherrschen heute in bestimmender Weise unser soziales Zusammenleben, das somit im Zeichen krasser Vergesellschaftung steht. Ihre Vollendung würde zugleich ihren Untergang bedeuten, so sehr auch die zunehmende Vergesellschaftung in den letzten Jahrhunderten als Fortschritt angesehen wurde, „es sei denn, dass die zerstreuten Keime der Kultur lebendig bleiben, dass Wesen und Ideen der Gemeinschaft wiederum genährt werden und neue Kultur innerhalb der untergehenden heimlich entfalten". (Tönnies.) Die Möglichkeiten, die Tönnies zur grundlegenden Erneuerung des Gemeinschaftslebens innerhalb einer gesellschaftlichen Ordnung sieht, beschränken sich in erster Linie auf das Konsumgenossenschaftswesen.

Eine andere Stellungnahme dagegen hat Dunkmann zu dem Kulturproblem unserer Zeit, das in die Frage zusammengefasst werden kann: Wie kann aus Gesellschaft

wieder Gemeinschaft werden? Ihm ist es vor allem um eine Erneuerung der Formen zu tun, die einmal Träger eines gemeinschaftlichen Zusammenlebens der Menschen waren. Als solche hebt er besonders *Familie* und *Volk* hervor. Die Idee der *Menschheit* dagegen kann nie organisatorische Gestalt annehmen. „Nur als Idee selbst hat sie ein Recht, sich geltend zu machen . . . . . Bloss ideelle Gemeinschaft aber ist gar keine." Dunkmann spricht von der Eigenart des sozialen Lebens, nach zwei einander entgegengesetzten Polen, nämlich nach Gemeinschaft und nach Gesellschaft hin, zu tendieren, und betont, dass ohne diese innere Spannung kein soziales Leben möglich sei. Es sei nun die Aufgabe, das richtige Spannungsverhältnis herzustellen. Dunkmann hält eine an sich gegebene, gleichsam „prästabilisierte Harmonie", die die richtige Spannung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft darstellt, nicht nur für notwendig, sondern für erfüllbar, wenn nur die Menschen die nötige Einsicht und den Willen dazu besitzen. „Im Bette des naturgebotenen Gemeinschaftslebens mag er dahinfliessen (der jetzt „wildbrausende Strom der Vergesellschaftung"), Wirtschaftsleben und Kultur befruchtend[2])." — Die heutige *Wirtschaft* ist nach Dunkmann ein gesellschaftliches Gebilde. Kapitalismus ist vergesellschaftete Wirtschaft. Aber die Wirtschaft dient gemeinschaftlichem Zwecke, nämlich der Versorgung der Familien. Der *Beruf* ist für den einzelnen das Bindeglied zwischen der Gemeinschaft der Familie und der gesellschaftlichen Wirtschaft. Er ist überhaupt nur in Gemeinschaft denkbar, er ist eine Funktion der Gemeinschaft. Insofern er aber mit Arbeit in der Wirtschaft verbunden ist, ragt er in die gesellschaftliche Organisation der Menschen hinein. Sein Arbeitsinhalt kommt von der Gesellschaft, von ihrer Arbeitsteilung, ihrem Wirtschafts- und Rechtssystem. — Der *Staat* ist nach Dunkmann ein Gebilde, das beiden sozialen Grundformen, der Gemeinschaft und der Gesellschaft, Rechnung tragen muss. Der Staat als Gemeinschaftsstaat ist das Primäre. Durch seine Funktion als Rechtsstaat aber offenbart er seine gesellschaftliche Mission. Denn *Recht* und *Gerechtigkeit* sind Äusserungsformen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen. Die Moral der Gemeinschaft dagegen ist die Liebe.

Das sind in gedrängtester Form die wichtigsten soziologischen Vorstellungen, die wir in Dunkmanns Lehre vorfinden; sie bauen alle in bestimmter Weise auf den Tönniesschen Grundbegriffen Gemeinschaft und Gesellschaft auf. Die nähere Erläuterung dieser Lehre und ihrer soziologischen Fundierung diene zugleich zu einer vergleichenden Betrachtung mit Tönnies.

Das wesentlichste, was dem Leser bei einer kritischen Überprüfung der Dunkmannschen Lehre auffällt, ist die andersartige Anwendung der Tönniesschen Grundbegriffe selbst. Tönnies weist mit der Setzung beider konträren Begriffe auf die *Dialektik* allen sozialen Lebens hin. Die Beziehung beider Begriffe aufeinander soll eine *Bewegungstendenz* zum Ausdruck bringen. Das Kernproblem für Tönnies ist die *Veränderung* des sozialen Lebens. Dunkmann dagegen ist es um seine Veränderung nur insoweit zu tun, als es sich dadurch dem *Idealzustand* nähert, in dem sich Gemeinschaft und Gesellschaft „gegenseitig die Wage halten".

[2]) Gemeinschaft, 1921, Mai/Juni-Heft.

Davon ist bei Tönnies keine Rede. Wohl betont er, dass Gemeinschaft zukünftige Gesellschaft schon keimhaft in sich trägt, weil diese aus ihr hervorgeht, so wie umgekehrt Gesellschaft nicht ohne ihren Ursprung in Gemeinschaft gedacht werden kann. Aber diese Einschränkung der begrifflichen Bedeutung seiner Lehre, welche übrigens gerade in dieser These wiederum ihren entwicklungsgeschichtlichen Charakter beweist, hat nichts mit der Dunkmannschen Meinung zu tun, dass jeder Mensch „zwei Seelen in seiner Brust habe", die gemeinschaftliche und die gesellschaftliche Seele, die in Spannung zueinander stehen. Gerade durch diese Vorstellung trennt Dunkmann das, was in Wirklichkeit als etwas in sich Einheitliches besteht. Der menschliche Wille, die Formen sozialer Verbundenheit sind nämlich etwas *in ihrer Lebendigkeit* durchaus Einheitliches, selbst wenn ihre Unterordnung unter einen von den Tönniesschen Begriffen nicht mehr berechtigt erscheint oder wenn sie in sich so zwiespältig sind wie so viele Gebilde gesellschaftlicher Struktur. Tönnies trennt die Begriffe, um überhaupt mit ihnen arbeiten zu können, macht aber zugleich darauf aufmerksam, dass etwas Lebendiges, wie das soziale Leben, in Begriffen nur mehr oder minder annäherungsweise erfasst werden kann. Dunkmann dagegen teilt die sozialen Gebilde unter diese Begriffe so auf, dass er ihnen jeweils ein bestimmtes Mass von Gemeinschaft und Gesellschaft zuschreibt. Für Tönnies aber gibt es keine Mischung beider Formen, die ein Ideal, also einen Endzustand, bedeuten. Für eine *Verbindung beider* Tendenzen in irgendwelchen Formen sozialen Verbundenseins müsste ein *neuer* Begriff gefunden und angewendet werden, der auf die ursprünglichen in irgendeiner Weise Bezug zu nehmen hätte.

Diese Abweichung Dunkmanns von Tönnies ist bedeutsam, nicht nur etwa, weil sie eine Abweichung hinsichtlich der Stellungnahme zu den Fragen des praktischen Lebens und seiner Gestaltung ist, sondern weil sie eine grundsätzlich andersartige sozioliogische Fundamentierung derselben Begriffe darstellt. Diese Erkenntnis ermöglicht erst eine kritische Vergleichung der abgeleiteten, eingangs kurz skizzierten Begriffe der Dunkmannschen Lehre mit Tönnies.

Tönnies setzt seine Grundbegriffe Gemeinschaft und Gesellschaft und erklärt mit ihrer Hilfe die vergangenen und bestehenden Formen sozialen Verbundenseins. Zu den gemeinschaftlichen gehört in erster Linie die *Familie*. „Das Familienleben ist die allgemeine Basis der gemeinschaftlichen Lebensweisen." So wird der Klan als Familie vor der Familie bezeichnet. Damit wird gesagt, dass die soziologische Grundstruktur der Familie am besten das Wesen der Gemeinschaft deutlich macht. Die Familie bleibt aber trotzdem eine historische Erscheinung und ein historischer Begriff gegenüber dem systematischen der Gemeinschaft selbst, wie das Vierkandt auch neuerdings in einem Aufsatz über Tönnies betont hat[3]). Der Begriff der Gemeinschaft überhaupt kann an dem der Familie am besten erläutert werden. So wie aber Gemeinschaft nicht mehr die herrschende Form des Zusammenlebens der Menschen ist, sondern von den gesellschaftlichen Formen in zunehmendem Masse verdrängt wird, hat auch die Familie als typischer Träger des gesamten Lebens ihre frühere Bedeutung verloren. Sie wird „eine

[3]) Soziale Praxis, 1925, Nr. 30.

zufällige Form zur Befriedigung natürlicher Bedürfnisse" (Tönnies) und durch die moderne Fabrikarbeit und das grossstädtische Wohnungswesen immer mehr ihrer Auflösung entgegengetrieben. Eine Erneuerung der Familie, die nicht zugleich einen Verzicht auf den Ertrag des modernen Wirtschaftslebens bedeutet, muss in ihren Entwicklungsbedingungen der heutigen gesellschaftlichen Ordnung angepasst sein. Solche Möglichkeiten zur Erneuerung des Familienlebens innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung sieht Tönnies im Konsumgenossenschaftswesen, das, in rechter Weise ausgebaut, die Familie wieder in den Mittelpunkt des Zusammenlebens der Menschen stellen würde und zugleich, kraft seiner ökonomischen Struktur, die Fähigkeit besitzt, sich im gesellschaftlichen System der Wirtschaft zu behaupten und zu entfalten.

Für *Dunkmann* dagegen ist die Familie kein historischer Begriff, sondern vielmehr das Urdatum aller soziologischen Tatbestände überhaupt. Auf ihr müssen Staat, Wirtschaft, Beruf, Menschheit und alle anderen Formen des sozialen Zusammenlebens aufbauen. „Sie ist sowohl für die Gemeinschaft wie für die Gesellschaft der gegebene Ort[4])."

Dunkmann ordnet also nicht wie Tönnies die Familie dem Begriff der Gemeinschaft unter, sondern schreibt ihr den Doppelcharakter von Gemeinschaft und Gesellschaft zugleich zu. Dadurch wird die Tönniessche Begriffsbildung, die ja gerade die Begriffe trennt, um die Bedeutung des Unterschiedes bewusst werden zu lassen, sinnlos.

Die Hauptaufgabe der Familie sieht Dunkmann in der Pflege des Gemeinschaftslebens. Er gibt zu, dass die heutige Ordnung, und in ihr namentlich die Grossstadt, die Familie zerstört, weiss aber zu ihrer Erneuerung keinen anderen Weg, als den der eindringlichen Rede und Ermahnung. „Kann nicht der einfachste Arbeiter seinen Kindern ein Heim geben, in dem Gemeinschaft zu Hause ist und nicht das Abbild blosser seelenloser Gesellschaft?" „Das einzige, was helfen kann, ist die Pflege der Gemeinschaft." Diese Ansicht charakterisiert Dunkmanns Stellungnahme zu den gesamten Problemen der sozialen Ordnung. Mit ihr hängt zugleich die theologische Betrachtungsweise zusammen, die einen bestimmten Zustand — hier die mögliche soziale Harmonie — beweisen will und durch Verbreitung dieser Erkenntnis glaubt, ihn herbeiführen zu können. Sie unterscheidet sich jedoch von einem rein soziologischen Verfahren und zeugt von einer Geringschätzung der tatsächlichen Gegebenheiten unserer Zeit und von einer Überschätzung der seelsorgerischen Beeinflussung, die zu anderen Zeiten vielleicht ihre Berechtigung und vor allem ihre Wirkung hatte, die aber den Wirrnissen in der heutigen sozialen Ordnung hilflos gegenübersteht. Das moderne Wirtschaftsleben ist dem der Familie fremd und feindlich. Es dient ja nicht einmal in erster Linie der Bedürfnisbefriedigung der Menschen, die in der Wirtschaft arbeiten, geschweige der Familie überhaupt. Dunkmann aber hält es für möglich, dass beide Formen, die sich ihrem Wesen nach grundsätzlich widersprechen, in ein und derselben sozialen Ordnung bestehen können und sollen. „Wie nun die Selbständigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen und die Integrität der

[4]) Die Kritik der sozialen Vernunft, Berlin 1924, S. 59.

Familie und der Volksverbände zugleich bewahrt werden sollen, das ist eigentlich das momentane akute Problem der Gegenwart." Die Familie war aber typischer Träger einer gemeinschaftlichen Ordnung der Menschen zu einer Zeit, als man noch nichts von der heutigen gesellschaftlichen Wirtschaft wusste, und es ist sinnlos, vergangene Gebilde in eine ihnen fremde neue Welt zu versetzen oder dort erhalten zu wollen, wenn die Wirklichkeit alle ihre gemeinschaftlichen Ansätze immer wieder im Keime erstickt. Will man diese Keime pflegen und fördern, so muss man die Bedingungen suchen, die in der heutigen Ordnung Wachstumsmöglichkeiten haben, und die, wenn auch nicht unmittelbar, ein Familienleben wieder möglich machen. Tönnies hält, wie gesagt, das Konsumgenossenschaftswesen für einen solchen Weg zu dem Ziel, die Familie wieder Träger einer neuen sozialen Ordnung werden zu lassen. Dunkmann dagegen entnimmt sein Ideal einer Familiengemeinschaft den Zuständen einer vergangenen Epoche, will dieses Ideal mit der heutigen Ordnung notwendig verbunden sehen und bedenkt nicht, dass das Hineinprojizieren von Grössen in einen Bau, die dieser Bau gar nicht tragen kann, wohl von guter Absicht der solches wünschenden Menschen zeugen mag, aber zugleich beweist, dass hier eine Verkennung des Zieles der Erfüllung neuen Gemeinschaftslebens und der Wege dazu vorliegt. Die *unmittelbare* Erfüllung der Familiengemeinschaft, die Dunkmann *will,* ist, den soziologischen Gegebenheiten unserer Zeit entsprechend, Utopie. Tönnies dagegen *sieht,* was ist, was werden kann und wie es werden kann, wenn die Menschen es so wollen.

Auch in bezug auf die *Wirtschaft* weicht die Dunkmannsche Lehre von Tönnies in beträchtlichem Masse ab. Tönnies ordnet den Begriff der Wirtschaft an sich keinem seiner soziologischen Begriffe unter, weil es Wirtschaft in gemeinschaftlichem und gesellschaftlichem Zusammenleben der Menschen gibt, die Wirtschaft also gemeinschaftlich gebunden oder gesellschaftlich gerichtet sein kann. Mit Bezug auf die Vergangenheit stimmt Dunkmann darin im wesentlichen mit ihm überein. Wenn er sich mitunter auch zu Behauptungen versteigt wie die, dass das Zusammenwirken in der Wirtschaft nur auf dem Boden des Vertrages geschehen kann, so gibt er an anderer Stelle doch zu, dass alles Wirtschaftsleben ursprünglich familiär gebunden, also gemeinschaftlich gerichtet war. Bei der kapitalistischen Wirtschaft jedoch bleibt Dunkmann stehen und sieht in ihr gewissermassen einen Endzustand. „Das moderne Wirtschaftsleben mit seiner wundervoll gestalteten zweckvollen Produktion", das ist „die Ausgestaltung der Gesellschaft in einem hohen und vielfach bewunderungswürdig hohem Grade." Auf den Ertrag dieser Wirtschaft kann und soll nicht verzichtet werden. Eine gesellschaftlich organisierte Wirtschaft zu gestalten, die „nicht einzelnen Individuen und ihrem ‚Profit' dient, die nicht aus dem Rahmen nationaler Gemeinschaft herausfällt, sondern dem Leben der Keimzellen zugute kommt"[5]), das ist nach Dunkmann eine Aufgabe, deren Erfüllung der Staat zu überwachen hat. Abgesehen davon, dass einmal die heutige kapitalistische Wirtschaft — und sei sie auch noch so sozial — notwendig in erster Linie dem Profit dienen muss, und sei es auch nur in der Form der Verzinsung des Aktienkapitals, und dass zum andern

[5]) Dunkmann: Staat und Wirtschaft. Schriften der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Heft 6.

jeder Unbefangene an ihrer „zweckvollen" Eigenart stark zweifelt, unterscheidet sich Dunkmann nach dem hier Gesagten von Tönnies in der endgültigen Festlegung des Begriffes der Wirtschaft als einer gesellschaftlich-kapitalistischen überhaupt. Tönnies wendet zwar auch den Begriff der Gesellschaft auf die heutige Wirtschaft in krassester Weise an, sagt aber nicht, dass sie einen Endzustand — geschweige einen idealen — darstelle. Solche Betrachtungsweise widerspricht seiner *soziologischen* Methode, der diejenige Dunkmanns als *theologische* gegenübergestellt werden muss, ist aber auch nicht seine wertende Ansicht. Tönnies sieht ganz im Gegenteil die Möglichkeit, dass sich aus den jetzigen Formen neue entwickeln können, die gemeinschaftlicher Art sind, und die die alten kapitalistischen aufheben werden, wenn sie sich ihrer jetzt auch noch in gewisser Weise bedienen müssen. Die konsumgenossenschaftliche Verwendung von Massenersparnissen nach Rochdaler Prinzipien ist nicht kapitalistisch. „Sie ist ihrem Wesen nach gemeinschaftlich: sie setzt mitten in die kapitalistische Wirtschaft deren Verneinung hinein, insbesondere indem sie zur Eigenproduktion übergeht. Diese ist ihrem Wesen nach gemeinschaftliche anstatt gesellschaftlicher Zusammenarbeit[6])." Solche Möglichkeiten sieht Dunkmann nicht. Für ihn ist die Wirtschaft „von den ersten Anfängen bis zur modernen Vollendung im Wesen immer dasselbe". Diese Behauptung mag stimmen für das, worin Dunkmann den Inhalt aller Wirtschaft sieht — „der Mensch nimmt Besitz von der Erde und macht sie sich dienstbar" —; doch das macht keineswegs das Wesen der Wirtschaft aus. Für dieses ist vielmehr entscheidend, *wie* die Menschen sich die Erde dienstbar machen, und in welcher Art und Weise der Bedarf der Menschen gedeckt wird. Das hat sich aber im Laufe der Zeiten grundlegend geändert.

Eng verbunden mit der Meinung Dunkmanns von der Familie ist diejenige über den Beruf[7]). Dieser ist ausschliesslich eine Funktion der Gemeinschaft. Blosse Arbeit ist kein Beruf, auch nicht, wenn sie mit Neigung und Talent ausgeübt wird. Die mechanische, eintönige und unselbständige Maschinenarbeit hebt den Beruf nicht auf. Sonst „müssten wir die gesamte moderne Wirtschaft als sittlich und sozial absurd preisgeben". Denn man kann die maschinelle Arbeitsteilung nicht abschaffen. Glücklicherweise ist die Sachlage aber anders, denn der Beruf der in der Wirtschaft arbeitenden Menschen ist eine Funktion der Familiengemeinschaft und hat nichts mit der Art der Arbeit, mit der persönlich-individuellen Stellung der einzelnen zu ihrer Arbeit zu tun. Ein Wirtschaftender ohne Familie treibt mit seiner Arbeit nur ein Geschäft, einen Erwerb. Der Beamte kann auch ohne Familie existieren, denn die Gemeinschaft, die seine Arbeit zum Beruf macht, sind der Staat und das Volk. Der kindliche Beruf gipfelt in Gehorsam und Unterordnung. Der Beruf als Funktion der Gemeinschaft schliesst die Existenz oder den Lebensunterhalt logischerweise mit ein. Die Arbeitsteilung schafft Berufs*stände*. Die einzelnen Stände zerfallen in Berufs*klassen*, die durch Rangordnung innerhalb der Stände entstehen. Diese Rangordnung ist etwas rein Natürliches. Sie entsteht durch die Differenzierung der Arbeit in leitende und ausführende. Es

[6]) Tönnies, in dieser Zeitschrift, 1925, IV.

[7]) Das Folgende ist fast wortgetreu wiedergegeben aus Dunkmanns hierfür grundlegendem Buch: Die Lehre vom Beruf. Eine Einführung in die Geschichte und Soziologie des Berufes. Berlin 1922.

ist die „vornehmste Auslese der tüchtigsten Individuen" — diese Analogie entnimmt Dunkmann dem „Liebesleben in der Natur".

Das ist in Kürze die Ansicht Dunkmanns über den Beruf. Sie unterscheidet sich von vornherein von der Tönniesschen Lehre durch die ausschliessliche Anwendung des Berufsbegriffes auf die Gemeinschaftsfunktion. Tönnies sagt zwar, dass Gemeinschaft — „solange wie sie dessen kräftig ist" — auch widrige Arbeit zum Beruf bildet, aber schon aus dieser Betonung geht hervor, dass widrige Arbeit in der Regel nicht zum Beruf wird. Tönnies führt vielmehr seinen Berufsbegriff in der Hauptsache auf die Äusserungen des Wesenswillens, der sich auf Arbeit und Tätigkeit erstreckt, zurück. Der Mensch tritt im Handeln formgebend an die Wirklichkeit heran, sein Wollen ist „die Ausbildung eines angeborenen Talentes". „Die künstlerische Tätigkeit ist ein Stück der diesen Menschen eigenen Art zu leben; zu reden; zu schaffen. Diese prägt sich aus in dem wahren Werke, wie die Natur und Kraft eines jeden Organismus sich auf irgendwelche Weise in allen seinen Teilen ausdrückt.... Dies ist das Leben und die Lebensweise als Beruf." Tönnies verbindet also im Gegensatz zu Dunkmann mit dem Berufsbegriff Talent und Neigung, weil der Beruf eben nicht ausschliesslich Funktion der Gemeinschaft, sondern auch Äusserung eines Wesenswillens, der nicht gemeinschaftlich gebunden zu sein braucht, ist. In einer gemeinschaftlich gebundenen Epoche mögen Gemeinschaft und der sie tragende Wesenswille der einzelnen nicht unterschieden werden können. In der heutigen Ordnung, die der Gemeinschaft ihr Daseinsrecht strittig macht, ist die persönlich-individuelle Stellungnahme der Menschen zu ihrer Arbeit ungleich wichtiger als zu einer Zeit, in der die arbeitenden Menschen von vornherein gemeinschaftlich gebunden sind. Es wäre demnach hier eine Betrachtung am Platze, die zu untersuchen hätte, ob und wie der Wesenswille sich in der Arbeit auswirkt, ob Talent und Neigung für die Arbeit ausgenützt werden können, damit die Arbeit wieder zum Beruf wird. Ferner, ob nicht in der Zusammenarbeit mit den anderen Menschen — etwa in der Fabrik — Möglichkeiten eines Wachstums gemeinschaftlicher Bindungen liegen. Alle diese Erörterungen, die das Berufsproblem von einer ganz anderen Seite beleuchten, fallen für Dunkmann weg, weil er den Beruf auf die Funktion der Gemeinschaft beschränkt und diese Gemeinschaft in der Hauptsache nur in den Familien der einzelnen sieht. Wenn wir aber fragen: Wie wird Gemeinschaft?, so dürfen wir zwar die Bande des Blutes als die ursprünglichsten nicht ausser acht lassen, müssen aber, namentlich in einer Ordnung, die die durch Blutsbande entstandenen Gemeinschaften hemmt, auch die Momente berücksichtigen, die Tönnies als die nächstwichtigen gemeinschaftbildenden Daten anführt: die Bande gemeinsamen Ortes und gemeinsamen Geistes. Und es ist zweifellos, dass diese Kräfte nicht in erster Linie die blutsverwandschaftlichen Beziehungen stützen, sondern Formen schaffen, die in der heutigen Ordnung mehr Bestand haben als etwa die Familiengemeinschaft. Die ideologische Ansicht Dunkmanns darüber ist jedoch so grundlegend für ihn, dass er sich zu der Behauptung versteigt, dass, „da für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Individuen in der Familie gesorgt ist, es unmöglich Aufgabe des Volkes oder des Staates sein kann, auch diese Aufgabe noch zu übernehmen....

Wenn sich der Staat der Erwerbslosen annimmt und auch sonst für die Notleidenden sorgt, so sind das Ausnahmen, die die Regel als solche bestätigen". Diese Meinung, die der Wirklichkeit spottet, charakterisiert wiederum die Haltung Dunkmanns, der im Gegensatz zu Tönnies nicht sieht und klarlegt, was ist, sondern einen Zustand konstruiert, nach dem er nicht nur die Wirklichkeit gestalten möchte, sondern von dem er sagt, dass er zu einem guten Teil wirklich bestünde.

Dem *Staat* schreibt *Dunkmann* wiederum jene zwiespältige Bedeutung von Gemeinschaft und Gesellschaft zu. „Er ist Hüter und Hort der Gemeinschaft, und er ist Pfleger und Bildner des Rechts." Der moderne Staat ist allerdings viel zu einseitig gesellschaftlich struktuiert, aber „der Staat als Gemeinschaftsstaat ist das Primäre, so wesenhaft immer die Funktion des Rechtes im Staate ist".

Tönnies dagegen sagt zwar, dass der Staatsgedanke in Deutschland weit mehr als in den lateinischen Ländern etwas von gemeinschaftlichem Charakter besässe, ordnet aber trotzdem den Staat — seinem heutigen Sinne nach — dem Begriff der Gesellschaft unter; er nennt den Staat den allgemeinen gesellschaftlichen Verein. Das *Recht* ist für *Tönnies,* im Gegensatz zu Dunkmanns Anschauung, der Recht und Gerechtigkeit lediglich der Gesellschaft zuschreibt, in Gemeinschaft und Gesellschaft vorhanden. Nur ist das innere Wesen des Rechtes in beiden durchaus verschieden. Das Rechtssystem der Gemeinschaft verbindet die Menschen als Glieder einem Ganzen, ihnen Übergeordneten, von dem die einzelnen ihr Recht ableiten, „welches sie in bezug aufeinander und alsdann auch gegeneinander haben" (Tönnies). Im gesellschaftlichen Rechtssystem dagegen sind die Individuen durchaus unabhängig voneinander, haben aber kontraktliche Rechtsbeziehungen zueinander, die Leistung und Gegenleistung in Form von Rechtsansprüchen festlegen. So ist gemeinschaftliches Recht gleichsam gemeinsamer Wesenswille der in einer Gemeinschaft verbundenen Menschen. Dunkmann dagegen setzt nur das Vertragsrecht der modernen Gesellschaft als Recht. Auch der Idee der *Gerechtigkeit* schreibt Tönnies verschiedene Bedeutung zu. Er erkennt die Unterscheidung von distributiver und kommutativer Gerechtigkeit an, „welcher bedeutende Gegensatz in der Wurzel identisch ist mit dem unsrigen der Gemeinschaft gegen Gesellschaft". Dunkmann dagegen bestimmt die Gerechtigkeit als die Moral der Gesellschaft.

Besonders auffallend ist die verschiedene Stellungnahme zu dem Werden, den Bedingungen und den Möglichkeiten der *Arbeiterbewegung,* zu der Tönnies und Dunkmann durch die Ergebnisse ihrer Untersuchungen geführt werden. Es ist erstaunlich, wie wenig Achtung der Theoretiker Dunkmann, der sich doch bemühen sollte, zu erkennen und zu verstehen, was ist, vor den doch nun einmal gewordenen Gegebenheiten der Arbeiterbewegung hat. Er tut, als könnte man sie mit Worten in den Boden stampfen oder zum mindesten umformen zu dem Idealbild, das man sich macht. Seine Formulierung ist einfach: Der die Arbeiterbewegung tragende Wille, wie er in der sozialistischen Bewegung zum Ausdruck kommt, ist nichts weiter als der Wille zu krasser Vergesellschaftung. Die Arbeiterschaft arbeitet dadurch dem Kapitalismus in die Hand. Tod aller Kultur muss das Ende sein. In geradezu verheerender Weise hat Karl Marx diesen

Prozess in der Arbeiterschaft gefördert. Die *materialistische Geschichtsauffassung* wird verstanden als eine Lehre, „die als Urdatum am Anfang und Ende aller Geschichte das Leben- oder Essenwollen des Individuums" setzt. Sie ist „das Resultat einer individualistischen Lebensorientierung". Allein diese Auffassung der materialistischen Geschichtsauffassung zeugt von einem Missverstehen der Arbeiterbewegung und der sie treibenden Kräfte, das bei einem Soziologen, der Dunkmann doch sein will, erstaunlich ist. Ihr sei nur der Tönniessche Satz gegenübergestellt: „Die Wahrheit des Grundgedankens der materialistischen Geschichtsauffassung ist so einleuchtend, dass er überall, wo er richtig verstanden wird, auch für andere Denker als Marx und Engels und ihre Nachfolger als Leitfaden bei ihrem Studium dienen kann"[8]). Es ist naturgemäss schwer, sich über dieses „richtige" Verstehen zu einigen, aber es ist sicher, dass Dunkmann hier derjenige ist, der ganz unsoziologisch die tatsächlichen Gegebenheiten der Arbeiterbewegung überhaupt gar nicht in Rechnung zieht. Denn es ist doch geradezu verblüffend, wenn man der Arbeiterbewegung als Ganzes „rein individuelle" Willensmotive zuschreibt, obgleich doch ihre Stärke nur darin liegt, dass sie geschlossen kämpft, um den bisherigen gesellschaftlichen Zustand durch einen anderen, besseren sozialen zu ersetzen. Es sollte auch Dunkmann zu denken geben, dass der Soziologe Tönnies dankbar anerkennt, durch den Denker Marx gerade bei der Setzung seiner Begriffe entscheidend beeinflusst worden zu sein.

Dunkmanns Verständnislosigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber hängt zweifellos damit zusammen, dass er das moderne Wirtschaftsleben gar nicht durchblickt. Davon zeugt, abgesehen von den schon erwähnten Irrtümern, die ihm bei dem Versuch der theoretischen Deutung der heutigen Wirtschaft unterlaufen, z. B. auch seine bereits skizzierte Theorie der Berufsklassen, die sich innerhalb der einzelnen Berufsstände bilden sollen. Dunkmann sagt in diesem Zusammenhang, dass die höchste Klasse auch jeweils das Höchste leistet, und dass „die Freiheit des einzelnen aufgerufen wird, zur höchsten Klasse sich fortzubilden, und das heisst ganz einfach zur höchsten Leistung". Diese Ideologie von der Auslese und dem Aufstieg der Tüchtigen entspricht wiederum nicht der Wirklichkeit, denn das besondere der Klassenlage liegt doch darin, dass die Menschen in Gruppen horizontal geschichtet werden. Diese Struktur, die das Lohnarbeiterschicksal zum Lebensschicksal werden liess, hat es ja gerade bewirkt, dass die Lohnarbeiterschaft sich zur Klasse formte. Aber für Dunkmann ist an dieser Situation nur das kommunistische Manifest schuld. „Leider hat es jeglichen „Heiligenschein" von der Berufsarbeit genommen, da es den „Lohn" als allein geltenden Massstab für dieselbe erklärte."

Auch der Begriff der *Sozialpolitik* als „im Begriff der Wirtschaft theoretisch enthalten" ist von zweifelhafter Geltung, wenn man bedenkt, dass das Einsetzen der sozialen „Reform" ja gerade dadurch begründet war, dass die Wirtschaft an sich keine Tendenz zur Sozialpolitik enthielt. Und in dieser Grundstruktur hat sich mit Bezug auf die Begriffe Gemeinschaft und Gesellschaft seither nichts geändert. Auch erscheint es nicht angebracht, christliche Sozialpolitik im Gegen-

8) Tönnies: „Marx' Leben und Lehre", Jena 1911, S. 140.

satz zur sozialistischen dahingehend zu bestimmen, dass erstere auch bei sich selbst anfinge zu reformieren. Sozialpolitik als Begriff und in ihrer typischen Bedeutung hat mit eigener Selbsterziehung nichts zu tun — dafür gibt es andere Begriffe —, sondern bezieht sich auf ein Handeln im Staatskörper, das sich auf Menschengruppen erstreckt, deren soziale Benachteiligung anerkannt ist. Sozialpolitik aber darauf und zugleich auf Selbsterziehung zu beziehen, ist sinnlos und macht den Vorteil einer klar umrissenen Begriffsbildung illusorisch.

Angesichts der kapitalistischen Wirtschaft ist auch die These Dunkmanns von der „freien Wirtschaft im Rahmen der Volksgemeinschaft" unhaltbar. Sie erinnert an die das Wirtschaftsleben betreffenden Paragraphen der Reichsverfassung, deren innere Gegensätzlichkeit aus dem Kompromisscharakter der Verfassung selbst zu erklären ist. Dunkmann hält dafür, dass die kapitalistische Wirtschaft im Rahmen der Volksgemeinschaft vorhanden ist, und dass alles weitere Eingreifen des Staates in die Wirtschaft „Gewissensknechtung" für die Unternehmer bedeutet. Sein Begriff der freien Wirtschaft ist scheinbar nicht mit dem der freien Konkurrenz verbunden, denn „der freie Wettbewerb der kapitalistischen Wirtschaft schliesst ethische Gründe aus". Eine freie Wirtschaft mit freier Konkurrenz kann also dem Ideal Dunkmanns nicht entsprechen. Ob Dunkmann meint, dass es ethische Gründe seien, die die freie Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft auszuschalten bestrebt sind?

Die kapitalistische Wirtschaft muss ihrer Grundstruktur entsprechend auf *internationale* Verflechtungen hinstreben; diesem Prozess steht Dunkmann ablehnend gegenüber. „Gott sei Dank, so muss man wirklich sagen, widersetzen sich die Völker diesem Prozess und tun das in blutigen Kämpfen[9])." Die gesellschaftliche wie die gemeinschaftliche *Menschheitsidee* lehnt er ab. Er unterscheidet zwar nicht ausdrücklich zwischen beiden, erkennt aber beide Formen an, wenn er einmal sagt, dass die gemeinschaftliche Idee der Menschheit nie irgendeine organisatorische Gestalt annehmen kann, und zum andern der internationalen Weltwirtschaft — und das könnte nur eine gesellschaftlich konstruierte Menschheit sein — ablehnend gegenübersteht. Die persönlich ablehnende Stellungnahme Dunkmanns hindert aber nicht, dass es einen Weltmarkt *gibt*, der zweifellos ein gesellschaftliches Menschheitsgebilde darstellt, wofern man den Begriff der Menschheit nicht nur auf die Gemeinschaft anwenden und für die internationale gesellschaftliche Bindung einen anderen an seine Stelle setzen will; an der Sache ist damit nichts geändert. Man muss sich nur über die Begriffssetzung im klaren sein.

Zusammenfassend kann die Lehre Dunkmanns unter zwei charakteristischen Gesichtspunkten betrachtet und verstanden werden. Es ist einmal die theologische Betrachtungsweise, die ihn kennzeichnet. Damit verbunden, sind alle seine Schriften im Stil und Ton der Verkündung dessen, was geschehen soll, geschrieben. Er erliegt dabei der Gefahr einer theologisch-ideologischen Betrachtungsweise, die nicht unterscheidet zwischen dem, was ist, und dem, von dem er möchte, dass es wäre. Dunkmann will Gemeinschaft, und weil er sie will, analysiert er die

[9]) Dunkmann: „Volksgemeinschaft, Sozialpolitik und Geisteskultur", Echo-Verlag, Bücher der Arbeit, Nr. 8, S. 39.

heutige Wirklichkeit in einem Sinne, als ob Gemeinschaft in ihr sei oder jedenfalls möglich sei. Sein Stil, der an die theologische Betrachtungsweise erinnert, wird gekennzeichnet durch Äusserungen folgender Art: „Wir können das Ideal der Gemeinschaft hier auf Erden einseitig nicht verwirklichen", oder, „bringen wir allen Arbeitenden die frohe Botschaft von der Gemeinschaft, so wird der Tag der Versöhnung nahen[10]." Besonders charakteristisch ist auch eine Antwort, die er einer im Postdienst Beschäftigten gibt, die täglich mit 70 und 80 Kolleginnen in einem Raum arbeitet und fragt, wie man hier zu einem gemeinschaftlichen Zusammenleben kommen könne. Die Antwort lautet: „Mitten im modernen wirtschaftlichen Berufsleben und Daseinskampf Gemeinschaft suchen, das heisst freilich: Trauben lesen von den Dornen und Feigen von den Disteln. Und doch findet man vielleicht wenigstens einen, der das gleiche sucht, einen Freund oder eine Freundin. Wer im Ernst Gemeinschaft ersehnt, der fühlt sich „einsam", und diese Einsamkeit ist die Vorschule der Gemeinschaft. Sie macht uns ganz reif für sie. Die Einsamen haben aber auch so Gemeinschaft im höheren Sinne, mit Gott und der Welt. Nur die Suchenden werden finden, nur den Anklopfenden wird aufgetan." Diese rein individuelle Lösung, die dem einzelnen helfen soll, ist natürlich keineswegs eine Lösung für die Gesamtheit, selbst dann nicht, wenn alle einzeln diesen Weg für sich fänden.

Eng verbunden mit dieser theologischen Betrachtungsweise ist zum zweiten die Art der begrifflichen Denkarbeit Dunkmanns. Tönnies analysiert die Wirklichkeit und ordnet sie seinen Begriffen unter. Dunkmann dagegen entwickelt aus den Tönniesschen Begriffen die Überwindung der Gesellschaft, und das in einer Weise, die sich von Tönnies stark unterscheidet. Dunkmanns Begriffe sind starr und dogmatisch: Die Familie ist Gemeinschaft, auch wenn sie heute teilweise nur noch dem Namen nach besteht, die Wirtschaft ist Gesellschaft, arm und reich wird es immer geben u. a. m. Er giesst gleichsam alle sozialen Erscheinungen sehr willkürlich in die Tönniesschen Formen; der richtige Guss stellt dann einen sozialen Idealzustand dar. Dieser entspricht einem Gemenge von Gemeinschaft und Gesellschaft, deren richtiges Massverhältnis „jeder selbst wissen muss" — so beantwortet Dunkmann die Frage nach den Grenzen für die Gemeinschaft und für die Gesellschaft. Tönnies nennt seine Begriffe „Grundbegriffe der reinen Soziologie", nicht etwa die Grundbegriffe, also nicht etwa die einzig möglichen. Dunkmann, der eine neue Zukunft aus ihnen entwickeln will, kennt nur die Entscheidung Gemeinschaft oder Gesellschaft und ihr richtiges Verhältnis zueinander. Er will Gemeinschaft unmittelbar erfüllen. In diesem Sinne wird die Werksgemeinschaft als die höhere Koalition den Betriebräten gegenübergestellt. Hier liegt aber, wie schon in anderem Zusammenhange gesagt, eine Verwechslung von Weg und Ziel vor. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist natürlich die Herstellung eines gemeinschaftlichen sozialen Zusammenlebens der Menschen; der Weg zur Erfüllung dieses Zieles kommt aber aus einer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Darum kann man einen gemeinschaftlichen Zustand nicht unmittelbar an Stelle eines gesellschaftlichen setzen. Die Wirklichkeit muss überwunden und

[10]) Im Arbeitgeber 1924, Nr. 1.

umgestaltet werden. Man muss sie mit den Mitteln bekämpfen, die heute Schlagkraft besitzen. Man kann innerhalb einer gesellschaftlichen Ordnung Gemeinschaft nur soweit setzen, wie sie in der Gesellschaft lebensfähig ist. Auf die Arbeiterbewegung angewendet, bedeutet diese Erkenntnis der Unterscheidung von Weg und Ziel, dass sie ihr Gemeinschaftswollen nicht unmittelbar in gemeinschaftlichen Formen erfüllen kann, weil diese alle im Keime immer wieder erstickt würden von der sie überwuchernden gesellschaftlichen Ordnung. Die Arbeiterschaft muss vielmehr mit den Mitteln kämpfen, deren Wachstumsbedingungen in der heutigen Ordnung gegeben sind. Sie muss die Spannung wachhalten, die darin beschlossen liegt, im Ziele etwas ganz radikal Neues, Gemeinschaftliches zu wollen und in der Wirklichkeit Wege zu gehen, auf denen man von diesem gemeinschaftlichen Ziele noch nichts verspürt. Nur die Erkenntnis der gegebenen Ordnung und der Wille zu ihrer Überwindung können diese Haltung schaffen und sie fruchtbar werden lassen.

Dunkmann macht es dem Sozialismus und der Arbeiterbewegung, die sich ihm anschliesst, zum Vorwurf, dass beide nur krasse Vergesellschaftung im Auge hätten. Tönnies dagegen sagt von der Arbeiterbewegung schlechthin: „Die Idee der Arbeiterbewegung ist Wiederherstellung der Gemeinschaft[11])." Ferner behauptet Dunkmann anlässlich einer Besprechung des Buches von Karl Zwing über die Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, dass „offenbar er sowenig etwas von Ferdinand Tönnies gelesen habe wie seine Gesinnungsgenossen", weil Zwing den Begriff der „Gesellschaftsgemeinschaft" prägt und ihn auf Gewerkschaften und Partei anwendet. Dieser Ausspruch Dunkmanns zeugt von einem gründlichen Missverstehen der Tönniesschen Lehre. Dunkmann kennt nur die Entscheidung: Gemeinschaft oder Gesellschaft. Tönnies dagegen sieht Möglichkeiten, die beiden Formen sozialen Verbundenseins in eigenartiger Weise entsprechen. Er sagt anlässlich einer soziologischen Untersuchung des Konsumgenossenschaftswesens: „Der Begriff der „Tauschgemeinschaft" gibt daher, gerade durch den Widerspruch, den er enthält, das wieder, was ich als rationale Synthese von Gemeinschaft und Gesellschaft bezeichnen möchte[12])." Es handelt sich hierbei nicht um die Aufteilung irgendwelcher sozialen Formen unter Gemeinschaft und Gesellschaft, indem, wie Dunkmann das tut, jedem ein gewisser Wirkungskreis zuerkannt wird, sondern es handelt sich vielmehr um eine Synthese beider Tendenzen, die in einer neuen Willensform, in einer neuen Form sozialen Verbundenseins zum Ausdruck kommt. Der Zwingsche Begriff der Gesellschaftsgemeinschaft entspricht also, ganz abgesehen davon, ob Zwing die Tönniessche Lehre kennt oder nicht, durchaus dem von Tönnies anerkannten der Tauschgemeinschaft; um so mehr, als beide ihn auf Äusserungsformen der Arbeiterbewegung beziehen, bei der diese Spannung von Weg und Ziel besonders deutlich hervortritt, weil sie im Endpunkt etwas durchaus Gemeinschaftliches will, aber von einer Wirtschaft ausgehen muss, in der die Vergesellschaftung in schärfster Weise herrscht. Diese rationale Synthese von Gemeinschaft und Gesellschaft, die Tönnies dem Konsumgenossen-

[11]) Neue Zeit. 1919, Nr. 11.
[12]) Menschheit und Volk, Leipzig 1918, S. 39.

schaftswesen zuschreibt, ist gerade die Haltung, die nötig ist, um eine gesellschaftliche Wirklichkeit in einen gemeinschaftlichen Zustand zu überführen. Sie ist diejenige, die die Spannung zwischen Weg und Ziel zu tragen weiss, und die erkennt, dass es illusorisch ist, sich ein Bild von einer neuen Gemeinschaft zu machen, das bei Dunkmann zudem noch aus Einzelheiten zusammengetragen ist, die einer vergangenen Epoche mit vergangenen Zuständen entnommen sind, und zu wähnen, dass man solche Gemeinschaft unmittelbar erfüllen kann, wie Dunkmann das will. Tönnies bezeugt gerade durch seine Begriffssetzung, dass er einer theologischen Erklärungsweise sozialer Verhältnisse ablehnend gegenübersteht. Dunkmann weiss das und hat es neuerdings betont. Wenn er nun aber mit ebendenselben Begriffen eine theologische Erklärungsweise derselben sozialen Wirklichkeit zu geben versucht, so ist es offensichtlich, dass er mit Tönnies nur in der Namenssetzung Gemeinschaft und Gesellschaft übereinstimmt, keineswegs aber in der begrifflichen Denkarbeit: Wenn Dunkmann sich trotzdem bei seinen soziologischen Ergebnissen auf Tönnies beruft, so stellt das eine Verschiebung und Verflachung der bedeutsamen Lehre dieses tiefschauenden Gelehrten dar.

DIE STUDENTENSCHAFT NACH DEM KRIEGE UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Von BRUNO BROECKER

I.

Zwei Gesichtspunkte sind es vorwiegend, die ein lebhaftes Interesse und eine ständige genaue Beobachtung der Entwicklung unserer deutschen Universitäten, ihrer Lehrer wie ihrer Studierenden von den Gewerkschaften verlangen. Einmal kann und darf die Arbeiterschaft nicht darauf verzichten, die Möglichkeit wissenschaftlicher Bildung an den Universitäten, die zugleich ja die Voraussetzung zu einer Reihe sehr massgeblicher Berufskategorien schafft, auch für Angehörige der Arbeiterklasse ins Auge zu fassen und anzustreben. Darum muss sie mit den Verhältnissen unserer Universitäten vertraut sein (dies sei hier gesagt ohne Bezug auf die den Rahmen dieses Aufsatzes durchbrechende Frage nach den Wegen einer „Arbeiterbildung" als Gesamtproblem). Ferner, und dies ist zurzeit vielleicht noch wichtiger, haben die Gewerkschaften das Recht und die Pflicht, die geistige Struktur und Ausbildung ebenso wie die wirtschaftliche Lage der grossen Schar deutscher Studenten, die später auf einflussreiche Betätigung im gesamten Gebiete des Staats-, Volks- und Wirtschaftslebens Anspruch erheben, zu prüfen, zu ihr grundsätzlich und praktisch Stellung zu nehmen.

Solange die Arbeiterschaft, die Gewerkschaften den Kampf um ihre Forderungen mit wissenschaftlichen Argumenten, mit dem Willen zu überzeugen, mit den Mitteln geistiger Erkenntnis stützen — und wann hätten sie darauf verzichtet —, solange sie auf ein Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Wissen-

schaft, der Privatwirtschaft und der Behörden angewiesen sind, solange müssen sie aufs ernsteste Anteil nehmen an der geistigen Entwicklung und auch an den Lebensbedingungen des akademischen Nachwuchses. Dass schliesslich die Gewerkschaften hier und da dazu übergehen, aus den Reihen der Akademiker einzelne Personen für das gewerkschaftliche Aufgabengebiet heranzuziehen, wäre ein in diesem Zusammenhang weniger wichtiges, aber immerhin erwähnenswertes Argument.

Schon daraus dürfte hervorgehen, dass in dem Kampf der Geister, der sich heute in der deutschen Studentenschaft abspielt, die Gewerkschaften nicht abseits stehen dürfen, sondern dass die vielen Millionen deutscher Arbeiter sich nicht scheuen und nicht abhalten lassen sollen, ihre Anschauungen und ihren Glauben auszusprechen vor dem zahlreichen Auditorium, das heute die deutschen Hörsäle füllt.

Denn wer an die Jugend und an ihren Willen zur Erkenntnis glaubt, der hat ein Recht, auch da auf Bundesgenossenschaft für eine gerechte Sache zu hoffen, wo augenblicklich noch geistige Fremdheit, Schroffheit und Abgeschlossenheit eine lebendige Verbindung zu ertöten scheint. Freilich, um hier Brücken zu bauen, bedarf es schon des richtigen Verständnisses für das Gewordene, für die entscheidende Bedeutung der Traditionen, die auch heute noch unsere Universitäten beherrschen.

Auch heute noch kommt der überwiegende Teil der Studentenschaft aus den Kreisen des Bürgertums, vielfach allerdings aus Kreisen, deren materielle Grundlage zerstört oder stark geschwächt wurde. Die Söhne dieser Familien bringen wohl in der Mehrzahl der Fälle keinen erheblichen finanziellen Fonds in ihr Studium mit. Aber sie kommen deswegen nicht als Proletarier. Denn weit dauerhafter und ausschlaggebender als der bürgerliche Wohlstand hat sich die bürgerliche Tradition erwiesen.

Es sind genügend starke Kräfte, die an dieser Tradition mitwirken. Der Glaube des Bürgertums, auch des kleinen, auch des verarmten Bürgertums ist der Glaube an die Güte des Bestehenden und an die unbedingte Notwendigkeit des Sicheinfügens in Bestehendes. Der Ehrgeiz des Bürgertums sieht nur die offizielle Stufenleiter, alle anderen Wege sind ihm verdächtig. Das Selbstbewusstsein des Bürgertums orientiert sich an der Achtung der gleich- und übergeordneten Kreise. Der Wertmesser seines Handelns ist die offizielle Moral, genau so wie für seine Formen das gesellschaftlich Übliche bestimmend ist.

Der Glaube an den Wert der bestehenden Rangordnung hat den Glauben an die offiziellen Autoritäten zur Folge. Was daher hoch steht, hat auch die Gloriole des Erhabenen. Das Bürgertum lehnt es ab, dies Erhabene mit Kritik zu bedenken; es bindet sich vielmehr mit dem Gefühl und mit allem Idealismus daran, dessen es durchaus fähig ist. In den Gymnasien hat das Bürgertum auch heute noch einen vielfach gleichgesinnten Partner.

Der Student, der mit dieser Ideologie zur Universität kommt, ist keinem Problem ferner als dem sozialen, selbst wenn ihm die wirtschaftliche Not im Genick sitzt. Verkenne doch niemand den entscheidenden Unterschied zwischen

Arbeitern und Studenten, auch wenn sie den gleichen materiellen Entbehrungen ausgesetzt sind. Bei ersteren wird das wirtschaftliche Elend als ein mit der Zugehörigkeit zu der von Besitz und Kulturgütern fast gänzlich ausgeschlossenen Arbeiterklasse untrennbar verbundenes Übel empfunden, das für die Dauer jede Entfaltung der Persönlichkeit hemmt, wenn es nicht der Klasse als solcher möglich ist, zu einer besseren Form des Lebens vorzudringen. Der Student dagegen sieht den Zustand wirtschaftlicher Misere, meist nicht mit Unrecht, als einen vorübergehenden an, als eine Zeit von Opfern, die gebracht werden müssen zugunsten eines auch wirtschaftlich lohnenden Lebenszieles.

So führt die materielle Not beim Arbeiter zu bestimmten Auffassungen über die Ungerechtigkeit der Wirtschaftsform und zu Forderungen nach ihrer Umgestaltung, zum Kampf gegen herrschende, sich zu Unrecht bereichernde Klassen. Beim Studenten wird allenfalls das Verständnis für den Druck, den wirtschaftliche Entbehrungen auf die Persönlichkeit ausüben, wach, niemals aber wird er, der sich als Teilhaber an allen geistigen Werten fühlt, nur seiner wirtschaftlichen Lage wegen sich proletarischer Lebensanschauung nähern. Das gilt auch für den vielerwähnten Typus des Werkstudenten. Studenten, die in der Fabrik, im Bergwerk, in der Landwirtschaft ihre Ferien oder Teile des Semesters zu lohnbringender Arbeit verwenden, haben dort weder Heimats- noch Zugehörigkeitsgefühl. Es liegt mir nichts ferner, als die Möglichkeit kameradschaftlicher Stellung dieser Studenten zu der Arbeiterschaft zu bestreiten. Aber diese Kameradschaftlichkeit ähnelt der soldatischen während des Krieges, sie ist ein Produkt der Situation, nicht der grundsätzlichen Anschauung, und sie erweist sich selten als dauerhaft, wenn die spätere Stellung im Leben Gegensätze der Interessen schafft.

Weiter sei hier noch betont, dass gerade auch das Werkstudententum, das vom Entgegenkommen des Unternehmers abhängig ist, sich dadurch der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung, die das Unternehmertum für die Berufsstellung des Akademikers im allgemeinen besitzt, in nicht zu unterschätzender Weise bewusst wird, und es wäre wohl nicht das erstemal, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten die Gesinnungsfreiheit stark einengen, ohne dass in diesem Falle den Unterstützungen, die der Studentenschaft von den Unternehmern zuteil wurden, dieser Zweck unterstellt werden soll. Es scheint mir im ganzen typisch und nicht verwunderlich zu sein, wenn in dem Bericht der „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft 1923 bis 1925“ im Kapitel C „Arbeitsvermittlung und Werkstudententum“ auf das Werkstudententum als Faktor sozialer Volksgemeinschaft nicht Bezug genommen wird.

Im übrigen möge es dahingestellt bleiben, inwieweit die proletarische Bewegung durch Annäherung der Studenten, die auf diese Weise proletarischen Ideen zugänglich werden, bereichert würde. Nicht Sozialisten aus Hunger fordern wir von den Universitäten, sondern Sozialisten aus Erkenntnis.

Wenn beim Arbeiter seine und seiner Klasse wirtschaftliche Lage, die zugleich seine kulturelle Lage bestimmt, massgebend wird für seine Stellung gegenüber Staat, Kultur und Wirtschaft, so ist dies Ausdruck einer inneren Notwendigkeit, ist ein Beweis dafür, dass Schicksalsgemeinschaft auch Ideengemeinschaft be-

deutet. Die Schüler unserer Universitäten sind in diesem Sinne nicht Schicksalsgenossen der Arbeiterschaft, und darum müssen sie erst den grossen Kampf der Arbeiterschaft in seiner nationalen und übernationalen Bedeutung begriffen haben, um an ihm teilhaben zu können.

Mit alledem sollte dargelegt werden, dass nicht die wirtschaftliche Situation unserer Hochschüler für ihre politische und soziale Stellungnahme gegenüber der Arbeiterschaft entscheidend wird, sondern dass auf dem eigentlichen Arbeitsfeld des Studenten, nämlich dem wissenschaftlicher und kultureller Betätigung, die Auseinandersetzung vonstatten zu gehen hat.

II.

Will man die Einwirkungsmöglichkeiten auf den Geist unserer Studentenschaft prüfen, die für die Gewerkschaften heute bestehen, so muss man sich klar werden über die geistige Entwicklung, die sich seit dem Kriege an den deutschen Universitäten und in der Studentenschaft vollzogen hat. Es wurde schon gesagt, dass die Universitäten als Stätten stärkster Traditon angesehen werden müssen. Diese Tradition hat durch den Krieg eine Unterbrechung, aber keinen Abbruch erfahren. Sie wurde schon erhalten durch das Fortbestehen der studentischen Korporationen, die ja in den Vereinigungen ihrer bereits im Berufsleben stehenden älteren Mitglieder einen starken dauerhaften Rückhalt besitzen. Sie wurde weiter gestützt von der durch den Krieg im allgemeinen nicht ausgewechselten Dozentenschaft.

Es war nicht zu erwarten, dass Krieg und Revolution in den Kreisen dieser Altakademiker eine wesentliche Veränderung ihrer sozialen Haltung und politischen Anschauung hervorrufen würden. Viel eher konnte man dies annehmen von der grossen Schar Studenten, die im Felde gestanden hatten und nun an die Universitäten zurückströmten. Wie aber war die Situation? Die Zurückkehrenden fanden den alten Staat, der dem Akademiker eine bevorzugte Stellung eingeräumt hatte, zerstört vor. Sie sahen sich gegenüber eine neu erstandene Macht, eine proletarische Macht, an der sie keinen Anteil und zu der sie keine innere Beziehung hatten. Verbittert durch den militärischen Zusammenbruch, erblickten sie in der Revolution nur den Sturz der alten Autoritäten und die Usurpation der Macht durch Volksteile, die ihnen bisher nur als Objekt der Regierung und auch der eigenen zukünftigen Tätigkeit erschienen waren.

Die Ideen aber, die nicht erst im November 1918, sondern in Jahrzehnten vorher dieses Emporsteigen des Proletariats im Staate vorbereitet hatten, wurden von ihnen nicht verstanden und noch weniger innerlich aufgenommen und begrüsst. Bei dieser allgemeinen Skizzierung soll nicht übersehen werden, dass die geschilderte Stimmung der Studentenschaft Ausnahmen gekannt hat. Auch vor dem Kriege hat es bereits sozialistisch und demokratisch eingestellte Studenten gegeben, und das Kriegserleben hat in nicht wenigen ein neues Weltbild, das dem Sehnen der Arbeiterschaft entsprach, erstehen lassen. Ebenso lebte in manchen vom Gymnasium hinzukommenden Studenten unter dem Eindruck der Katastrophenpolitik des Kaiserreichs und seines kläglichen Zusammenbruchs der starke

Wunsch nach einem geistigen Halt im Staat. Auch in der Dozentenschaft gab es führende Vertreter der neuen Staatsidee. Aber die Gesamtauffassung war doch die der Ablehnung. Es hat keine grössere revolutionäre Bewegung, etwa ähnlich der von 1848, in der Studentenschaft gegeben. Hatte doch das Kaiserreich aus der bürgerlichen Revolution von 1848 gelernt, dass es sich empfahl, die Studentenschaft durch besondere Bevorzugung an das herrschende Regime zu binden.

So gab es keinen gemeinsamen Boden, auf dem die Studentenschaft zusammen mit der Arbeiterschaft an dem Aufbau des neuen Staates mitzuwirken sich bereit fand. Denn soweit von einer revolutionären Richtung unter den Akademikern, unter den Intellektuellen überhaupt die Rede sein konnte, so wirkte diese sich hauptsächlich in literarischem Radikalismus aus, während es für die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft doch nicht zuletzt auch um durchaus praktische, um wirtschaftliche Fragen ging.

Trotz alledem blieb natürlich auch die Studentenschaft insgesamt nicht unberührt von der Umwälzung im Staat. So war es besonders der starke Drang zur Selbstverwaltung, der wie überall, so auch in der Studentenschaft Wurzel schlug. Aus diesem Drange heraus wurde die Zwangsorganisation der „Deutschen Studentenschaft" geschaffen, die sich sowohl hochschulpolitische Ziele setzte wie wirtschaftliche Erleichterungen zu schaffen suchte.

Während aber die wirtschaftlichen Bestrebungen zu nützlichen und praktischen Ergebnissen führten, setzte gleichzeitig ein ebenso unfruchtbarer wie erbitterter Kampf um den geistigen Inhalt der Organisation, um ihre Verfassung ein, der zu der Zerrissenheit des Erlanger Studententags (Juli 1921) führte. Die eigentliche Ursache dieses Kampfes, in den von Anfang an politische und völkische Ideen hineinspielten, lag in der tiefen Unbefriedigtheit, die sich der Studentenschaft infolge ihrer Ablehnung der neuen Staatsidee nach dem Zusammenbruch der alten Ideale des Kaiserreiches bemächtigte. Der Glanz des alten Regimes war allerdings durch die Umstände des Zusammenbruchs zu stark verblasst, um eine Wiederbelebung zu verheissen. So war es zu erklären, dass eine Bewegung wie die völkische, die teilweise an der Vergangenheit anknüpfte, zugleich aber für alle schädlichen Auswirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit „undeutsche Einflüsse" verantwortlich machte und eine glückliche Ära neuen reinen Volkstums verhiess, so gewaltige Wirkungen in der Studentenschaft auslöste. Es war der Irrweg eines Volksteils, der seine Einordnung in die Nation, seine Beziehungen im Volksganzen verloren hatte.

Ein instinktives Gefühl verfehlter Zweckbestimmung beherrschte damals die Studentenschaft. Ich erinnere mich einer Tagung der studentischen Fachschaften (der nach Fakultäten organisierten Gruppen) auf dem Haustein bei Göttingen im Mai 1921. In den Worten aller Sprecher klang damals wieder der Wunsch nach einer neuen Einordnung, nach einer neuen Idee des Hochschulstudiums, und die dort erhobene Forderung nach der Gründung einer humanistischen Fakultät, die eine lebendige Beziehung des Fachstudiums zu den grossen Problemen der Zeit herstellen sollte, war nichts anderes als das Eingeständnis geistiger Isoliertheit.

Es sei dahingestellt, ob es in dieser Situation nicht möglich gewesen wäre, der Studentenschaft die Ideen und Aufgaben des neuen Staates innerlich näherzubringen. Man wird nicht entscheiden können, ob hier Fehler und Versäumnisse der zur Regierung gelangten Volksschichten und ihrer führenden Geister, die eigentliche Träger der Staatsidee geworden waren, vorliegen. Die Beziehungen, die von der Arbeiterschaft zur Studentenschaft gesponnen wurden, blieben schwach; es entwickelten sich einige sozialistische Studentengruppen von zahlenmässig ganz geringer Bedeutung, auch die Zahl der sich zur Republik bekennenden Studenten blieb verhältnismässig klein. Die grosse Menge der Studenten trieb mehr und mehr die neue Entwicklung negierend im nationalistisch völkischen Strom. Sie liess sich dienstbar machen allen reaktionären arbeiterfeindlichen Bestrebungen, sie liess sich bisweilen missbrauchen zu faschistischen Kämpfen gegen die Arbeiterschaft.

Es muss ausgesprochen werden, dass ein Teil der Dozentenschaft diese Entwicklung begünstigte. Es gab Vorlesungen, in denen regelmässige nationalistische Entgleisungen üblich waren. Es gab Festreden massgebender Dozenten, die in ihrer Missachtung der neuen Staatsgewalt von akademischer Würde und Objektivität weit entfernt waren. Es gab allerdings auch Hochschullehrer, die aus ihrer freiheitlichen demokratischen oder sozialistischen Gesinnung keinen Hehl machten, und sie hatten und haben den überwiegenden Teil der Studentenschaft wie ihrer Kollegen als erbitterte Feinde gegen sich. So scheinen die deutschen Universitäten wie Bollwerke gegen die deutsche Republik sich aufzutürmen.

III.

Die augenblickliche Situation an der Gesamtheit der deutschen Hochschulen hinsichtlich der politischen Gruppierung der Studenten sei durch einige Zahlen erläutert.

Von den etwa 80 000 bis 100 000 Studierenden an reichsdeutschen Hochschulen gehören den sozialistischen Studentengruppen etwa 500 an, also etwa 0,5 bis 0,6 Prozent. Selbst wenn man berücksichtigt, dass sich diese Zahl bei den Wahlen zu den Studentenausschüssen durch Hinzutreten Sympathisierender bisweilen verdreifacht, so ist der Prozentsatz doch immer noch ganz minimal.

Die Zahl der republikanisch eingestellten Studenten ist allerdings erheblich höher.

Hier tragen die Studenten mit katholischer Weltanschauung und die auf ihr gegründete soziale Studentenbewegung vielfach zur Verstärkung des demokratisch-republikanischen Teiles bei.

Bemerkenswert ist, dass das fortschrittlich gesinnte Element an den Universitäten am Rhein und an den neuen Grossstadt-Universitäten besonders stark hervortritt. Dem Rhein war ja von jeher ein Radikalismus nach jeder Richtung hin fremd, und die neuen Grossstadt-Universitäten wie Köln, Hamburg, Frankfurt, die auf eine praktische Verbindung mit dem Wirtschaftsleben besonderen Wert legen, schaffen automatisch eine Korrektur weltfremder Ideologien.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass an den österreichischen Hochschulen, hauptsächlich an der Universität Wien, etwa 2000 sozialistische Studierende zu verzeichnen sind. Ein Beweis dafür, wie stark dort die sozialistische Bewegung auch die Kreise der Akademiker erfasst hat. Dieser Hinweis ist wesentlich zur Beurteilung der Möglichkeiten, die in dieser Richtung überhaupt bestehen, wenn auch die traditionellen Unterschiede zwischen deutscher und österreichischer Studentenschaft und die unterschiedliche Zusammensetzung nicht verkannt werden sollen.

Wenn man davon ausgeht, dass der Student im allgemeinen als unfertige Persönlichkeit und immer als Lernender zur Hochschule kommt, so ergibt sich ohne weiteres die Folgerung, dass auf seine Urteilsbildung noch auf die verschiedenste Weise eingewirkt werden kann. Diese Einwirkung findet einmal statt durch den wissenschaftlichen Vortrag des Dozenten im Kolleg, denn es ist selbstverständlich, dass mit dieser Übermittelung von Wissen auch die, gewollte oder ungewollte, Übermittelung von Urteilen vor sich geht. In ganz besonderem Masse ist dies in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Fall. Die Vorstellungen und Begriffe, die sich auf diesem Gebiete im Kopfe des Studenten entwickeln, sind daher im hohen Masse abhängig von der Einstellung des Dozenten, von den Postulaten, die er hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung vertritt. Schon hieraus ergibt sich, dass für die Gewerkschaften ein starker Rückhalt bei den Vertretern der Wissenschaft von grösstem Wert ist. Diesen Rückhalt zu schaffen und zu vergrössern, muss ständige Aufgabe der Gewerkschaften durch Materialsammlung, selbständige Beweisführung und öffentliche Propaganda sein.

Der Student beschränkt sich in seinem Bildungsgange aber nicht auf die blosse Entgegennahme von Wissen, sondern schon in den Übungen und Seminaren geht er einen Schritt weiter, indem er durch selbständige Arbeiten und Referate auch selbständig gewonnenes Wissen, gewonnene Erkenntnis und Erfahrung in die Diskussion trägt. Mehr als einmal muss er bei diesen Arbeiten auf die Faktoren der Wirtschaft wie auch auf die Gewerkschaften zurückgreifen, und es besteht somit hier für die Gewerkschaften eine weitere Möglichkeit, den Studenten auf ihre Bedeutung und die Berechtigung ihrer Forderungen hinzuweisen und dem wissenschaftlichen Gesichtskreis lebendige Zusammenhänge zu vermitteln.

Schliesslich ist der Student gerade in heutiger Zeit an staatlichen und politischen Dingen interessiert. Hier haben insbesondere die sozialistischen Studentengruppen die grosse Aufgabe, unter Hinzuziehung führender Persönlichkeiten durch eigene Veranstaltungen der nationalistischen Propaganda entgegenzuwirken. Die sozialistischen Studenten sollten sich weiter nach Möglichkeit an allen offiziellen studentischen Einrichtungen zu beteiligen und auch in Kleinarbeit die Aufmerksamkeit auf ihre Bestrebungen zu lenken suchen. In jedem Falle aber bedürfen sie der wirksamen Unterstützung der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei selbst, wie auch besonders der Altakademiker, die auf gleichem Boden stehen. Die Haltung der älteren Akademiker ist von grossem Einfluss auf die Studentenschaft. Dies zeigt sich in den Korporationen aller Art. Um so mehr

haben auch die auf sozialistischem Boden stehenden älteren Akademiker die Pflicht, auf ihre jüngeren Berufsgenossen einzuwirken.

Auch wirtschaftliche Erleichterungen für die Studentenschaft zu schaffen, sollten die Gewerkschaften da nicht ablehnen, wo es die Rücksicht auf die Verpflichtungen gegenüber den eigenen Mitgliedern gestattet. Auf deren wirtschaftlich um vieles hoffnungslosere Lage aber immer wieder hinzuweisen und das Gefühl der Sympathie für die Klasse der Entbehrenden und Unterdrückten, das in jedem geistigen Menschen schlummert, im Studenten wachzurufen, sollte nie versäumt werden.

Schliesslich ist notwendig, dass die Gewerkschaften gemeinsam mit den ihnen nahestehenden Akademikern auf den wichtigsten akademischen Berufsgebieten programmatische Forderungen und Vorschläge vertreten, zu deren Unterstützung sie bereit sind, und deren Durchführung sie unter Gewährung des angemessenen Spielraums den ins Berufsleben tretenden gleichgesinnten Akademikern überantworten. Hier einen Ausgleich zu schaffen zwischen älteren Forderungen der Arbeiterschaft, die zum Teil unter heute überholten Verhältnissen aufgestellt wurden, und den besonderen Berufsinteressen der einzelnen Akademikergruppen, erscheint berechtigt. Die Voraussetzungen und Notwendigkeiten gerade auch der freien akademischen Berufe wurden nicht immer genügend gewürdigt, was zur Folge hatte, dass nicht wenige mit den Gewerkschaften politisch sympathisierende Akademiker sich beruflich zu anderen politischen Gruppen hingezogen fühlten. In diesem Zusammenhang muss auch die wirtschaftliche Seite der akademischen Berufe Gegenstand des gewerkschaftlichen Interesses bilden.

IV.

Die hier skizzierten Brücken von der Arbeiterschaft zur Studentenschaft bilden gewiss noch kein sicheres Fundament. Sind es doch bisher immer nur einzelne, die sie betreten. Aber die Skepsis, mit der man darob der Zukunft entgegensehen könnte, wird gemildert durch die Erkenntnis, dass die Entwicklung nie stillsteht, und dass auch die starke Tradition auf die Dauer vom Geiste einer neuen Zeit belebt und verjüngt wird. So langsam diese Entwicklung oft vorwärtsschreitet, so wenig sich das äussere Bild verändern mag, so bleibt doch wahr, dass viele der äusseren Formen in unserer Studentenschaft, die diese scheinbare Unwandelbarkeit bezeugen, in Wirklichkeit nicht mehr von lebendigem Geiste getragen sind.

Seien wir uns klar darüber, dass die Jahre nach dem Kriege nicht genügen konnten, um eine in Jahrhunderten gewordene Tradition zum Erlöschen zu bringen. Diese Behauptung liesse sich wohl auch über den Rahmen der hier zur Erörterung stehenden Fragen hinaus allgemein zu dem Gegensatz zwischen altem und neuem Deutschland aufstellen.

Aber hat sich nicht doch schon manches gewandelt, und wird die kommende Generation, die in einer Zeit des Selbsterhaltungskampfes nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas aufwächst, nicht noch vieles wandeln? Vor rund 80 Jahren schrieb Ernst Moritz Arndt, sicher ein Freund der Studentenschaft, in seinem Buche „Über den deutschen Studentenstaat“ folgende beherzigenswerten Worte:

„Es lässt sich oft nicht Elendigeres, Dummeres und Platteres denken als das Treiben und Leben und Weben des sogenannten Komments und der flotten Burschikosität. Es ist unglaublich, wenn gerade zufällig der Überfluss der geistigen und erregenden Kräfte auf einer Universität nicht gross ist, mit welcher jämmerlichen und matten und geistlosen Leerheit die faulen Philister und die wilden Renommisten die köstliche Zeit der Jugend vertändeln und verspielen, und wie sie trotz den ausgemachten Philistern des gewöhnlichen Bürgerlebens das Nichts mit einem Ernst treiben, der bei solcher Jugend doppelt und dreifach possierlich ist."

Ist nicht doch ein Abrücken der heutigen Studentenschaft von diesen Formen zu erkennen? Ist es denkbar, dass die heutige Jugend sich mit diesem Lebensinhalt zufrieden geben wird? Ich glaube es nicht, ganz abgesehen von dem in weitem Umfang zu verzeichnenden Wegfall der materiellen Voraussetzungen zu dieser Form des Daseins. Das wirkliche Leben hat an die Hochburgen der Tradition geklopft, und es lässt sich nicht abweisen. Das wirkliche Leben erfordert aber heute mehr denn je Zusammenarbeit aller Volksteile, es erzwingt sie unerbittlich; und wo Zusammenarbeit ist, da wächst auch das Verständnis für die inneren Notwendigkeiten, aus denen heraus ein jeder so wurde, wie er ist, aus denen Ziele und aus denen Kämpfer erstanden sind.

Die Gewerkschaften, die Kerntruppe der Arbeiterschaft im wirtschaftlichen Kampfe, sind gleichzeitig auch Verfechter einer Reihe von Idealen, deren Bedeutung und Anziehungskraft sich keineswegs auf die Arbeiterschaft beschränkt. Es seien nur genannt Republik, Demokratie, Freiheit der Gesinnung und der Meinungsäusserung, Unabhängigkeit und freie Bahn dem Talent und der Arbeit. Alle diese Forderungen sind auch schon in Kreisen der Akademiker, und nicht von den schlechtesten, erhoben worden. Über den rein wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften hinaus müsste auf diesem Gebiete die Basis gemeinsamer Überzeugung und gemeinsamen Kampfes von Arbeitern und Akademikern zuerst erweitert werden können mit dem Ziele des geeinten, freien deutschen Volksstaates. Eine grosse Forderung, unerfüllt bis heute, aber nicht utopisch: Einigung aller schaffenden Kräfte zu gemeinsamer Schaffensförderung, für das Volk, für die Menschheit.

Rundschau der Arbeit

ERGEBNISSE DER ARBEITSWISSENSCHAFT[1]), zusammengestellt im Institut für angewandte Psychologie in Berlin.

Dr. Otto Lipmann.

Das Institut für angewandte Psychologie (Berlin SW 68, Schützenstrasse 26) wäre dankbar, wenn ihm zur Vervollständigung dieser Übersicht „Ergebnisse der Arbeitswissenschaft" sowohl bereits veröffentlichte wie noch unveröffentlichte Ergebnisse von Betriebsstatistiken zur Verfügung gestellt würden.

* * *

42. *Wirkung von Arbeitspausen (A I 2c) auf den Ermüdungszustand (B IV 1) und die Arbeitsmenge (B I 1).*

„Wenn ein Arbeiter die Arbeitspause bewegungslos verbrachte, so war sein Arbeitspensum bis zu 28 Prozent geringer, als wenn er überhaupt keine Pausen machte; wenn aber die Pause dazu verwendet wurde, dass der Arbeiter seine Schultern und Arme dehnte, so bewirkte dies eine erstaunliche Verminderung der Ermüdung."

Quelle: Bedale and Vernon, The effects of posture and rest in muscular work. *Report of the Industrial Fatigue Research Board, 29,* 54. 1924. Zitiert nach: *Journal of he National Institute of Industrial Psychology, 2* (7), 336

43. *Wirkung der täglichen Arbeitsdauer (A III 3a) auf die Menge des Arbeitsprodukts (B I 1).*

Glasfabrik Täglich. Arbeitszeit	Arbeitsprodukt pro Schicht	Arbeitsprodukt pro Arbeitsstunde
$\frac{10 \text{ Std.}}{8 \text{ Std.}} = -20\%$	-12%	$+10\%$

Für die Produktivität des Betriebs ist also eine Einteilung des 24-Stunden-Tages in drei Schichten à acht Stunden vorteilhafter als eine Einteilung in zwei Schichten à zehn Stunden.

Quelle: Report of the Industrial Fatigue Research Board 24, 20—24. Zitiert nach: *Journal of the National Institute of Industrial Psychology, 2* (7), 335.

1) Vergl. den Aufsatz „Arbeitswissenschaft" in I (2) der „Arbeit" und die Zusammenstellungen von Ergebnissen in I (3), I (5), II (1), II (5) und II (7).

44. *Wirkung der wöchentlichen Arbeitsdauer (A III 3b) auf die Menge der Produktion (B I 1).*

In einer Schachtelfabrik wechselte die wöchentliche Arbeitszeit innerhalb der Jahre 1922 bis 1924 zwischen 36 und 48 Stunden. Es ergaben sich folgende Werte:

Wöchentl. Arbeitszeit Stunden	Produktion pro Woche Stück	Produktion pro Arbeitsstd. Stück	Durchschnitt aus Wochen
36	29 926	834	27
40	34 737	868	61
44	36 920	839	31
48	38 100	793,5	5

Quelle: Miles and Angles, The influence of short time on speed of production. *Journal of the National Institute of Industrial Psychology, 2* (7), 300. 1925 VII.

45. *Wirkung der Beschaffenheit des Arbeitsgerätes (A III 4a) auf die Menge der Produktion (B I 1).*

Die Menge der innerhalb zehn Minuten von einem Stück Flach- (Schmiede-) Eisen abgefeilten Eisenmenge ist am grössten, wenn die Arbeitsebene um 60 Prozent der Körpergrösse des Feilers von der Standebene entfernt ist. Beträgt diese Höhe weniger als 55 Prozent oder mehr als 66 Prozent, so nimmt die Menge des in zehn Minuten abgefeilten Eisens zuerst schwach ab; eine sehr bedeutende Abnahme tritt ein, wenn die Höhe weniger als 42 Prozent oder mehr als 79 Prozent der Körpergrösse beträgt.

Quelle: Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, *3* (1). Zitiert nach: *Industrielle Psychotechnik, 2* (6), 190/1.

46. 47. 48. *Wirkung der Arbeitsmittel und Arbeitsgeräte (A III 4a) auf die Arbeitsleistung (B I 1a).*

Vermauern von Ziegelsteinen:

Günstigste Höhe der Ziegelsteinauflage über der Standebene des Maurers: 50 bis 100 cm.

Günstigste Lagehöhe für die in 70 cm Höhe zu vermauernden Ziegelsteine: 40 bis 55 cm.

Verladen von Kalksteinen:

Bedingungen der Arbeit			Dauer der Arbeit
Höhe des Lagerhaufens über der Standebene des Arbeiters cm	Wurfweite (Entfernung des Lagerhaufens vom Ablagehaufen) cm	Wurfhöhe (Höhe des Ablagehaufens über der Standebene d. Arbeiters) cm	Minuten
0	40	60	9
20	60	60	11
0	100	60	12
40	40	60	14
0	200	0	15
20	80	60	16,5
80	60	60	19,5
0	200	140	21,5
80	80	60	23

Form der Schaufel oder Gabel:

Mit glatten Stielen werden in 40 Minuten etwa 100 kg mehr verladen als mit rauhen Stielen.

Mit schwach gebogenen Stielen werden in 40 Minuten etwa 100 kg mehr verladen als mit stark gebogenen; die Differenz ist am grössten bei niedrigen Ladehöhen.

Mit leichteren Stielen werden in 40 Minuten etwa 50 kg mehr verladen als mit schwereren; die Differenz ist am grössten bei grossen Hubhöhen.

Der günstigste Winkel zwischen Stiel und Gabel (bzw. Schaufel) ist 135 °.

Die günstigste Stiellänge ist 110 cm. Stiele, die kürzer als 110 cm sind, sind ungünstiger als solche, die länger als 110 cm sind.

Das günstigste Ladegewicht der Schaufel oder Gabel beträgt 6 kg, während die meisten im Gebrauch befindlichen Schaufeln für ein Ladegewicht von etwa 9 kg geeignet, also zu gross sind.

Quelle: R.W. Schulte, Psychotechnische Untersuchungen im Kalksteinbruch. *Berlin, Kalkverlag,* 1925.

49. *Wirkung der Arbeitsmethode (A III 4a) auf den Energieverbrauch des Arbeiters (B IV 1).*

Für das Tragen von Lasten im Gewicht von 10 bis 30 kg ergab die Untersuchung der Ausatmungsluft und des Pulses etwa die folgende Reihenfolge der Methoden nach der Menge des Energieverbrauchs:

1. Verteilung der Last auf zwei Eimer, die an einer Schultertrage hängen.
2. Verteilung der Last auf beide Hände (günstig nur für Lasten bis 25 kg).
3. Last auf einem über die linke Schulter gelegten Brett.
4. Last auf einem über den Kopf gelegten Brett.
5. Last auf einem Brett, das an einem über der Schulter liegenden Riemen hängt.
6. Last auf einem mit den Händen getragenen Brett.
7. Last in einem Rucksack (besonders für grosse Gewichte sehr ungünstig).
8. Last auf einem von einer Hand und der linken Hüfte getragenen Brett.

Quelle: Bedale and Vernon, The effects of posture and rest in muscular work. *Report of the Industrial Fatigue Research Board, 29,* 1924. Zitiert nach: *Journal of the National Institute of Industrial Psychology, 2* (7), 337.

DIE PRIVATE MONOPOLISIERUNG AUF DEM WEGE EINES TRUSTS.

Paul Utermann.

Man nennt Amerika das Land der Privatmonopole. Es dürfte heute jedoch kein Zweifel mehr bestehen, dass Deutschland durch die straffe Zusammenfassung einzelner Industriesparten durch Kartelle und Syndikate ernsthaft den Versuch macht, die amerikanischen Privatmonopole zu überflügeln. In Amerika wird bekanntlich die private Monopolgewalt von Trusts ausgeübt. Etwas derartiges kannten wir in Deutschland bisher noch nicht, denn keines unserer grossen Industrie- und Handelsunternehmen konnte als Trust bezeichnet werden, wie dieser Begriff im englischen Sprachgebrauch zu verstehen ist. Seit Anfang Oktober haben wir aber in Deutschland einen ausgesprochenen Industrietrust, der zugleich ein privates Monopol ausübt: die *I. G. Farbenindustrie - Aktiengesellschaft.* Die Anilingruppe hat sich zu einem einzigen Unternehmen verschmolzen. Verhandlungen hierüber wurden schon seit Wochen und Monaten gepflogen und haben nun zu einem Resultat

geführt, das angesichts ähnlicher Bestrebungen die ernsteste Aufmerksamkeit verdient.

Die chemischen Werke der Farbstoffindustrie waren von jeher Grossbetriebe, eine anfängliche Zersplitterung in zahlreiche kleinere Unternehmungen, wie in anderen Industriezweigen, war hier nie zu verzeichnen. Die wenigen Grossbetriebe suchten überdies schon frühzeitig Anschluss miteinander. So verband sich im Jahre 1904 eine Interessengruppe, zu der die Badische Anilin- und Sodafabrik, die Farbenfabriken vorm. Bayer u. Co., Leverkusen, und die Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin - Treptow, gehörten. Dieser Zusammenschluss löste eine Gegenwirkung bei den anderen Werken aus, wodurch eine Interessengemeinschaft zwischen den Höchster Farbwerken und Leopold Cassella entstand, die im Jahre 1908 durch den Hinzutritt der Firma Kalle u. Co., Aktiengesellschaft, verstärkt wurde. So waren bereits in der Vorkriegszeit zwei starke Gruppen in der Farbstoffindustrie vorhanden, die Reibungsflächen untereinander fast vollständig ausgeglichen hatten.

Der Krieg erwies sich auch hier als ein Förderer der Konzentration und führte die beiden noch getrennt marschierenden Gruppen im Jahre 1916 zusammen. Es entstand eine erweiterte Interessengemeinschaft, zu der die obengenannten sechs Werke und ferner die Chemische Fabrik Griesheim-Electron, Frankfurt, und die Chemischen Fabriken vorm. Weiler ter Meer in Üdingen gehörten. Im Jahre 1920 wurde die Interessengemeinschaft der acht Farbstoffgesellschaften noch weiter ausgebaut und die gegenseitigen Verträge bis zum Jahre 1999 geschlossen. Es setzte dann ein systematischer Ausbau des gesamten Konzerns ein, namentlich wurde die Stickstoffproduktion in den Werken Leuna und Oppau energisch betrieben, eine eigene Versicherungsgesellschaft angegliedert und anderes mehr. Die I. G., wie die Farbstoffindustrie nunmehr genannt wurde, trat in den letzten Jahren nach aussen vollständig geschlossen auf. Auch setzte bereits eine weitgehende Arbeitsteilung im gesamten Konzern ein. Es war deshalb nur eine Frage der Zeit, wenn ein noch engeres Zusammengehen vorgenommen wurde oder eine vollständige Fusion stattfand.

Im Augustheft dieser Zeitschrift wurde bereits geschildert, wie die Anilingruppe in der Stabilisierungsperiode weitere Angliederungen vornahm. Die Kohlengrundlage im Steinkohlenbergbau wurde durch eine massgebende Beteiligung bei Rheinstahl erweitert. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fand eine ansehnliche Verbreiterung durch die Übernahme der Stinnes - Riebeck - Montanwerke statt. Die chemische Verarbeitung der Rohkohle wird durch diese Erweiterung der Kohleninteressen auf eine grössere Basis gestellt.

Nun zur Fusion, wie sie in den letzten Wochen vorgenommen wurde. Diese soll vor sich gehen dergestalt, dass die Badische Anilin- und Sodafabrik alle übrigen Gesellschaften in sich aufnimmt. Das Aktienkapital der Badischen soll auf rund 650 Millionen Mark erhöht werden, wodurch ein Aktienaustausch zwischen den aufzunehmenden Gesellschaften und der Trustgesellschaft, die I. G. Farbenindustrie - Aktiengesellschaft firmiert, möglich ist. Nicht mit verschmolzen werden Cassella, deren Stammanteile sich bereits im Besitz der andern Konzernfirmen befinden, und Kalle u. Co., wo die Aktienmehrheit die Höchster Farbwerke innehaben. Die Selbständigkeit dieser beiden Firmen ist nur eine formelle, im übrigen sind sie Teile des Trusts wie die andern.

Die Rationalisierung der Produktion soll jetzt mit allen Mitteln durchgeführt werden. Die Fabrikation der einzelnen Produkte soll nur an einer Stelle des Trusts geschehen. Es sollen ferner regionale Betriebsgemeinschaften (Oberrhein, Mittelrhein, Niederrhein und Mitteldeutschland) gebildet und der Verkauf der Produkte durch ebenso regional gegliederte Verkaufsgemeinschaften vorgenommen werden. Dadurch wird manches unnütze Zwischenglied ausgeschaltet und der Nutzeffekt der Produktion im ganzen

erhöht. In der Auslandspropaganda, im Export und in der Errichtung von ausländischen Tochtergesellschaften ist die Farbstoffindustrie nunmehr selbstverständlich ein vollständig geschlossenes Ganze. Auch dadurch wird manches Nebeneinander, wie es bisher noch vielfach bestand, endgültig aufgehoben, die Stosskraft der Gruppe ganz gewaltig erhöht.

Ein erster wirklicher Industrietrust ist mit der I. G. Farbenindustrie-Aktiengesellschaft geschaffen. Die seit langem umkämpfte Trustbildung der Montanindustrie zeigt, welche Schwierigkeiten selbst an der Ruhr bei der Bildung grosser trustähnlicher Gebilde zu überwinden sind. Die Anilingruppe hingegen stellt mit wesentlich weniger Anstrengung ein kompaktes Gebilde im Nu auf die Beine. Die Farbstoffindustrie ist in Deutschland jetzt vollständig monopolisiert, und das neuartige ist hieran, dass dieses private Monopol von einem Trust nach amerikanischem Muster geleitet wird. Die Trustees sitzen im neu gebildeten Verwaltungsrat, eine Körperschaft, die neben dem Aufsichtsrat besteht und aus den leitenden Personen der bisherigen Gesellschaften der I. G. zusammengesetzt ist. Der Trust wird seinen Sitz in Frankfurt a. M. aufschlagen.

BODENPOLITIK UND BODENWIRTSCHAFT. *Otto Albrecht.*

Reichsbewertungsgesetz.

Der Reichstag hat, bevor er in die Ferien ging, noch eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die dem Zweck dienen sollen, einen sogenannten Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern herbeizuführen und ausserdem die gesamte öffentliche Finanzgebarung, besonders das Steuerwesen, mehr nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Das bedeutungsvollste Gesetz in der letzteren Hinsicht ist das Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925 (RGBl. Teil I, S. 214 ff.). Die Länder und Gemeinden, die Steuern nach dem Merkmal des Wertes einzelner Vermögensarten erheben, haben diesen Steuern die nach den Vorschriften dieses Gesetzes festgestellten Werte zugrunde zu legen. Die hiernach ermittelten Werte gelten als Einheitswerte, die Steuern als Einheitswertsteuern. Von besonderer Bedeutung ist nun der Umstand, wie in dem Gesetz *der Boden als Vermögenssteuerobjekt* behandelt wird. Das Gesetz unterscheidet zwischen landwirtschaftlichem, forstlichem und gärtnerischem Nutzungsboden auf der einen Seite und Bauland und sonstigem Grund und Boden auf der andern Seite.

Es hätte nahegelegen, und es wäre eine günstige, vielleicht die beste Gelegenheit gewesen, die Bodensteuerfrage hier einmal wirklich zeitgemäss und grundlegend zu regeln. Diese Gelegenheit ist indessen unbenutzt vorübergegangen; die Nutzniesser des anders gearteten Vermögenssteuerrechts haben es verstanden, Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu unterbinden und ihre Sondervorteile sich weiterhin zu sichern, solche auch in den Ländern und Gemeinden, die schon Anfänge für eine gerechtere Bodenbesteuerung gemacht hatten, wieder zurückzuerobern. Was den land- und forstwirtschaftlich sowie gärtnerisch genutzten Boden anbetrifft, so geht dieser im sogenannten Einheitswert des in Frage kommenden Gesamtvermögens unter. Zum vermögenssteuerpflichtigen landwirtschaftlichen Vermögen gehören nämlich nicht bloss der Grund und Boden, sondern auch die Gebäude und stehende und umlaufende Betriebsmittel. Würde im Unterschied hierzu bestimmt worden sein, dass die zu erhebende Vermögenssteuer ausschliesslich auf die Bodenwerte verteilt werden muss, so hätte das zur Folge gehabt, dass der Kleinbesitz entlastet und der Grossgrundbesitz mehrbelastet worden wäre. Eine derart gerechte Verteilung hat aber der Grossgrundbesitz mit Erfolg abgewehrt.

Ähnlich liegt es mit den Bodenwerten, die mit Gebäuden in der Art von Miethäusern oder Werkstätten und dergleichen verbunden sind. Auch hier würde es zum Vorteil des Kleinbesitzes ausgeschlagen sein, wenn man die zu erhebende Vermögenssteuer aus-

schliesslich auf die Bodenwerte gelegt hätte. Die statt dessen vorgeschriebene Ertragswertsteuer schlägt immer zugunsten des Grossbesitzes aus und sichert diesem die *Bodenrente,* die der Allgemeinheit zufliessen müsste. Lediglich solche Grundstücke, die als noch unbebautes Bauland in Betracht kommen, sollen nach dem reinen Bodenwert, nämlich nach jenem Wert versteuert werden, den dieser Boden als „Handelsware" hat.

Das Reichsbewertungsgesetz, das angeblich „Ewigkeitssteuerwerte" umschreibt, offenbart in den hier angedeuteten Punkten einen sehr grossen Mangel an sozialem Inhalt. Es wird eine dankenswerte Aufgabe aller sein, die für gerechte Steuern kämpfen, sich dafür einzusetzen, dass bei nächster Gelegenheit diese Steuergrundlage geändert wird.

Agrarfragen und Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich schon länger als ein Menschenalter abgequält, zu den Zeitfragen praktischer Agrarpolitik jene theoretische Einstellung zu gewinnen, die einmal ihren Agitationsbedürfnissen bei der Landbevölkerung Rechnung trägt, die zum andern aber auch mit ihren allgemeinen Programmpunkten in Einklang zu bringen ist. Sie ist bis auf den heutigen Tag damit noch nicht fertig geworden. Sie konnte auch nicht fertig werden, weil ihre Haupttheoretiker meinten, die wirtschaftlich-technischen Entwicklungslinien seien in der Landwirtschaft genau dieselben wie in der Industrie. Der Zusammenbruch des alten Obrigkeitsstaates, der der Sozialdemokratie vorübergehend die politische Macht in die Hände gegeben hatte, fand infolgedessen die nunmehr staatspolitisch verantwortlich gewordene Partei in den praktischen Agrarfragen völlig unvorbereitet. Sie hatte in ihren eigenen Reihen niemand, der in dieser hochkritischen Zeit imstande gewesen wäre, die ungestüm drängenden Agrarprobleme zu meistern. Die grossen Fragen des Bodenrechts konnten deshalb in keiner Hinsicht einer irgendwie grundlegenden Reform unterzogen werden. In einem anderen wichtigen Punkte — der Frage der Bodenverteilung — musste man sich der Hilfe und Direktive bürgerlicher Agrarpolitiker bedienen, und man hatte dabei einigermassen Glück. Dieses Glück hat dann fortwirkend den Ausgangspunkt für die nunmehr sich vollziehende allmähliche, zunächst parlamentarisch-praktische Einstellung gegeben, der jetzt die theoretische Formulierung folgen soll und folgen wird. Das ist nämlich der Sinn und der Inhalt von Erklärungen und Beschlüssen zu Agrarfragen, die auf dem diesjährigen Sozialdemokratischen Parteitage in Heidelberg abgegeben worden sind. Ein Antrag, ein besonderes Sekretariat für Agrarpolitik und Bodenfragen einzurichten, eine besondere Zeitschrift und eine Korrespondenz für Agrarpolitik herauszugeben, ist dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen worden. Andere Anträge, die sich besonders auf bäuerliche und auf Landarbeitersiedlungsfragen beziehen, wurden beifällig entgegengenommen und sollen als Material für ein endlich zu formulierendes besonderes Agrarprogramm dienen, das dem nächsten Parteitage vorgelegt werden soll. Den vermutlichen Grundzug dieses künftigen Programms deuten Worte an, die in Heidelberg der Berichterstatter (Hilferding) über das dort verabschiedete neue allgemeine Parteiprogramm, ohne Widerspruch zu finden, der Sache gewidmet hat. Hilferding erklärte (nach dem „Vorwärts"-Bericht): „Die Beschränkung der agrarischen Entwicklung im Erfurter Programm trifft nicht mehr zu. Wir müssen deshalb die agrarische Entwicklungstendenz neu prüfen und die spezifischen Ursachen ergründen, die in der kapitalistischen *Wirtschaft das Fortleben und die Stärkung der bäuerlichen Betriebe* möglich machen. Wir müssen auch die proletarischen und halbproletarischen Schicksale auf dem Lande feststellen und die Richtung weitergeben, die der bekannte Antrag Müller (Franken) im Reichstage zur Bodenfrage anschneidet." Damit scheint endlich ein Schlussstrich unter Erörterungen gesetzt zu sein, die grösstenteils den Realitäten abgewandt waren. Die Sozialdemokratie be-

findet sich mit ihrer Parlamentspraxis schon seit dem Obrigkeitsstaatzusammenbruch auf dem Boden einer neudeutschen sozialen Bauernpolitik. Sie schickt sich jetzt an, diese Politik auch theoretisch zu erklären und allgemeingültige Richtlinien zu entwickeln, die dem Sein und Werden in der deutschen Agrarwirtschaft wegweisend und zielgebend anzupassen sind.

Pachtschutz.

Das Reichspachtschutzgesetz, das sich auf den Pachtpreis- und Kündigungsschutz landwirtschaftlich genutzter Grundstücke bezieht, und das bei seinem Erlass nur als Notgesetz für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung gedacht war (man hatte es auf zwei Jahre befristet), ist im Reichstage zum dritten Male verlängert worden. Dabei ist beachtlich, dass der Pächterschutz zugleich eine gewisse Verbesserung erfahren hat. Es ist aber auch erklärt worden, dass es sich diesmal um die letzte Verlängerung handeln solle, die am 30. September 1927 ihr gesetzliches Ende erreicht. Die Rechtsparteien stimmten nicht mehr geschlossen gegen das Gesetz. Selbst unter den Deutschnationalen gab es einige Befürworter. Man muss sich dabei gegenwärtig halten, dass der materielle Pachtschutz auch den grossen Domänenpächtern von Vorteil ist, die sich ja alle zu den Deutschnationalen rechnen. Zugleich darf man sich erinnern, dass im Reichslandbund sich eine starke Strömung herausgebildet hat, die darauf hinarbeitet, dass nach Ablauf des derzeitigen Pachtschutzgesetzes die Pachtrechtsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches geändert werden sollen, und zwar auch durch Übernahme von Vorschriften, die das gegenwärtige Notgesetz enthält. Diese Pachtrechtsreformbestrebungen sind allerdings ziemlich wässerig. Es bestehen aber Aussichten, dass der bodenreformerisch eingestellte „Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe", der schon bei den Verlängerungen des Notgesetzes entscheidend einzugreifen vermochte, sein Gewicht wirkungsvoll wird in die Wagschale werfen können.

Kleingartenschutz.

Die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 wurde seinerzeit—im Unterschied zur Reichspachtschutzordnung—als Dauergesetz erlassen. Die Gegner dieses Gesetzes, hauptsächlich städtische Grundbesitzer, haben es trotzdem verstanden, bei Parlamentariern der Rechtsparteien den Eindruck hervorzurufen, auch dieses Gesetz rechne in Wirklichkeit zu den Zwangswirtschaftsgesetzen der Kriegs- und der Nachkriegszeit. Da diese Gesetze nun grösstenteils schon abgebaut sind und ihre Reste vor dem Abbau stehen, müsste selbstverständlich das Kleingartengesetz ebenfalls beseitigt werden. Ein sogenannter „Reichsverband der *Verpächter* von Kleingartenland" hat sich mit einer Eingabe an die Regierungen und Parlamente gewandt und führt darin u. a. aus, das Kleingartengesetz sei sogar verfassungswidrig, denn es behindere den Bodeneigentümer an der bestmöglichen Verwertung seines Bodens. Diese Verwertung will der Verpächterverband im Sinne der Pachtpreisbemessung verstanden wissen. Er erachtet einen Pachtpreis von 2 bis 5 Pf. je Quadratmeter (gleich 50 bis 125 Mk. je preussischer Morgen) als gleichbedeutend mit — Enteignung. Und er behauptet, „erschwinglich und angemessen würde ein Pachtpreis von 10 bis 15 Pf. je Quadratmeter sein". Also ein Roggenwertpreis von etwa 25 bis 40 Zentner je preussischer Morgen von Boden, der einen Rohertrag von vielleicht 3 bis 16 Roggenzentner (bestenfalls) zu erbringen vermag. Dieser Preis sei nur im freien Pachtverkehr erzielbar, denn das Gesetz schreibe („verfassungswidrig") den Pachtpreis nach dem Ertragswert vor.

Wenngleich die Petenten mit solchen Offenheiten eigentlich über ihr Ziel hinausschiessen, so war es trotzdem geboten, dazu nicht zu schweigen. Der „Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands", dem zurzeit rund 380 000 Kleingarten*pächter*familien angehören, handelt nun nach dem Grundsatz: „Die beste Abwehr ist der Hieb." Er hat eine ganz allgemeine Bewegung eingeleitet, die

zum Ziele hat, das derzeitige Reichskleingartengesetz dahin *auszubauen,* dass die Gemeinden verpflichtet werden, *bebauungsplanmässig Dauerkleingartengebiete* abzugrenzen. Es wird mit der Forderung von dem Gedanken ausgegangen, dass zu jedem wirklichen Wohnheim auch ein Hausgarten gehöre. Der Kleingarten ist als Ersatzhausgarten zu werten, dessen Bestand auf alle Zeit gesichert werden muss. Der Gartenboden soll in das Gemeindeeigentum oder in das Eigentum gemeinnütziger Körperschaften übergehen. Diese Forderungen finden fortgesetzt mehr Anklang. Fast alle bedeutenderen Wohnungs- und Städtebaupolitiker sprechen sich schon dafür aus. Höchst befremdlicher Weise wehrt sich dagegen der Magistrat der Reichshauptstadt Berlin. In einer Polemik mit der Organisation der Kleingärtner von Gross-Berlin stellt sich der Berliner Magistrat schützend vor die Bodeneigentümer, deren Rente er nicht in Gefahr bringen möchte. Lieber sollen also hunderttausende Familien vom Boden getrennt bleiben und neu getrennt werden und in die Stätten des Alkohols und sonst fragwürdige Spelunken hineingetrieben werden, als dass die Renten von hundert oder gar nur zehn Bodenspekulanten eine Schmälerung erfahren. Es ist mehr als erstaunlich, dass eine solche Praxis sich in heutiger Zeit noch behaupten kann. Der Berliner Magistrat setzt sich damit in offenen Widerspruch zu der Boden- und Städtebaupolitik des Preussischen Volkswohlfahrtsministeriums, denn dieses hat schon durch einen Erlass vom 12. September 1924 die Regierungspräsidenten aufgefordert, auf die Gemeinden einzuwirken, *Gartenheimstättengebiete nach Reichsheimstättenrecht* abzugrenzen. Ein Erlass aus jüngster Zeit erinnert an diese Aufforderung sehr nachdrücklich.

Entwurf eines preussischen Städtebaugesetzes.

Das Preussische Volkswohlfahrtsministerium beschäftigte sich schon seit einigen Jahren mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein preussisches Städtebaugesetz. Es hatte zu diesen Vorarbeiten Fachleute des Städtebaues, der Siedlungspolitik und der Landeskultur aus allen Teilen des Landes herangezogen. Das schliessliche Ergebnis der Beratungen war ein Gesetzentwurf, der im Sommer 1925 durch Drucklegung als Buchausgabe der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Es besteht die Absicht, nach erfolgter Stellungnahme durch die freien Sachverständigenkörperschaften und durch sonst sachverständige Stellen dem Landtage schon in seiner Herbsttagung einen endgültigen Gesetzentwurf vorzulegen.

Zeitgemässe Städteplanung kann nicht mehr mit der Formel „Stadterweiterung" arbeiten. Diese muss vielmehr auf den Begriff einer *Landesplanung* abgestellt werden. Das heisst, sie muss die bisherige Art der Grossstadtentwicklung unterbinden und die zuwachsenden Menschenmassen im Lande mehr verteilen. Sie muss also die Städte mehr lockern und auseinanderziehen. Dieser Notwendigkeit waren sich die Verfasser des Entwurfs wohl bewusst.

Städtebaupolitik ist aber zugleich Bodenpolitik in geradezu allumfassendem Sinne, wenn man die neuzeitliche Städteplanung als Landesplanung zu erfassen sucht. Man muss sich darüber vollständig klar sein. Dann kann man sich nicht wundern, wenn die daran beteiligten Bodeninteressenten von ihrem Interessenstandpunkt aus dazu Stellung nehmen. Prüft man den Gesetzentwurf unter diesem Gesichtswinkel, vergegenwärtigt man sich, dass seine Verfasser die Aufgabe hatten, Privatinteressen und öffentliche Interessen in Einklang zu bringen, jedem Teil das zu lassen oder zu geben, was ihm gebührt, dann erkennt man einigermassen die Schwere der Aufgabe, die es zu lösen galt. Man wird gegen die Verfasser selbst dann Nachsicht üben. In der Sache jedoch wird man nicht umhin können zu sagen, dass die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen in dem Entwurf zu kurz gekommen ist. Darüber wird an anderen Stellen noch mehr und noch sehr viel zu sagen sein. Im grossen ganzen darf man den Gesetzentwurf begrüssen. Er scheint als Unterlage für ein künftiges Gesetz wohl geeignet.

GEWERKSCHAFTLICHES BILDUNGSWESEN.

Die Wirtschaftsschule beim Sozialpolitischen Seminar der Hochschule für Politik.

Dem Sozialpolitschen Seminar der Deutschen Hochschule für Politik, das bisher im wesentlichen aus einer Wohlfahrtsschule bestand, ist Ostern d. J. eine *Wirtschaftsschule* angegliedert worden, die es sich zur Aufgabe setzt, in einem zweijährigen geschlossenen Lehrgang junge Menschen mit geeigneten Voraussetzungen für den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Dienst zu schulen. Die Absicht war von vornherein nicht etwa, die eingegangene Berliner Wirtschaftsschule zu ersetzen. Es war der Seminarleitung bekannt, dass mit deren Wiederherstellung in absehbarer Zeit zu rechnen sei. Was zu dem Gedanken führte, war vielmehr neben der Erwägung, dass eine ganze Reihe Veranstaltungen des Seminars ohne weiteres diesem Zweck dienstbar gemacht werden konnten, die Beobachtung, dass eine ganze Reihe von Arbeitern und Angestellten, deren Freistellung für den Besuch der Wirtschaftsschule durch die Gewerkschaften unmöglich ist, nach einer solchen geschlossenen Durchbildung verlangen. Die Zahl von 25 Mitgliedern, mit denen der erste Kursus eröffnet werden konnte, hat denn auch die Richtigkeit dieser Beobachtung bestätigt. Dabei muss bemerkt werden, dass die Seminarleitung es sich hatte angelegen sein lassen, vorher mit den beteiligten Gewerkschaften Fühlung zu nehmen. Der Prospekt bezeichnet es ausdrücklich als erwünscht, dass die Empfehlung eines gewerkschaftlichen Verbandes beigebracht wird.

Das Besondere unserer Wirtschaftsschule gegenüber den bisher bestehenden liegt darin, dass der Ausbildungskursus über zwei Jahre geht. Das ist deshalb notwendig, weil die Arbeit in den Abendstunden in der Zeit von 5 bis 10 Uhr liegt und mit einer Berufstätigkeit nebenher gerechnet wird. Eine ganze Reihe der Mitglieder steht bisher in voller Berufstätigkeit, während eine ganze Reihe bei Gewerkschaften und Genossenschaften einen kleinen Nebenerwerb gefunden hat. Als das Ideal würde der Seminarleitung erscheinen, wenn Gewerkschaften und Genossenschaften die Schüler des Seminars gegen geringe Bezahlung sechs Stunden täglich als Praktikanten beschäftigen würden. Ich glaube dafür einstehen zu können, dass die jungen Leute es an Eifer und Gewissenhaftigkeit nicht fehlen liessen.

Der Lehrplan ist dem der übrigen Wirtschaftsschulen sehr ähnlich. Im ersten Jahre volkswirtschaftliche, juristische, soziologische, sozialpolitische und sozialpädagogische Grundlegung (unter Einschluss von Wirtschaftsgeschichte, Wirtschafts- und Verkehrsgeographie, Betriebswissenschaft usw.). Im zweiten Jahre Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, Spezialfragen der Volks- und Weltwirtschaft, Privatwirtschaft, Industrieorganisationen usw. Auch die grossen Industrie- und Arbeitgeberverbände sollen in Selbstdarstellungen zu Worte kommen.

Besonderer Wert wird in der Seminararbeit auf soziologische und sozialpädagogische Durchdringung und Zusammenfassung der gesamten vermittelten Wissensgebiete. Diese Sammlung unter grossen geistigen Gesichtspunkten hat sich bereits für die Arbeit der Wohlfahrtsschule als besonders fruchtbar erwiesen. Es spricht nach den Erfahrungen des ersten Semesters dafür, dass auch die Schüler der Wirtschaftsschule sich schnell von Sinn und Bedeutung solcher geistigen Durchdringung überzeugen.

Der nächste Kursus beginnt Ostern 1926. Prospekte sind durch das Sekretariat der Hochschule, Berlin W 56, Schinkelplatz 6, jederzeit erhältlich. Zur mündlichen Auskunft steht der Direktor in seiner Sprechstunde Mittwochs und Freitags von 2 bis 4 Uhr am Schinkelplatz 6 zur Verfügung.

Mennicke.

Die Akademie der Arbeit.

Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. hat am 1. Oktober ihren fünften Lehrgang eröffnet. An diesem Lehrgang nehmen 60 Hörer teil. Von ihnen sind 41 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund entsandt, und zwar auf Grund

des „Kulturbeitrages", den die freien Gewerkschaften seit einigen Monaten von ihren Mitgliedern erheben. Drei Hörer hat die Stadt Frankfurt aus den Reihen ihrer Arbeiter, Angestellten und Beamten entsandt. Zwei Hörer nehmen an dem Lehrgang teil auf Grund eines Stipendiums des Herrn Landeshauptmanns in Nassau. Die 14 übrigen Hörer kommen aus eigenen Entschlüssen und auf eigene Verantwortung, allerdings erhalten die meisten Studienbeihilfen von Städten, Ländern, Provinzen und Volksbildungsvereinigungen; so gewährt z. B. der Herr Landeshauptmann in Schleswig-Holstein drei Hörern bedeutende Stipendien. Einigen der Hörer, die auf eigene Kosten die Akademie besuchen, wird der Besuch erleichtert durch Beihilfen des neu gegründeten Vereins der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit.

Die christlichen Gewerkschaften haben auch in diesem Jahr offiziell keine Hörer zur Akademie entsandt. Doch gehören von den Hörern, die auf eigene Kosten kommen, fünf christlichen Verbänden und Vereinigungen an.

Besonders zu begrüssen ist es, dass sich fünf Frauen unter den diesjährigen Hörern befinden. Die Leitung des fünften Lehrgangs liegt in den Händen von Dr. Ernst Michel.

DIE GRUNDLAGEN DES SOWJETSTAATES. *Paul Olberg.*

Trotz der zahlreichen Veröffentlichungen über das heutige Russland stellen die leitenden Grundsätze des Sowjetstaates noch ein Problem von sehr grosser Wichtigkeit dar. Immer noch bemühen sich Theoretiker, der modernen russischen Staatsform eine wissenschaftliche Definition zu geben. Der praktische Politiker versucht, sich die Grundlagen und die Methoden der Staatspolitik der Sowjetunion klarzumachen.

Ziemlich verbreitet ist die Auffassung, dass die russische Staatsform eine Oligarchieherrschaft darstelle. Formell betrachtet, ist diese Definition im grossen und ganzen zutreffend, da die Sowjetpolitik tatsächlich von einer ganz kleinen Gruppe, nämlich vom Politischen Bureau des Vorstandes der Kommunistischen Partei oder von diesem Bureau mitsamt dem Vorstande, bestimmt wird. Wie sind aber diese Organe imstande, die Diktatur auszuüben? Durch Gewaltpolitik allein, wie manche glauben, kann das doch auf die Dauer kaum möglich sein? Versuchen wir, diese Frage vom soziologischen Gesichtspunkt zu untersuchen.

Russland ist ein Riesenreich, das enorme Naturschätze besitzt. Es vermochte im Laufe von Jahrhunderten ein grosses Nationalvermögen anzusammeln. Ferner ist Russland ein ausgesprochener Agrarstaat. Die landwirtschaftliche Produktion gibt der gesamten Volkswirtschaft des Gepräge, indem sie die Hauptgrundlage der materiellen Existenz des Sowjetstaates bildet. Man bedenke, dass in Russland über 20 Millionen Bauernwirtschaften vorhanden sind. Wie gering ihre Produktion auch sein mag, sie können doch stets unter gewissen Bedingungen Mittel für eine relativ geringe Minderheit der städtischen Bevölkerung liefern. Durch ein entsprechendes Steuer- und wirtschaftspolitisches System nimmt die zentralistische Sowjetgewalt diese Quelle in höchstem Masse für sich in Anspruch.

Der Sowjetstaat konzentriert in seinen Händen die wichtigsten Wirtschaftszweige der Stadt, das heisst die Industrie, den Handel und das Verkehrswesen. Durch diesen Staatskapitalismus übt die regierende Partei einen enormen Einfluss auf den gesamten Wirtschaftsprozess des Landes aus, wiederum selbstverständlich zugunsten des herrschenden Regimes.

Die Einstellung des Bauern gegenüber der Staatsgewalt, die die Landwirtschaft arg beeinträchtigt, ist durchaus nicht wohlwollend. Aber er findet sich mit dem status quo ab, um eine soziale Restauration zu vereiteln. Wie schwer auch das Sowjetregiment durch seine Wirtschaftspolitik auf der Landwirtschaft lastet, lässt es doch das Bauernrecht auf Grund und Boden unangetastet. Das traditionelle Ideal des Bauern bezüglich des Landes hat die Revolution halbwegs erfüllt. Der russische

Bauer ist sich bewusst, dass die Ersetzung des Sowjetregimes durch eine neue Staatsform, die aller Wahrscheinlichkeit nach weder sozialistisch noch demokratisch sein würde, für ihn die Gefahr birgt, das errungene Land zu verlieren.

Da die Stadt in den ersten Jahren nach der Revolution infolge der Lahmlegung der Industrie und des Zusammenbruchs des Handels für den Bauern als Wirtschaftsgebiet fast gar nicht in Frage kam, so ging er zur Naturalwirtschaft über. Er isolierte sich von der Stadt und kümmerte sich um das politische Leben des Reiches überhaupt nicht mehr. Erst seit 1922/23, als die sogenannte neue Wirtschaftspolitik proklamiert wurde, begannen die Beziehungen zwischen dem flachen Lande und der Stadt sich allmählich wiederherzustellen. Immerhin ist die Bauernmasse von der städtischen Kultur ausgeschaltet. Angesichts der sozialen Struktur des Landes ist dieser Umstand von grosser politischer Tragweite, und zwar weil durch ihn der Beherrschungsbereich der Staatsgewalt eigentlich verhältnismässig klein ist. Nur über eine geringe Minderheit des Volkes, nämlich die städtische Bevölkerung, hat tatsächlich der Kreml zu regieren; die gewaltige Mehrheit des Volkes, die Bauernschaft, verhält sich politisch passiv. Zum Teil ist dieses passive Verhalten eine Folge des Weltkrieges, des Bürgerkrieges und des Kriegskommunismus, die die Bauernschaft ebenso wie die städtische Bevölkerung körperlich und moralisch in hohem Grade erschöpft haben.

Die Einstellung der städtischen Volksschichten zum Sowjetregime ist bedeutend verwickelter als die der Bauernschaft. Zunächst sei darauf hingewiesen, dass die Gewaltmethoden des Bürgerkrieges eine ungeheure soziale Zersplitterung und parteipolitische Zerfahrenheit zur Folge hatten. Die Gestaltung einer öffentlichen Meinung im westeuropäischen Sinne ist in Sowjetrussland von vornherein ausgeschlossen. Vielmehr sind Fatalismus und Apolitismus zu verzeichnen, die bekanntlich einen fruchtbaren Nährboden für jede Diktatur bilden.

Es kann hier nicht ausführlich darauf eingegangen werden, wie der Kommunismus ursprünglich, nachdem er ans Ruder gelangt war, seine Stellung politisch verankerte. Wir wollen daher nur auf ein Moment hinweisen, das nach unserer Ansicht in dieser Beziehung entscheidend war, nämlich auf das psychologische Verständnis, das die Kommunistische Partei Russlands seinerzeit dokumentierte, als sie die Kriegsmüdigkeit der Soldaten, das Sehnen der Bauernschaft nach Land und die instinktiven Wünsche der unaufgeklärten Arbeiterschaft, unverzüglich das sozialistische Ideal verwirklicht zu sehen, sich zunutze machte.

Wie schon aus unserer Darstellung hervorgeht, unterscheidet sich Russland nach seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur sehr wesentlich von den westeuropäischen Staaten. Dort gibt es keine organisierte bürgerliche Demokratie, die die kapitalistische Entwicklung des Landes vertreten könnte und als eine Regierungspartei in Frage käme. Daher konnte unter anderem der Kommunismus im Jahre 1917 relativ leicht den Sieg davontragen. Der Adel, der unter dem Absolutismus die ausschlaggebende politische Rolle spielte, ist durch die Agrarrevolution für immer verschwunden. Ebenso existiert die Beamtenschaft des alten Regimes nicht mehr, wenigstens nicht als Klasse und politischer Faktor. Zum grössten Teil ist sie der Revolution zum Opfer gefallen, während die kleine Minderheit sich dem kommunistischen Staatsapparat zur Verfügung gestellt hat. Unter diesen Verhältnissen und bei der Kulturlosigkeit der Bauernschaft sind offenbar die Intellektuellen und die Industriearbeiter die einzigen Schichten, die die gewaltige Aufgabe der Staatsverwaltung zu lösen haben. Der Diktatur-Kommunismus ist natürlich bestrebt, sich diese Aufgabe leicht zu machen. Er betrachtet das Problem der Staatspolitik hauptsächlich als eine Frage der sorgfältigen Auswahl und zuverlässigen Zusammensetzung der Staatsfunktionäre. Hat doch Lenin selbst das Wort geprägt: „Wenn unter dem Absolutismus 300 000 Adlige das

Land regieren konnten, so werden das ebensogut 300 000 Kommunisten fertigbringen." Daher in erster Linie die Schaffung einer getreuen kommunistischen Beamtenschaft. Die Frage ihrer Ausbildung steht im Mittelpunkt der Sowjetpolitik. Der Beamte muss ganz und gar vom Diktaturgedanken durchdrungen sein. Im selben Geiste wird die heranwachsende Generation erzogen. Dafür sorgt das Bildungswesen, das, angefangen von den Volksschulen bis einschliesslich der Hochschulen, entsprechend organisiert ist. Und wenn der kommunistische Beamte die erforderlichen Sachkenntnisse nicht besitzt, so wird der „parteilose" Sachverständige hinzugezogen, der unter der politischen Aufsicht des Kommunisten zu wirken hat. Ob diese eigenartige Stellung des Sachverständigen im Interesse des Betriebes oder der Behörde ist, soll dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird dies System angewandt. Ziemlich erfolgreich erwies es sich in der Roten Armee, deren Bildung hauptsächlich durch die Leitung der Sachverständigen aus der alten Armee möglich war.

Von grosser Bedeutung für das Sowjetregime ist die Parteidisziplin. Gewiss existieren in der regierenden Partei Russlands verschiedene Richtungen. Ihre Einheitlichkeit wird, wie die Stellung jeder selbstherrlichen Körperschaft, oft von Personen- und Kamarillapolitik gefährdet. Das bewies in prägnanter Weise der Fall Trotzki. Aber diesen internen Differenzen wird sofort ein Ende gemacht, sobald es sich um eine Gefahr für die Gesamtheit der Partei handelt. Dadurch ist schon wiederholt die schwankende Diktaturherrschaft gerettet und befestigt worden.

Ganz naturgemäss entstanden in der russischen Stadt binnen sieben Jahren gewisse Schichten, die mehr oder weniger ein Interesse an dem politischen status quo des Landes haben, und zwar sind dies die kommunistische Beamtenschaft, namentlich die Sowjet-Bureaukratie, die Rote Armee, insbesondere die Kommandostellen, und nicht zuletzt die „Nepmänner" (die Sowjet-Bourgeoisie). Die materielle Existenz dieser Gruppen ist eng mit dem gegenwärtigen Regime verbunden.

Hervorgehoben werden muss die massgebende Rolle der *kommunistischen Arbeiterschaft* im sowjetistischen Staatsmechanismus. Nach ihrer sozialen Zusammensetzung ist sie heute eigentlich zum grossen Teil eine Beamtenschicht, die durch Vorrechte und Begünstigungen eine Sonderstellung einnimmt. Sie ist — mit gewissen Ausnahmen — guten Glaubens, dass sie ihren „eigenen Arbeiterstaat" vertritt und für das Gedeihen der „sozialistischen Gesellschaft" kämpft. Dieser psychologische Umstand, der natürlich eine materielle Grundlage hat, beseelt die betreffende Arbeiterschicht, ihre ganze Energie und ihren Idealismus für das Sowjetregiment einzusetzen. Politisch überaus zuverlässig, bildet sie eine wichtige und unentbehrliche Stütze des Diktatursystems sowie eine mächtige Triebkraft der modernen russischen Politik.

Parteiherrschaft ist Selbstziel. Von diesem Gesichtspunkt aus hat die Kommunistische Partei Russlands ihre ursprünglichen programmatischen Grundsätze auf sämtlichen Gebieten der Politik und Wirtschaft preisgegeben und der kapitalistischen Entwicklung grosse Konzessionen gemacht. Seit 1917 hat der Kommunismus eine gewaltige Evolution durchgemacht. Die sozialistische Weltanschauung ist für ihn nicht mehr massgebend. Er ist stets bestrebt, sich den Verhältnissen anzupassen. Und nicht ohne Erfolg. Darüber liegen Beweise zur Genüge vor. Dieser Prozess wird durch die geschichtliche Entwicklung eher eingestellt werden, als manche glauben. Denn die Diktaturidee, die der Kommunismus um jeden Preis aufrechterhalten will, wird mit der sozialen Umschichtung des Landes nicht zu vereinen sein.

SCHRIFTENÜBERSICHT.

Robert Michels: *„Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie."* Zweite vermehrte Auflage. 528 Seiten. Alfred Kröner Verlag in Leipzig.

Das Buch von Professor Robert Michels: „Zur Soziologie des Parteiwesens", ist zum erstenmal im Jahre 1910 erschienen. In den 15 Jahren, die seit der Veröffentlichung der ersten Auflage verflossen sind, ist das interessante und reichhaltige Werk in zahlreichen Besprechungen und durch eine Reihe von Übersetzungen anerkannt worden. Es hat internationalen Ruf erlangt. Das Buch führt den Untertitel: „Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens." Er könnte auch anders und vielleicht schärfer formuliert werden: „Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen organisierter Demokratie."

Es ist wohl einleuchtend, dass in den konservativen Parteien, „von der Wahlperiode abgesehen, die Tendenzen zur Oligarchie mit jener selbstverständlichen Unverblümtheit" hervortreten, „die dem prinzipiell oligarchischen Charakter dieser Parteien entspricht". Sie bieten daher für die Untersuchung kein besonderes Interesse. Michels beschäftigt sich vielmehr mit den sozialrevolutionären und demokratischen Parteien, die „gerade ihren wesentlichsten Lebenszweck in der Bekämpfung der Oligarchie in allen ihren Formen erblicken". Die Frage, auf die das Buch vor allem ein Antwort zu geben versucht, ist daher: Wie ist es zu erklären, dass „diese Parteien die gleichen, von ihnen befehdeten Tendenzen in sich selbst entwickeln"?

„Ohne Organisation ist Demokratie nicht denkbar." Auf diese selbstverständliche Feststellung wird sich jeder Demokrat ohne weiteres einlassen. Jeder Sozialist wird zugeben, dass das Prinzip der Organisation „als die conditio sine qua non der sozialen Führung der Massen betrachtet werden" muss. Diese Einsicht scheint durchaus unverfänglich. Aber Michels wird bei manchen auf überraschten Widerspruch stossen, wenn er erklärt: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie."

Dennoch hat er zweifellos recht: „Die Organisation vollendet entscheidend die Zweiteilung jeder Partei bzw. Gewerkschaft in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität." „Die Macht der Führer wächst in gleichem Massstab wie die Organisation." Tatsächlich ist, meint Michels, im Parteileben (wie in der Gewerkschaft) die Demokratie infolge der wachsenden Bedeutung der Organisation in einer rückläufigen Bewegung begriffen.

Es kommt allerdings darauf an, was unter Demokratie verstanden wird. „Die Existenz einer Idealdemokratie im Staatsleben" hält Michels selbst „unter den heutigen Umständen" für unmöglich. Wenn unter „Idealdemokratie" eine Form der Massenherrschaft verstanden werden soll, die ohne ein stark hervortretendes und schliesslich berufsmässiges Führertum auskommen und den Volkswillen „für die Gestaltung des Gruppenlebens" in jedem Fall möglichst unmittelbar zur Geltung bringen will, so scheint sie mir allerdings nicht nur unter den heutigen Umständen, sondern, strikt durchgeführt, überhaupt unmöglich. Diese „Idealdemokratie" ist ein theoretisches Postulat, aber kein praktisches Problem. Organisierte Demokratie ist undenkbar ohne einen gewissen oligarchischen Einschlag. Es ist daher entschieden zu bestreiten, dass die Existenz dieses berufsmässigen Führertums dem Begriff der organisierten Demokratie widerspricht. Die Behauptung von Michels: „Der Anfang der Bildung eines berufsmässigen Führertums bedeutet den Anfang vom Ende der Demokratie", kann vielmehr nur einen Sinn haben, wenn er unter Demokratie die „Idealdemokratie" versteht, deren Möglichkeit er selbst verneint.

Es scheint mir ausserdem fraglich, ob die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften „die Bekämpfung der Oligarchie in allen ihren Formen" als ihren „wesentlichsten Lebenszweck" anerkennen können. Sie sind als Kämpfer gegen eine bestimmte Oligarchie ins Leben getreten, die — in den Anfängen der Arbeiterbewegung und in erheblichem Masse auch heute noch — im Besitz der „ökonomischen" und „historischen Superiorität" war, d. h. ihre Macht auf ihren Besitz und ihre Tradition gründete. Wie jede Führerschicht einer neuen Be-

wegung, konnten auch die Führer der Arbeiterbewegung zunächst diesen überlegenen Gegnern nichts entgegensetzen als die Macht der Argumente, die „sogenannte intellektuelle Superiorität". Je mehr die Arbeiterbewegung zu einem gestaltenden Faktor der Geschichte wurde, je bedeutender ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen wurden, in dem Masse, wie ihre organisatorischen Aufgaben wuchsen und ihr Betätigungsgebiet sich erweiterte, um so unentbehrlicher wurde eine geschulte und spezialisierte Führerschicht.

Für die technische Unentbehrlichkeit dieser Führerschicht bringt Michels in seiner Analyse sehr anschauliche Beweise. Die Arbeiterbewegung, Partei wie Gewerkschaft, wäre niemals zu einem Machtfaktor in Staat und Wirtschaft geworden, wenn die Arbeiterschaft nicht die Ausübung ihrer „Souveränität" diesen qualifizierten Vertretern ihrer Interessen übertragen hätte. Wenn sie daher eine Oligarchie, eine Aristokratie darstellt, so ist sie — und auch das zeigt Michels in seinem Buch — trotz aller besonders in den ersten Jahrzehnten auftauchenden Bedenken eine für die Verwirklichung der Ziele der Arbeiterbewegung unbedingt erforderliche und daher von der Arbeiterschaft im grossen ganzen als berechtigt anerkannte Oligarchie. Die Arbeiterschaft empfand instinktiv, dass hier ein historischer Zwang obwalte, dem sie sich nicht entziehen konnte, wollte sie durch die organisierte Demokratie die Gesellschaftsverfassung ändern. Die organisierte Demokratie ist für die Arbeiterbewegung nur ein Mittel zu diesem Zweck, wenn auch ein Mittel, das selbst schon eine Teilverwirklichung dieses Zweckes ist. Es würde einen bisher nicht erreichten und erst durch den Kampf der Arbeiterbewegung in gewissen Grenzen erreichbaren Bildungsgrad der Massen voraussetzen, wenn man versuchen würde, die organisierte Demokratie bereits in ihrem jetzigen Stadium der Idealdemokratie anzunähern. „Erhöhte Bildung bedeutet erhöhte Fähigkeit zur Kritik." Indem die Arbeiterbewegung unablässig auf eine Erhöhung des Bildungsniveaus der Massen drängt, verringert sie automatisch die Distanz, die heute unvermeidlich zwischen Führer und Massen — in den Gewerkschaften wie in der Partei — besteht. Dass sie jemals ganz aufgehoben werden könnte, halte ich allerdings für ausgeschlossen. Die Parteien, in denen die Distanz der Allgemeinbildung zwischen Führer und Geführten geringer ist, können sich dem von Michels aufgestellten soziologischen Gesetz, dass die Organisation „die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden" ist, gleichfalls nicht entziehen. Es hiesse die für die politische Führung innerhalb der bürgerlichen Schichten vorhandenen Qualitäten überschätzen, wollte man das leugnen. Der spezielle Bildungsunterschied zwischen dem Durchschnitt der Gebildeten und seinem politischen Führer ist kaum geringer als innerhalb der Arbeiterbewegung; die politische Indifferenz bei der Masse der Gebildeten ist aber eher grösser als bei der Masse der Arbeiter, die Aktivität, sich diese speziellen Führerqualitäten anzueignen, bei den letzteren deswegen, wenn auch nicht nur aus diesem Grunde, mehr entwickelt.

Diese Aktivität in Verbindung mit den Bestrebungen der Arbeiterbewegung für eine Erhöhung der Allgemeinbildung der Arbeiter verhütet in erheblichem Masse den kastenmässigen Abschluss des Führertums von den Geführten. Dass diese Möglichkeit besteht, dass sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr werden könnte, wenn die unvermeidliche Entstehung einer besonderen Führerschicht zu deren „Verbürgerlichung" führen würde, ist nicht zu bestreiten. Aber ich halte es für falsch, dass, wenn eine gewisse Spannung sich zwischen Führerideologie und Massenideologie entwickelt, der Grund dafür stets eine Verbürgerlichung der Führer sei. In Einzelfällen kann das stimmen; die Arbeiterschaft weiss sich im grossen und ganzen dieser Führer zu entledigen. In den weitaus meisten Fällen beruht diese Spannung weniger auf einer Verschiedenheit der grundsätzlichen Einstel-

lung, als auf einer verschiedenen Beurteilung des Tempos der Entwicklung sowie auf der nicht immer glücklichen Gebundenheit, die auf dem höheren Mass der Verantwortung beruht. Die praktischen Bedenken der Führer gegen eine allzu unkritische Auffassung des Sozialismus ist nicht gleichbedeutend mit einem Zweifel an der Grundidee der Arbeiterbewegung. Die ersteren werden bei den Führern grösser sein als bei den Massen; aber entscheidend für den inneren Zusammenhang von Führern und Geführten ist der gemeinsame Glaube an die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterbewegung. Dieser organische Zusammenhang ist im wesentlichen nicht gelockert. Der in diesen Fragen feinfühlige Instinkt der Massen weiss sich nicht nur bei den Wahlen Geltung zu verschaffen, vielleicht mehr, als Michels zugibt. Übrigens kommt auch Michels, der die Gefahren scharfsinnig im einzelnen untersucht, zu dem Schluss: „Insbesondere die Arbeiterbewegung bringt kraft der theoretischen Sätze, die sie aufstellt und verficht, vielfach wider den Willen ihrer gewordenen Führer eine Reihe freier Individuen hervor, die, sei es aus Prinzip, sei es aus Instinkt, immer wieder von neuem die Autoritäten „revidieren" und nicht müde werden, aus Erkenntnis oder aus Temperament die ewige Frage nach dem letzten Warum aller menschlichen Einrichtungen zu wiederholen." Ohne diese kräftigen und scharfen Auseinandersetzungen, die das Kennzeichen einer lebendigen Bewegung sind, wäre die Arbeiterbewegung allerdings in Gefahr, ihre Bedeutung als umgestaltende Kraft zu verlieren. Die bureaukratische Erstarrung zu bekämpfen, ist daher ohne Zweifel eine lebenswichtige Aufgabe von allen, die ihr wahrhaft dienen wollen.

Im Rahmen dieser Besprechung war es nicht möglich, auf alle Fragen einzugehen, die Robert Michels in seinem Buch behandelt. Vielleicht raubt es manchem, der es liest, gern gehegte Illusionen. Aber, um mit Bernard Shaw zu sprechen, wenn man eine Illusion verliert, ist es ein Zeichen, dass man etwas gelernt hat. *Lothar Erdmann.*

„Grundprobleme der Sozialversicherung." 160 Seiten. Herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Genf 1925.

Schon bei der Besprechung der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Schrift über „Die Arbeitslosenversicherung" wurde an dieser Stelle auf den Wert solcher methodischen Darstellungen einzelner Gebiete der Sozialgesetzgebung hingewiesen. Die vorurteilslose und durchaus wissenschaftliche Behandlung der Fragenkomplexe, die der beste Weg zum Verständnis der verschiedenen Gesetzesregelungen in den einzelnen Staaten und zu ihrer vergleichenden Bewertung sein dürfte, ist auch in dem vorliegenden Buch anzuerkennen. Der Rahmen der Betrachtungen ist diesmal sehr weit gespannt, denn die „Grundprobleme der Sozialversicherung" stellen gewiss nicht den unwesentlichsten Teil der Probleme der gesamten Sozialpolitik und damit einer der Kernfragen unserer Zeit dar. Aus dieser Erwägung heraus wurde wohl auch in der Einleitung der Zweck der Schrift folgendermassen gekennzeichnet:

„Mit dem gegenwärtigen Bericht beabsichtigt das Internationale Arbeitsamt keinesfalls eine theoretische Studie zu liefern, die eine Zusammenfassung aller der verschiedenen Versicherungsgesetze beherrschenden Grundgedanken darstellen sollte; auch handelt es sich nicht um eine rechtsvergleichende Studie, die eine genaue Beschreibung der einschlägigen Gesetze zu liefern hätte. Es ging einzig und allein darum, eine nach bestimmten Methoden gelieferte schematische und daher auf die wesentlichsten Gesichtspunkte beschränkte Übersicht über die Auffassungen zu geben, von denen der Gesetzgeber in den verschiedenen Staaten ausging, und zu welchen Schlussfolgerungen er von seinem Ausgangspunkt aus gelangt ist."

In dieser zweckbewussten Beschränkung gibt die Schrift einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten der sozialen Versicherung und über die bestehenden grundlegenden Gesetze mit Ausnahme derer der Vereinigten Staaten und

von Mexiko. Der deutschen Gesetzgebung ist besondere Aufmerksamkeit zugewandt, gewiss mit Recht auf einem Gebiet, auf dem die deutschen Gesetze bereits seit Jahrzehnten aus bekannten historischen Notwendigkeiten heraus mehr als einmal vorbildlich gewesen sind. Es hiesse nun der Materie Gewalt antun, wollte man eine gedrängte Inhaltswiedergabe der Arbeit versuchen. Nur über die Systematik des Aufbaues sei darum einiges gesagt.

Nach einem historischen Rückblick werden in fünf grossen Abschnitten die allen Arten der Sozialversicherung gemeinsamen Grundfragen untersucht, und zwar ihr Anwendungsgebiet, ihre Leistungen, die Aufbringung der Mittel, die Deckungssysteme und die Träger der Versicherung. In einem Schlusskapitel wird über die Möglichkeit zur Vereinheitlichung der Versicherung und über die Ansätze, die bisher in dieser Richtung gemacht wurden, gesprochen. Als Anwendungsgebiete der Sozialversicherung werden in der vorliegenden Darstellung genannt die Kranken- und Mutterschaftsversicherung, die Unfallversicherung, die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Die verschiedenen Möglichkeiten der Umgrenzung des zu erfassenden Personenkreises werden von der allgemeinen Volksversicherung bis zur Versicherung einzelner Arbeiter- und Angestelltengruppen aufgezeigt. Im Kapitel „Leistungen" werden die einzelnen sozialen Risiken und die für die Bestimmung der Höhe der Geldleistungen anzuwendenden Grundsätze unter dem Gesichtspunkt des Leistungszweckes dargestellt. Alle diese Betrachtungen wie auch das in den folgenden Kapiteln zur Möglichkeit der Mittelaufbringung und der Deckungssysteme und auch zu der ausserordentlich wichtigen Frage nach der Gestaltung der Versicherungsträger Gesagte hat nun durchaus nicht nur theoretische Bedeutung, sondern es ist bald in diesem, bald in jenem Staat, bald auf diesem, bald auf jenem Gebiet der Sozialversicherung aktuell, wie in Deutschland die zurzeit anlässlich der bevorstehenden Neuregelung der Erwerbslosenversicherung einsetzenden Diskussionen beweisen.

Der positiv-rechtliche Teil der Darstellung enthält wichtiges Material, insbesondere sehr interessante Tabellen über Höhe der Beiträge, der Leistungen, über erfassten Personenkreis, kurz über alle Voraussetzungen wie auch Rechtsansprüche in den verschiedenen Versicherungszweigen der einzelnen Staaten.

Sehr wesentlich ist auch, was im Schlusskapitel über „Die Vereinheitlichung oder organisatorische Zusammenfassung der Sozialversicherung" gesagt wird.

Im ganzen stellt die Schrift einen wertvollen und aktuellen Beitrag zur Erörterung der wichtigsten Fragen der Sozialversicherung dar. *Dr. Bruno Bröcker.*

„Betriebsstatistik über die Loh- und Chromgerberei, Weissgerberei, Sämischgerberei und Lederfärberei." Januar 1925. Herausgegeben vom Deutschen Lederarbeiter-Verband. Im Selbstverlag. 29 Seiten.

Aus fast 750 Fragebogen, die bearbeitet werden konnten, ist ein reichhaltiges Material zusammengetragen worden. Die Statistik erfasst die Zahl der Betriebe, der Beschäftigten, getrennt nach den direkt mit der Lederherstellung beschäftigten Personen, sowie der Lehrlinge und Handwerker, der Arbeitsmaschinen; ausserdem die Verteilung der Betriebe auf die Herstellung der einzelnen Lederarten. Das erfreuliche Wachstum des Verbandes seit einer ähnlichen Erhebung im Jahre 1910 gestattete es, die Erhebung nunmehr über ganz Deutschland auszudehnen. Nur Mülheim an der Ruhr, wo die Organisation anscheinend in unangenehmen inneren Kämpfen ihre Kraft verausgaben muss, ist leider ausgefallen. Die technische Entwicklung in der Lederindustrie erhellt daraus, dass in der Weiss- und Sämischgerberei sowie der Lederfärberei bereits 70 Prozent der erfassten Kleinbetriebe mit Maschinen arbeiten. Das Vordringen der Maschinenarbeit hatte zur Folge, dass die Beschäftigung

von weiblichen Arbeitskräften stark zugenommen hat. Sie stieg (gegenüber 1910) in der Loh- und Chromgerberei von 8 Prozent auf 10,5 Prozent, in der Weiss- und Sämischgerberei sowie Lederfärberei von 6 auf 24 Prozent. Dabei ist zu beachten, dass hier schon ein Rückgang zu verzeichnen ist gegenüber der Kriegszeit, wo Arbeiterinnen an Maschinen gestellt wurden, für deren Bedienung sie nicht geeignet waren.

Eine derartige Statistik verführt den Leser, der sich über die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und der Aufbereitung wohl selten ein zutreffendes Bild macht, dazu, noch weiter gehende Wünsche auszusprechen. Er erfährt leider nichts über die Zunahme der Maschinen seit 1910, er sieht die Industrien nach der Herstellungsart in Teilbetriebe aufgespalten, vermisst aber Angaben darüber, wieviel Teilbetriebe in einem Gesamtbetrieb vereinigt sind (also etwaige Konzentrationstendenzen). Auch führt die Angabe in der Einleitung irre, dass die Berufsstatistik (?) einen „Überblick über die Produktion biete". Tatsächlich wird eine Übersicht über die Produktions*mittel* und die Produktions*betriebe* gewährt. Eine Produktionsstatistik, so wünschenswert sie wäre, wird wohl noch auf erhebliche Schwierigkeiten stossen. Aber gegenüber dem fühlbaren Mangel an Produktionsstatistiken in Deutschland, den leider auch das Statistische Reichsamt nicht zu beheben versucht, ist die Statistik der Lederarbeiter eine ausserordentlich verdienstvolle Tat. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Verbandsfunktionäre und der Betriebsräte auf diese wichtigen Fragen und ist daher wohl die wirksamste Schulung zum Eindringen der Gewerkschaften in die sorglich gehüteten Geheimnisse der Wirtschaft. Ein schöner Zukunftsgedanke, dass die Gewerkschaften das wirtschaftliche Zahlenmaterial aus eigener Kraft zu ihrer Verfügung haben. Auch aus diesem Gesichtspunkte heraus sei die Betriebsstatistik der Lederarbeiter herzlich begrüsst und der Wunsch nach einer baldigen Fortsetzung ausgesprochen. *Dr. Hans Arons.*

Verband der Deutschen Buchdrucker. Gewerkschaftliche Skizzen über die Zeit von 1866 bis 1925. Zweite Auflage. Kommissionsverlag: Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker. Leipzig 1925.

Dieses Buch, das im Geleitwort als „Kleine Verbandsgeschichte" bezeichnet wird, ist sozusagen eine Art von Miniaturausgabe der bereits vor dem Kriege erschienenen Geschichte der deutschen Buchdruckerorganisation, fortgeführt bis zum Jahre 1925. Um den Unterschied zwischen beiden zu kennzeichnen, kann man sagen, dass die letztere das „Urkundenbuch der Buchdrucker", die jetzt erschienene Schrift das „Registerbuch" dazu ist. Der Titel „Gewerkschaftliche Skizzen" erscheint mir daher ausserordentlich gut gewählt.

Der Vorzug des Buches — und zwar handelt es sich hier um einen Vorzug im vollkommensten Sinne — besteht darin, dass es jedem Gewerkschaftsfunktionär, ferner jedem Soziologen und modernen Geschichtsforscher eine Fülle wertvollsten sozialen, statistischen und kulturgeschichtlichen Materials darbietet. Der Verfasser hat, um diesen Effekt zu erreichen, vielfach die Form der tabellarischen Darstellung gewählt. Das selbst da, wo eine gewisse Sprödigkeit der Materie gegen diese Art der Darstellung die Arbeit gewiss nicht erleichtert hat. Eine Ausnahme davon macht nur das Kapitel über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dies zeichnet sich nicht nur durch eine grössere Ausführlichkeit der Darstellung aus, sondern man fühlt auch an vielen Stellen noch die Erregung der zahlreichen und erbitterten Lohnkämpfe besonders der letzten Jahre nachzittern. An Exaktheit der Darstellung steht aber auch dieses gewerkschaftlich wichtigste Kapitel des Buches den übrigen Kapiteln nicht nach. Es wäre nur zu wünschen, dass andere Gewerkschaften über diese Epoche der neudeutschen Geschichte ebenso genaue Aufzeichnungen gemacht hätten. Wobei nicht verkannt werden soll, dass die Buchdrucker es in dieser Hinsicht technisch leichter haben als andere Verbände.

A. Knoll.